Unternehmenseintragungs-Nr.: 444463

UNTERNEHMENSGESETZE (*COMPANIES ACTS*) 1963 BIS 2009

und

**VERORDNUNGEN DER
EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFT (ORGANISMEN ZUR GEMEINSAMEN
ANLAGE IN ÜBERTRAGBAREN WERTPAPIEREN)
VON 2011**

**KAPITALANLAGEGESELLSCHAFT
MIT VARIABLEM KAPITAL**

**EIN UMBRELLAFONDS MIT GETRENNTER HAFTUNG ZWISCHEN DEN
TEILFONDS**

**GRÜNDUNGSURKUNDE
UND
SATZUNG**

der

**CALAMOS GLOBAL FUNDS
PUBLIC LIMITED COMPANY**

(Wie durch Sonderbeschluss vom 23. November 2007 verabschiedet und durch
Sonderbeschluss vom 14. Dezember 2011 geändert)

UNTERNEHMENSGESETZE (*COMPANIES ACTS*) 1963 BIS 2009

und

**VERORDNUNGEN DER
EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFT (ORGANISMEN ZUR GEMEINSAMEN
ANLAGE IN ÜBERTRAGBAREN WERTPAPIEREN)
VON 2011**

**KAPITALANLAGEGESELLSCHAFT
MIT VARIABLEM KAPITAL**

**EIN UMBRELLAFONDS MIT GETRENNTER HAFTUNG ZWISCHEN DEN
TEILFONDS**

GRÜNDUNGSURKUNDE

der

**CALAMOS GLOBAL FUNDS
PUBLIC LIMITED COMPANY**

1. Der Firmenname der Gesellschaft lautet **CALAMOS GLOBAL FUNDS PUBLIC LIMITED COMPANY**.
2. Die Gesellschaft ist eine Aktiengesellschaft (*public limited company*), errichtet gemäß den Unternehmensgesetzen 1963 bis 2009 und der Verordnungen der Europäischen Gemeinschaft (Organismen zur gemeinsamen Anlage in übertragbaren Wertpapieren) von 2011. Die Gesellschaft ist eine Kapitalanlagegesellschaft, deren einziger Gegenstand die gemeinsame Anlage in übertragbaren Wertpapieren und/oder anderen sofort realisierbaren Finanzvermögenswerten nach Verordnung 45 der Verordnungen über durch die Öffentlichkeit aufgebracht Kapital ist; sie ist auf der Basis der Risikostreuung tätig. Die Gesellschaft darf jede beliebige Maßnahme vornehmen und jede beliebige Transaktion ausführen, die sie für die Durchführung und Abwicklung ihres Zwecks als nützlich oder erforderlich erachtet, solange sie durch die Verordnungen der Europäischen Gemeinschaft (Organismen zur gemeinsamen Anlage in übertragbaren Wertpapieren) von 2011 zugelassen sind. Die Gesellschaft

darf ihre Ziele oder Befugnisse nicht in einer Weise ändern, die dazu führen würde, dass sie nicht mehr als ein Organismus zur gemeinsamen Anlage in übertragbaren Wertpapieren gemäß den Verordnungen der Europäischen Gemeinschaft (Organismen zur gemeinsamen Anlage in übertragbaren Wertpapieren) von 2011 (und etwaige Änderungen derselben, die zum jeweiligen Zeitpunkt in Kraft sind) zu qualifizieren ist.

3. Zum Zwecke des Erreichens ihres Hauptziels der vorstehenden Ziffer 2 verfügt die Gesellschaft auch über die nachstehenden Befugnisse:

- (1) die Ausübung der Geschäftstätigkeit einer Kapitalanlagegesellschaft und zu diesem Zwecke die Anlage in und das Halten dieser Anlage in Anteilen, Aktien, Schuldscheinen (debentures), besondere Vorzugsaktien (debenture stock), Einlagenzertifikaten (certificates of deposit), Schatzwechseln (treasury bills), Warenwechsel (trade bills), Bankakzepten (bank acceptances), Wechseln (bills of exchange) und Wertpapieren aller Art, die von einer Regierung oder einer staatlichen oder ähnlichen Behörde oder auf andere Weise irgendwo auf der Welt oder von einem Unternehmen, einer Organisation, einer Bank, einer Vereinigung oder einer Personengesellschaft – mit beschränkter oder unbeschränkter Haftung – die irgendwo auf der Welt gegründet oder geschäftstätig ist, geschaffen oder ausgegeben oder garantiert werden, sowie Einheiten oder Beteiligungen an einem Trustfonds (trust scheme), offenen Investmentfonds (mutual fund) oder Organismen für gemeinsame Anlagen (collective investment scheme) irgendwo auf der Welt, Versicherungspolice und Rechten und Beteiligungen an einem der Vorstehenden; daneben auch zum jeweiligen Zeitpunkt das Verkaufen, der Handel, der Umtausch, die Änderung oder die Verfügung über eines der Vorstehenden.
- (2) der Erwerb dieser Anteile, Aktien, Schuldscheine, besonderen Vorzugsaktien, Anleihen (bonds), Schuldtitel (notes), Schuldverschreibungen oder Wertpapiere durch ursprüngliche Zeichnung, Kontrakt, Zeichnungsangebot, Kauf, Umtausch, Übernahme, Beteiligung an Konsortien oder auf andere Weise, und unabhängig davon, ob vollständig eingezahlt oder nicht, sowie unabhängig davon, ob die Zahlung im Zeitpunkt der Ausgabe oder auf der Basis einer verspäteten Lieferung zu erfolgen hat, sowie die Zeichnung derselben, vorbehaltlich (ggfs.) derjenigen Bestimmungen und Bedingungen, die als angemessen erachtet werden.
- (3) der Einsatz, die Nutzung oder die Anlage in Derivaten (derivative instruments) und Techniken aller Art, die durch die Verordnungen der Europäischen Gemeinschaft (Organismen zur gemeinsamen Anlage in übertragbaren Wertpapieren) von 2011 (und etwaige Änderungen derselben, die zum jeweiligen Zeitpunkt in Kraft sind) zugelassen sind, und insbesondere und unbeschadet der Allgemeingültigkeit des Vorstehenden der Abschluss, die Annahme, die Ausgabe und der anderweitige Handel mit Kauf- und Rückkaufverträgen, Terminkontrakten (futures contracts), Optionen, Wertpapierleihverträgen, Vereinbarungen über Leerverkäufe (short sales agreements), Platzierungsvereinbarungen mit Übermittlung bei Ausgabe, mit Lieferfrist und Übermittlungspflicht in der Zukunft (when-issued, delayed

delivery and forward commitment agreements), Devisenkassa- und Devisentermingeschäften (foreign currency spot and forward rate exchange contracts), Zinsterminkontrakten (forward rate agreements), Swaps, Collars, Floors und Caps sowie anderen Vereinbarungen zur Absicherung von Wechselkursen und Zinssätzen.

- (4) die Ausübung und Durchsetzung aller Rechte und Befugnisse, die durch die Inhaberschaft dieser Anteile, Aktien, Obligationen oder anderer Wertpapiere verliehen werden oder mit ihnen verbunden sind.
- (5) die Einlage von Geldern und/oder Wertpapieren und der Handel mit Wechseln, Schuldtiteln, Optionsscheinen, Kupons und anderen umlauffähigen oder übertragbaren Wertpapieren oder Dokumenten.
- (6) zum Zwecke ihrer Geschäftstätigkeit, der Erwerb von Grundstücken und unbeweglichen und beweglichen Vermögensgegenständen irgendeiner Art sowie allgemein die Verwaltung, die Beschäftigung mit und die Verbesserung des Vermögens der Gesellschaft sowie der Verkauf, die Vermietung, die Verpachtung, die hypothekarische Belastung und sonstige Verfügung über die Grundstücke und das sonstige Vermögen der Gesellschaft.
- (7) die Aufnahme, Beschaffung oder Zahlungssicherung von Geldern, soweit durch die Verordnungen der Europäischen Gemeinschaft (Organismen zur gemeinsamen Anlage in übertragbaren Wertpapieren) von 2011 (und etwaige Änderungen derselben, die zum jeweiligen Zeitpunkt in Kraft sind) zugelassen, in einer Weise, die die Gesellschaft als angemessen erachtet, und insbesondere (jedoch unbeschadet der Allgemeingültigkeit des Vorstehenden), durch die Ausgabe von Schuldscheinen, besonderen Vorzugsaktien, Anleihen, Schuldverschreibungen und Wertpapieren aller Art, entweder unbefristet oder befristet und entweder rückzahlbar oder auf andere Weise, sowie die Sicherung der Rückzahlung von aufgenommenen, beschafften oder geschuldeten Geldern durch Treuhandurkunde, Hypothek, Belastung oder Pfandrecht auf das gesamte oder einen Teil des Unternehmens, des Vermögens oder der Vermögenswerte (ob aktuell oder zukünftig) der Gesellschaft, einschließlich ihrer nicht eingeforderten ausstehenden Einlagen, und daneben auch die Sicherung und Garantie der Erfüllung einer Verpflichtung oder einer Verbindlichkeit der Gesellschaft, die sie übernehmen kann, durch ähnliche Treuhandurkunde, Hypothek, Belastung oder Pfandrecht.
- (8) die Garantie, Unterstützung oder Sicherung – entweder durch persönliche Verpflichtung oder durch hypothekarische Belastung oder Belastung des gesamten oder eines Teils des Unternehmens, des Vermögens, der Vermögenswerte (sowohl aktuell als auch zukünftig) und der nicht eingeforderten ausstehenden Einlagen der Gesellschaft oder durch Haftungsfreistellung oder Übernahme, oder durch eine oder mehrere dieser Methoden - der Erfüllung der Verpflichtungen und die Rückzahlung oder Zahlung der Kapitalbeträge und Prämien, Zinsen und Dividenden auf Sicherheiten, Verbindlichkeiten oder Verpflichtungen der Gesellschaft.

- (9) die Erstellung, Unterhaltung, Investition und der Handel mit jedem Reserve- oder Tilgungsfonds zur Ablösung von Verbindlichkeiten der Gesellschaft oder zu einem anderen Zwecke der Gesellschaft.
- (10) der Abschluss von Vereinbarungen mit Regierungen oder Behörden – auf oberster, kommunaler, regionaler oder anderer Ebene – oder einem Unternehmen, die für zumindest ein Ziel der Gesellschaft förderlich erscheinen, und die Erlangung von Urkunden, Verträgen, Anordnungen, Rechten, Privilegien und Konzessionen von solchen Regierungen, Behörden oder Unternehmen, sowie die Durchführung, Ausübung und Einhaltung dieser Vereinbarungen, Urkunden, Verträge, Anordnungen, Rechte, Privilegien und Konzessionen.
- (11) die Ausübung und Durchsetzung aller Rechte und Befugnisse, die aus der Inhaberschaft dieser Anteile, Aktien, Obligationen oder anderer Wertpapiere erwachsen oder ihnen zugehörig sind.
- (12) der Verkauf oder die Verfügung über den Geschäftsbetrieb oder die Vermögenswerte der Gesellschaft oder einen Teil davon für diejenige Gegenleistung, die die Gesellschaft als angemessen erachtet, insbesondere gegen Anteile, Schuldverschreibungen oder Wertpapiere eines anderen Unternehmens.
- (13) das Führen der Geschäftstätigkeit einer Investment- und Kapitalanlagegesellschaft sowie die Investition der Gelder der Gesellschaft, der anderweitige Erwerb und das Halten und Handeln von Wertpapieren und Beteiligungen jeder Art.
- (14) die Begebung, die Ziehung, die Annahme, das Indossament, die Ausgabe, die Diskontierung und der anderweitige Handel mit Solawechseln (promissory notes), Wechseln, Schecks, Akkreditiven und anderen Schuldtiteln.
- (15) die Tätigkeit als Secretary, Manager, Registerführer, Übertragungsstelle oder als Treuhänder für jede Person, Firma oder Unternehmen und die Ausübung von Finanz-, Agentur-, Vermittlungs- oder anderen Transaktionen aller Art.
- (16) der Eintritt in Partnerschaften oder in jede Vereinbarung über Gewinnbeteiligungen, Joint Ventures, gegenseitige Konzessionen oder Kooperationen mit jeder Person.
- (17) die Förderung und Unterstützung der Schaffung, Ausgabe oder Umwandlung von Schuldscheinen, besonderen Vorzugsaktien, Anleihen, Schuldverschreibungen, Anteilen, Aktien und Wertpapieren sowie die Tätigkeit als Treuhänder in Verbindung mit jedem dieser Wertpapiere und die Teilnahme an der Umwandlung von Handels- und Geschäftsbetrieben in Unternehmen.
- (18) im Hinblick auf die Ausgabe von Vorzugs- und Nachzugsaktien oder anderen speziellen Aktien oder Wertpapieren die Begründung von Investmentgesellschaften auf der Basis von – oder diese verkörpernd –

Anteilen, Aktien oder anderen Vermögenswerten, die für die Zwecke einer solchen Investmentgesellschaft besonders geeignet sind, sowie – wenn als angemessen erachtet – die Abwicklung und Verwaltung dieser Investmentgesellschaft, und die Ausgabe, die Verfügung darüber oder das Halten solcher Vorzugs-, Nachzugs- oder anderer spezieller Aktien oder Wertpapiere.

- (19) die Ansammlung von Kapital für jeden der Zwecke der Gesellschaft sowie die Zuweisung jedes Vermögenswertes der Gesellschaft zu bestimmten Zwecken, entweder bedingt oder unbedingt, sowie die Zulassung einer Klasse oder einer Abteilung derjenigen, die Geschäftsbeziehungen zu der Gesellschaft unterhalten, zu einer Gewinnbeteiligung an der Gesellschaft oder einer bestimmten Niederlassung des Unternehmens der Gesellschaft oder zu anderen Sonderrechten, Privilegien, Vorteilen oder Leistungen.
- (20) die Ausschüttung – entweder bei Ausschüttung von Vermögenswerten oder Aufteilung der Gewinne unter den Gesellschaftern der Gesellschaft – von allem Vermögen der Gesellschaft, insbesondere von Anteilen, Schuldtiteln (debentures) oder Wertpapieren anderer Unternehmen, die zu der Gesellschaft gehören oder über die die Gesellschaft Verfügungsbefugnis hat.
- (21) die Vergütung jeder Person, Firma oder Unternehmens, das Leistungen an die Gesellschaft erbringt, entweder durch Barzahlung oder durch die Zuteilung von Anteilen oder Wertpapieren der Gesellschaft, die als vollständig oder teilweise oder auf andere Weise eingezahlt gutgeschrieben sind.
- (22) soweit gesetzlich zulässig, die Erlangung und Aufrechterhaltung – entweder alleine oder gemeinsam mit einer Person oder einem Unternehmen – von Versicherungsschutz in Bezug auf jedes Risiko der Gesellschaft, ihrer Verwaltungsratsmitglieder, Führungskräfte, Mitarbeiter und Vertreter.
- (23) die Bezahlung aller Aufwendungen, die mit der Errichtung und Gründung der Gesellschaft und der Beschaffung ihres Anteils- und Fremdkapitals in Verbindung stehen oder deswegen entstanden sind, sowie der Vertragsabschluss mit jeder Person oder Unternehmen zur Zahlung derselben, und (im Falle von Aktien vorbehaltlich der Vorschriften eines Gesetzes, das zum jeweiligen Zeitpunkt in Kraft ist) die Zahlung von Kommissionen an Broker und andere für die Übernahme, Platzierung, Verkauf oder Garantie der Zeichnung dieser Anteile, Schuldscheine oder Wertpapiere der Gesellschaft.
- (24) die Einrichtung und/oder Ausübung jeder anderen Geschäftstätigkeit, die zweckmäßigerweise in Verbindung mit einer Geschäftstätigkeit, zu deren Ausübung die Gesellschaft autorisiert ist, ausgeübt werden kann.
- (25) die Förderung eines jeden oder mehrerer Unternehmen zum Zwecke seines oder ihres Erwerbs aller oder einzelner Vermögensgegenstände, Rechte und Verbindlichkeiten der Gesellschaft, oder für einen anderen Zweck, der direkt oder indirekt als für die Gesellschaft nützlich erscheinen kann, und die Zahlung aller direkten oder indirekten Aufwendungen dieser Förderung, sowie die Errichtung von Tochtergesellschaften für einen der vorstehenden Zwecke.

- (26) der Kauf – für Rechnung eines Fonds durch Zeichnung oder Übertragung gegen Gegenleistung - von Anteilen beliebiger Klasse und Klassen, die einen anderen Fonds der Gesellschaft vertreten, vorbehaltlich der Vorschriften der Unternehmensgesetze von 1963 bis 2006 und der zum jeweiligen Zeitpunkt von der Central Bank of Ireland festgesetzten Bedingungen.
- (27) die Vornahme aller oder einzelner der vorstehenden Dinge irgendwo auf der Welt, ob als Geschäftsinhaber, Vertreter, Auftragnehmer, Treuhänder oder auf andere Weise und entweder durch Treuhänder, Vertreter, Subunternehmer oder auf andere Weise und entweder alleine oder als Partnerschaft oder in Verbindung mit jeder Person oder Unternehmen, sowie der Abschluss eines Vertrags über die Durchführung jeder mit der Betätigung der Gesellschaft verbundenen Geschäftstätigkeit durch jede Person oder Unternehmen.
- (28) das Besorgen der Eintragung der Gesellschaft oder der Anerkennung in jedem Land oder Ort im Ausland.
- (29) die Vornahme all derjenigen sonstigen Dinge, die die Gesellschaft für die Erreichung eines der vorgenannten Ziele der Gesellschaft als zugehörig oder dienlich erachtet.

Die in jedem der Absätze dieser Ziffer festgelegten Ziele, Zwecke und Befugnisse sind als selbstständige Befugnisse zum Zwecke der Erreichung des Hauptziels unter der vorstehenden Ziffer 2 anzusehen, und werden dementsprechend (außer wenn in diesem Absatz etwas anderes angegeben ist) durch die in einem anderen Absatz angegebenen Inhalte oder die Reihenfolge, in der dieselben auftreten, oder durch Bezugnahme auf den Firmennamen der Gesellschaft nicht begrenzt oder eingeschränkt.

Und es wird hiermit erklärt, dass das Wort „Unternehmen“ (company) (außer wenn als Bezugnahme auf die Gesellschaft (Company) verwendet) in dieser Ziffer so anzusehen ist, als umfasse es eine Personengesellschaft oder andere Personenvereinigung, ob handelsgerichtlich eingetragen oder nicht.

- 4. Die Haftung der Gesellschafter ist beschränkt.
- 5. Das ausgegebene Anteilkapital der Gesellschaft darf nicht geringer sein als der Währungsgegenwert von €2, dargestellt durch zwei nennwertlose Anteile, und das maximale ausgegebene Anteilkapital der Gesellschaft darf nicht mehr als der Währungsgegenwert von €500 Milliarden betragen, aufgeteilt in eine nicht spezifizierte Anzahl nennwertloser Anteile. Der tatsächliche Wert des eingezahlten Anteilkapitals der Gesellschaft muss jederzeit dem Wert der Vermögenswerte der Gesellschaft nach Abzug ihrer Verbindlichkeiten entsprechen.

Wir, die verschiedenen Personen, deren Namen, Anschriften und Beschreibungen unterzeichnet sind, möchten in Erfüllung dieser Gründungsurkunde eine Gesellschaft gründen, und wir vereinbaren, die Anzahl der Anteile an dem Kapital der Gesellschaft zu übernehmen, die gegenüber unseren jeweiligen Namen angegeben ist.

Namen, Anschriften und Beschreibungen der Zeichner	Anzahl der Anteile
---	---------------------------

Für und im Namen von
Fand Limited
Arthur Cox Building
Earlsfort Terrace
Dublin 2
Juristische Person

Ein

Für und im Namen von
Attleborough Limited
Arthur Cox Building
Earlsfort Terrace
Dublin 2
Juristische Person

Ein

Datum: 3. August 2007

Zeuge der vorstehenden Unterschriften:

Osbert Houghton
Arthur Cox Building
Earlsfort Terrace
Dublin 2

SATZUNG
der
CALAMOS GLOBAL FUNDS
PUBLIC LIMITED COMPANY

VERZEICHNIS

Artikel Nr.	Thema	Seite Nr.
1.	Definitionen	9
2.	Präambel	14
3.	Depotbank, Verwaltungsstelle und Fondsmanager	15
4.	Anteilskapital	17
5.	Die Teilfonds und getrennte Haftung	18
6.	Bestätigungen des Eigentums, Anteilszertifikate	21
7.	Handelstage	23
8.	Ausgabe von Anteilen	23
9.	Umtausch von Anteilen	24
10.	Preis je Anteil	26
11.	Qualifizierte Inhaber	27
12.	Rückkauf von Anteilen	29
13.	Vollständiger Rückkauf	31
14.	Feststellung des Nettoinventarwerts	33
15.	Bewertung von Vermögenswerten	35
16.	Übertragung und Übermittlung von Anteilen	38
17.	Anlageziele	40
18.	Hauptversammlungen	45
19.	Einberufungsmittelung der Hauptversammlungen	46
20.	Verfahren bei Hauptversammlungen	46
21.	Stimmen der Gesellschafter	49
22.	Verwaltungsratsmitglieder	51
23.	Verwaltungsratsmitglieder, Ämter und Interessen	54
24.	Befugnisse der Verwaltungsratsmitglieder	57
25.	Kapitalaufnahme- und Investitionsbefugnis	58
26.	Verfahren der Verwaltungsratsmitglieder	58
27.	Secretary	61
28.	Das Siegel der Gesellschaft	61
29.	Dividenden	62
30.	Nicht aufgefundene Gesellschafter	65
31.	Berichte	66
32.	Prüfung	68
33.	Mitteilungen	69
34.	Liquidation	70
35.	Haftungsfreistellung	71
36.	Zerstören von Dokumenten	74
37.	Salvatorische Klausel	74
38.	Änderung der Gründungsurkunde und der Satzung	75

**UNTERNEHMENSGESETZE (*COMPANIES ACTS*) 1963 BIS 2009
UND VERORDNUNGEN DER
EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFT (ORGANISMEN ZUR GEMEINSAMEN
ANLAGE IN ÜBERTRAGBAREN WERTPAPIEREN)
VON 2011**

**AKTIENGESELLSCHAFT
MIT VARIABLEM KAPITAL**

EIN UMBRELLAFONDS MIT GETRENNTER HAFTUNG ZWISCHEN DEN
TEILFONDS

**SATZUNG
der
CALAMOS GLOBAL FUNDS
PUBLIC LIMITED COMPANY**

**EINER KAPITALANLAGEGESELLSCHAFT MIT
VARIABLEM KAPITAL**

(Wie durch Sonderbeschluss vom 23. November 2007 verabschiedet und durch
Sonderbeschlüsse vom 9. September 2009, 17. Dezember 2010 und 14. Dezember 2011
geändert)

1. DEFINITIONEN

- (a) Die nachstehenden Wörter tragen die ihnen gegenüber festgesetzten Bedeutungen, sofern sie nicht zu dem Betreff oder dem Zusammenhang im Widerspruch stehen:

„**Bilanzierungszeitraum**“ ist eine Rechnungsperiode der Gesellschaft, die am 30. Juni eines jeden Jahres endet.

„**Gesetz**“ sind die Unternehmensgesetze (*Companies Acts*) von 1963 bis 2009 und jede Änderung, Erweiterung oder Wiederinkraftsetzung derselben, die zum jeweiligen Zeitpunkt in Kraft ist.

„**Geschäftsbericht**“ ist ein gemäß Artikel 31 dieser Satzung erstellter Bericht.

„**Verbundenes Unternehmen**“ ist ein Unternehmen, das in Bezug auf die betroffene Person (die ein Unternehmen ist) eine Holding-Gesellschaft oder eine Tochtergesellschaft einer solchen Holding-Gesellschaft eines Unternehmens ist (oder eine Tochtergesellschaft eines Unternehmens), deren ausgegebenes Eigenkapital zu mindestens einem Fünftel im wirtschaftlichen Eigentum der betroffenen Person oder einem Partner derselben gemäß dem vorstehenden Teil dieser Definition steht. Wenn die betroffene Person eine natürliche Person, Firma oder ein Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit ist, bezeichnet und umfasst der Begriff „Partner“ ein direkt oder indirekt von dieser Person kontrolliertes Unternehmen.

„**Abschlussprüfer**“ sind die jeweiligen Abschlussprüfer der Gesellschaft.

„**Basiswährung**“ ist in Bezug auf jede Anteilsklasse die Währung, in der die Anteile ausgegeben werden.

„**Verwaltungsrat**“ ist der Verwaltungsrat der Gesellschaft, einschließlich jedes Verwaltungsratsausschusses.

„**Zentralbank**“ ist die Central Bank of Ireland oder jeglicher Nachfolger hiervon.

„**Geschäftstag**“ ist, sofern nicht von den Verwaltungsratsmitgliedern etwas anderes bestimmt ist, ein Tag (ausgenommen Samstage, Sonntage und öffentliche Feiertage), an dem Privatkundenbanken für die Geschäftstätigkeit in Dublin, Irland, und New York geöffnet sind, vorausgesetzt, dass die Verwaltungsratsmitglieder zeitweise einen oder mehrere Tage als einen Geschäftstag bezeichnen können, an dem Privatkundenbanken in Dublin und New York nicht für die Geschäftstätigkeit geöffnet sind.

„**Volle Tage**“ ist der Zeitraum in Bezug auf einen Mitteilungszeitraum, ausgenommen der Tag, an dem die Mitteilung abgegeben wird oder als abgegeben gilt und der Tag, für den sie abgegeben wird oder an dem sie wirksam wird.

„**Provision**“ ist derjenige Betrag oder diejenigen Beträge, die auf die Emission oder den Rückkauf von Anteilen an der Gesellschaft zahlbar sind, wie es in dem Verkaufsprospekt bestimmt sein kann, und die von den Zeichnungs- oder Rückkaufgeldern abgezogen werden können.

„**Gesellschaft**“ ist die Gesellschaft, deren Name in der Überschrift dieser Satzung erscheint.

„**Depotbank**“ ist jedes Unternehmen, das zum jeweiligen Zeitpunkt als Verwahrer und Treuhänder der Vermögenswerte der Gesellschaft gemäß den Verordnungen ernannt ist.

„**Depotbank-Vertrag**“ ist ein zum jeweiligen Zeitpunkt zwischen der Gesellschaft und einer Depotbank in Bezug auf die Ernennung und die Pflichten dieser Depotbank bestehender Vertrag.

„**Handelstag**“ sind derjenige Tag oder diejenigen Tage, welche die Verwaltungsratsmitglieder von Zeit zu Zeit in Bezug auf jeden Teilfonds festlegen können, vorausgesetzt, dass:

- (i) sofern nicht zum und ab dem Anfänglichen Angebotszeitraum etwas anderes bestimmt ist, jeder Geschäftstag ein Handelstag ist;
- (ii) sollte es zu Änderungen in Bezug auf Handelstage kommen, jedem Gesellschafter darüber, zu einem Zeitpunkt und in einer solchen Weise, wie es von der Depotbank gebilligt werden kann, von den Verwaltungsratsmitgliedern darüber Mitteilung gemacht wird;

- (iii) die Vermögenswerte der Gesellschaft an einem Handelstag bewertet werden sollen; und dass
- (iv) es mindestens alle vierzehn Tage einen Handelstag gibt.

„**Verwaltungsratsmitglied**“ ist ein Verwaltungsratsmitglied der Gesellschaft zum jeweiligen Zeitpunkt.

„**Gebühren und Abgaben**“ sind alle Stempelgebühren und anderen Abgaben, Steuern, staatliche Gebühren, Bewertungsgebühren, Immobilienverwaltungsgebühren, Vertretergebühren, Vermittlungsgebühren, Bankgebühren, Übertragungsgebühren, Eintragungsgebühren und andere Gebühren, ob in Bezug auf die Begründung oder Erhöhung der Vermögenswerte oder die Schaffung, den Umtausch, den Verkauf, den Kauf oder die Übertragung von Anteilen oder den Kauf oder den geplanten Kauf von Investitionen oder auf andere Weise, die in Bezug auf oder vor oder bei Eintritt einer Transaktion, eines Handels oder einer Bewertung zahlbar wurden oder werden, jedoch mit Ausnahme einer auf die Emission und/oder die Einlösung von Anteilen zahlbaren Provision.

„**EU**“ ist die Europäische Union.

„**€**“ ist die Einheit der einheitlichen europäischen Währung.

„**Anfänglicher Angebotszeitraum**“ ist der Zeitraum, während dem Anteile einer jedweden Klasse von der Gesellschaft zum Kauf oder zur Zeichnung zum Anfänglichen Preis angeboten werden.

„**Anfänglicher Preis**“ ist der Preis, zu dem Anteile einer Klasse ursprünglich zum Kauf oder zur Zeichnung angeboten werden.

„**Investition**“ ist eine der Anlagen der Gesellschaft, wie im Einzelnen im Verkaufsprospekt dargelegt.

„**Fondsmanager**“ ist eine Person, Firma oder Unternehmen, das zum jeweiligen Zeitpunkt ernannt ist, Anlageberatung in Bezug auf die Verwaltung der Anlagen der Gesellschaft zur Verfügung zu stellen.

„**Schriftlich**“ ist geschrieben, gedruckt, lithographiert, fotografiert, ferngeschrieben, gefaxt oder durch einen anderen Ersatz für das Schriftliche oder zum Teil durch das eine und zum Teil durch das andere verkörpert.

„**Gesellschafter**“ ist eine Person, die als Inhaber der Anteile in dem Verzeichnis eingetragen ist.

„**Mindestbeteiligung**“ ist eine Inhaberschaft von Anteilen an einem Teilfonds, deren Wert unter Bezugnahme auf den Rückkaufpreis oder die Anzahl der Anteile nicht niedriger ist, als derjenige Betrag, der gegebenenfalls in einem Verkaufsprospekt spezifiziert sein kann.

„**Monat**“ ist ein Kalendermonat.

„**Nettoinventarwert**“ ist der für einen bestimmten Handelstag gemäß den Artikeln 14 und 15 dieser Satzung festgelegte Betrag.

„**Führungskraft**“ ist ein Verwaltungsratsmitglied der Gesellschaft oder der Secretary.

„**Ordentlicher Beschluss**“ ist ein ordentlicher Beschluss der Gesellschaft beziehungsweise einer Anteilsklasse der Gesellschaft, der bei einer Hauptversammlung mit einfacher Mehrheit der abgegebenen Stimmen verabschiedet wird.

„**Vorläufige Aufwendungen**“ sind die vorläufigen Aufwendungen, die bei der Errichtung der Gesellschaft (ausgenommen die Kosten der Gründung der Gesellschaft), dem Erhalt der Genehmigung der Gesellschaft durch die Zentralbank gemäß den Verordnungen, der Eintragung der Gesellschaft bei jeder anderen Aufsichtsbehörde und bei jedem Angebot von Anteilen an die Allgemeinheit entstanden sind (einschließlich der Kosten der Erstellung und der Veröffentlichung des Verkaufsprospekts und der Übersetzung des Verkaufsprospekts in andere Sprachen); dies kann Kosten oder Aufwendungen umfassen (ob direkt durch die Gesellschaft entstanden oder nicht), die in Verbindung mit einem anschließenden Antrag auf Zulassung oder Notierung einzelner der Anteile an der Gesellschaft an einer Wertpapierbörse oder einem Regelmärkten Markt entstanden sind.

„**Verkaufsprospekt**“ ist ein Verkaufsprospekt, der zum jeweiligen Zeitpunkt von der Gesellschaft in Bezug auf einen oder mehrere Teilfonds herausgegeben wird.

„**Verzeichnis**“ ist das Verzeichnis, in dem die Namen der Gesellschafter der Gesellschaft aufgeführt sind.

„**Geregelter Markt**“ ist eine Wertpapierbörse oder geregelter Markt in der Europäischen Gemeinschaft oder eine Wertpapierbörse oder geregelter Markt der in Artikel 17 dieser Satzung bestimmt ist.

„**Verordnungen**“ sind die Verordnungen der Europäischen Gemeinschaft (Organismen zur gemeinsamen Anlage in übertragbaren Wertpapieren) von 2011 und etwaige Änderungen dazu, die zum jeweiligen Zeitpunkt in Kraft sind.

„**Secretary**“ ist eine Person, Firma oder Unternehmen, das von den Verwaltungsratsmitgliedern ernannt ist, um die Pflichten des Secretary der Gesellschaft zu erfüllen.

„**Unterzeichnet**“ umfasst eine Unterschrift oder die Darstellung einer Unterschrift, die auf mechanischem oder anderem Wege aufgebracht wird.

„**Sonderbeschluss**“ ist ein Sonderbeschluss der Gesellschaft beziehungsweise einer Anteilsklasse der Gesellschaft, der gemäß dem Gesetz verabschiedet wird.

„**Teilfonds**“ ist jeder Fonds, der zum jeweiligen Zeitpunkt gemäß Artikel 5 eingerichtet wird, und der eine oder mehrere Anteilklassen der Gesellschaft umfassen kann.

„**Zeichneranteile**“ sind die Anteile, die die Unterzeichner der Gründungsurkunde und der Satzung der Gesellschaft zu zeichnen vereinbaren, wie im Einzelnen nachstehend hinter ihren Namen angegeben.

„**Tochtergesellschaft**“ ist eine Tochtergesellschaft im Sinne des § 155 des Unternehmensgesetzes von 1963.

„**U.K.**“ ist das Vereinigte Königreich von Großbritannien und Nordirland.

„**USA**“ sind die Vereinigten Staaten von Amerika (einschließlich der Bundesstaaten und des District of Columbia), ihre Territorien, ihre Besitztümer und alle anderen Gebiete, die ihrer Rechtsordnung unterliegen.

„**US-Person**“ ist sofern nicht von den Verwaltungsratsmitgliedern etwas anderes bestimmt ist, (i) eine in den USA ansässige Person, (ii) ein Staatsangehöriger der USA, (iii) eine Personengesellschaft, ein Unternehmen oder eine andere juristische Person, die in oder nach dem Recht der USA gegründet oder organisiert ist, (iv) ein Nachlass oder eine Investmentgesellschaft, die zu einkommensteuerlichen Zwecken als Ansässiger der USA behandelt wird, oder (v) eine Person, die unter den Begriff „US-Person“ gemäß Verordnung S, verkündet gemäß dem US-amerikanischen Wertpapiergesetz (*Securities Act*) von 1933 in der geltenden Fassung, oder in dem US-amerikanischen Gesetz über Kapitalanlagegesellschaften (*Investment Company Act*) von 1940 in der geltenden Fassung fällt.

- (b) Eine Bezugnahme auf Verfügungen und auf Artikel und Abschnitte von Verfügungen umfasst die Bezugnahme auf Änderungen oder Wiedereinsetzungen derselben, die zum jeweiligen Zeitpunkt in Kraft sind.
- (c) Sofern dies nicht zu dem Zusammenhang im Widerspruch steht:
 - (i) umfassen Wörter, die den Singular beinhalten, auch den Plural und umgekehrt;
 - (ii) umfassen Wörter, die lediglich das Maskulinum beinhalten, auch das Femininum;
 - (iii) umfassen Wörter, die lediglich Personen beinhalten, auch Unternehmen oder Vereinigungen oder Personenverbände, ob unternehmerisch oder nicht;
 - (iv) ist das Wort „kann“ (may) großzügig auszulegen und das Wort „wird“ (shall) ist als zwingend auszulegen.

2. PRÄAMBEL

- (a) Die in Muster (*Table*) A in dem Ersten Anhang des Unternehmensgesetzes von 1963 enthaltenen Vorschriften sind nicht anwendbar.
- (b) Vorbehaltlich der Bestimmungen der Verordnungen wird die Geschäftstätigkeit der Gesellschaft sogleich nach der Gründung der Gesellschaft aufgenommen, sofern dies die Verwaltungsratsmitglieder als angemessen erachten.
- (c) Die Vorläufigen Aufwendungen sind von der Gesellschaft oder dem Teilfonds zahlbar, auf den sie sich beziehen, und jeder auf diese Weise zahlbare Betrag kann in den Bilanzen der Gesellschaft vorgetragen werden und in einer Weise und über einen solchen Zeitraum amortisiert werden, den die Verwaltungsratsmitglieder jederzeit und zum jeweiligen Zeitpunkt zu verlängern oder zu verkürzen bestimmen können.
- (d) Die Gesellschaft muss auch die nachstehenden Aufwendungen tragen, außer insoweit, dass auf diese Aufwendungen verzichtet werden kann oder sie auf andere Weise von einer anderen Person beglichen werden können und dabei nicht von der Gesellschaft erstattet zu werden brauchen:
 - (i) Alle Steuern und Aufwendungen, die in Verbindung mit dem Erwerb und der Verfügung über Vermögenswerte der Gesellschaft entstehen können;
 - (ii) Alle Steuern, die zahlbar sind auf Vermögenswerte, Gewinne und Aufwendungen, die gegenüber der Gesellschaft zu besteuern sind;
 - (iii) Alle Vermittlungs-, Bank- und anderen Gebühren, die der Gesellschaft in Bezug auf ihre geschäftlichen Transaktionen entstanden sind;
 - (iv) Alle Gebühren und Aufwendungen, die gegenüber dem Abschlussprüfer, der Depotbank, der Verwaltungsstelle, einem Fondsmanager oder Berater, einer Sub-Depotbank der Gesellschaft, den Rechtsberatern der Gesellschaft, einem Bewerter, einem Händler, einer Vertriebsgesellschaft oder einem anderen Anbieter von Dienstleistungen an die Gesellschaft fällig sind;
 - (v) Alle Aufwendungen, die in Verbindung mit der Veröffentlichung und der Übermittlung von Informationen an die Gesellschafter entstanden sind, und insbesondere – unbeschadet der Allgemeingültigkeit des Vorstehenden – die Kosten des Drucks und der Verbreitung des Geschäftsberichts, jedes Berichts an die Zentralbank oder jede andere Aufsichtsbehörde, des Halbjahres- oder anderen Berichts und eines Verkaufsprospekts, und alle Kosten, die bei der Übersetzung eines des Vorstehenden in eine andere Sprache als Englisch entstanden sind, und die Kosten der Veröffentlichung von Notierungen von Preisen und Mitteilungen in der Finanzpresse und die Kosten der Einholung eines Ratings für die Anteile der Gesellschaft von einer Rating-Agentur und alle Kosten für Bürobedarf, Druck und Porto in Verbindung mit der

Erstellung und der Verbreitung von Schecks, Optionsscheinanleihen, Steuerzertifikaten und Erklärungen;

- (vi) Alle entstandenen Aufwendungen bei der Eintragung der Gesellschaft bei staatlichen Behörden oder Aufsichtsbehörden in jeder Rechtsordnung, wenn die Eintragung verfügbar oder erforderlich ist, sowie bei der Einführung der Notierung oder des Handels der Anteile der Gesellschaft an einer Wertpapierbörse oder einem Geregelten Markt sowie beim Erhalt eines Ratings der Anteile der Gesellschaft durch eine Rating-Agentur;
- (vii) Alle Aufwendungen, die in Bezug auf Gerichts- oder Verwaltungsverfahren entstehen; und
- (viii) Alle Aufwendungen, die in Verbindung mit dem Betrieb und der Leitung der Gesellschaft entstehen, insbesondere – ohne Einschränkung der Allgemeingültigkeit des Vorstehenden – alle Gehälter und Kosten der Verwaltungsratsmitglieder, alle Kosten, die bei der Organisation von Sitzungen der Verwaltungsratsmitglieder und der Gesellschafter und bei der Einholung von Stimmrechtsvollmachten in Bezug auf diese Sitzungen entstehen, alle Versicherungsprämien und Verbandsmitgliedschaftsbeiträge und sämtliche einmaligen und außerordentlichen Ausgabepositionen, die entstehen können.

Alle periodisch wiederkehrenden Aufwendungen werden zuerst mit laufenden Erträgen verrechnet, dann – sollte dies nicht ausreichen – mit realisierten Kapitalerträgen und – wenn erforderlich – mit Vermögenswerten.

3. DEPOTBANK, VERWALTUNGSSTELLE UND FONDSMANAGER

- (a) Die Gesellschaft wird sogleich nach ihrer Gründung und vor der Ausgabe von Anteilen (die Zeichneranteile ausgenommen) ernennen:
 - (i) eine Person, Firma oder Unternehmen für die Tätigkeit als Depotbank mit Verantwortlichkeit für die sichere Verwahrung aller Vermögenswerte der Gesellschaft;
 - (ii) eine Person, Firma oder Unternehmen für die Tätigkeit als Fondsmanager der Anlagen und Vermögenswerte der Gesellschaft; und
 - (iii) eine Person, Firma oder Unternehmen für die Tätigkeit als Verwaltungsstelle;

und die Verwaltungsratsmitglieder können der/dem auf diese Weise ernannten Depotbank, Verwaltungsstelle und Fondsmanager einzelne Befugnisse, Pflichten, Ermessensbefugnisse und/oder Funktionen, die von ihnen als Verwaltungsratsmitglieder ausübbar sind, zu denjenigen Bestimmungen und Bedingungen, einschließlich des Rechts auf die von der Gesellschaft zahlbare Vergütung, und denjenigen Befugnissen

der Beauftragung und denjenigen Beschränkungen, anvertrauen und übertragen, die sie als angemessen erachten.

- (b) Die Vertragsbedingungen der Ernennung einer Depotbank können diese Depotbank autorisieren, Sub-Depotbanken, Ernante, Vertreter oder Delegierte auf Kosten der Depotbank oder auf andere Weise zu ernennen (mit der Befugnis zur Unterbeauftragung) und jede ihrer Funktionen und Pflichten an eine oder mehrere auf diese Weise ernannte Personen zu delegieren, vorausgesetzt, dass diese Ernennung zunächst der Gesellschaft mitgeteilt wurde und im Einklang mit den Erfordernissen der Zentralbank steht, und weiter vorausgesetzt, dass eine solche Ernennung – soweit sie sich auf eine Ernennung in Bezug auf die Vermögenswerte der Gesellschaft bezieht – sofort bei Beendigung der Ernennung der Depotbank endet.
- (c) Die Vertragsbedingungen der Ernennung jeder Verwaltungsstelle können diese Verwaltungsstelle autorisieren – vorbehaltlich der Genehmigung der Zentralbank – einen oder mehrere Unter-Verwalter, Verwaltungsstellen oder andere Vertreter auf Kosten der Verwaltungsstelle zu ernennen und jede ihrer Funktionen und Pflichten an eine oder mehrere auf diese Weise ernannte Personen zu delegieren, vorausgesetzt, dass diese Ernennung oder diese Ernennungen zunächst von der Gesellschaft genehmigt wurden, und weiter vorausgesetzt, dass eine solche Ernennung sofort bei Beendigung der Ernennung der Verwaltungsstelle endet.
- (d) Mit der Genehmigung der Zentralbank kann die Ernennung des Fondsmanagers beendet werden und ein Ersatz-Fondsmanager ernannt werden, und es können die Vertragsbedingungen der Ernennung eines Fondsmanagers mit der Zeit geändert werden und diese können den Fondsmanager autorisieren, einen oder mehrere Anlageberater oder andere Vertreter zu ernennen und einzelne ihrer Funktionen und Pflichten an eine oder mehrere auf diese Weise ernannte Personen zu delegieren, vorausgesetzt, dass diese Ernennung oder Ernennungen zunächst von der Gesellschaft genehmigt wurden, und weiter vorausgesetzt, dass eine solche Ernennung sofort bei Beendigung der Ernennung des Fondsmanagers endet.
- (e) Die Ernennung der Depotbank, der Verwaltungsstelle und des Fondsmanagers unterliegt in jedem Fall der Genehmigung der Zentralbank, und die Verträge, durch welche die Depotbank, die Verwaltungsstelle und der Fondsmanager ernannt werden, müssen in jedem Fall im Einklang mit den Anforderungen der Zentralbank stehen.
- (f) In dem Falle, dass die Depotbank das Ausscheiden oder die Entlassung aus dem Amt wünscht, wird sich die Gesellschaft nach besten Kräften bemühen, ein Unternehmen zu finden, das bereit ist, als Depotbank tätig zu sein und das von der Zentralbank als Depotbank genehmigt werden kann; wenn sie dies tut, wird die Gesellschaft dieses Unternehmen als Depotbank anstelle der früheren Depotbank ernennen. In dem Depotbank-Vertrag wird bestimmt, dass die Depotbank bis zur Ernennung einer Ersatz-Depotbank durch die Gesellschaft nicht aus dem Amt ausscheiden oder entlassen werden kann.

- (g) Wenn innerhalb eines Zeitraums von neunzig Tagen ab dem Datum, an dem die Depotbank der Gesellschaft ihren Wunsch des Ausscheidens mitteilt, oder ab dem Datum, an dem die Depotbank nicht länger von der Zentralbank genehmigt wird, keine Ersatz-Depotbank ernannt wurde, wird der Secretary – auf Verlangen der Verwaltungsratsmitglieder oder der Depotbank – sogleich eine außerordentliche Hauptversammlung der Gesellschaft einberufen, bei der ein Sonderbeschluss vorzuschlagen ist, entweder die Anteile der Gesellschaft zurückzukaufen oder die Gesellschaft zu liquidieren; wenn ein Sonderbeschluss zur Liquidation der Gesellschaft gemäß dem Gesetz verabschiedet wird, wird der Liquidator die Vermögenswerte der Gesellschaft gemäß den Bestimmungen des Artikels 34 dieser Satzung ausschütten, jedoch endet in keinem Fall die Ernennung der Depotbank, bis die Autorisierung der Gesellschaft von der Zentralbank widerrufen wurde.

4. ANTEILSKAPITAL

- (a) Das eingezahlte Anteilskapital der Gesellschaft wird jederzeit dem Nettoinventarwert der Gesellschaft entsprechen, wie er gemäß den Artikeln 14 und 15 dieser Satzung festgelegt ist.
- (b) Das ausgegebene Anteilskapital der Gesellschaft soll nicht geringer sein als der Währungsgegenwert von €2, verkörpert durch zwei nennwertlose Anteile, und das ausgegebene Mindestanteilskapital der Gesellschaft darf nicht höher sein als der Währungsgegenwert von €500 Milliarden, aufgeteilt in eine nicht spezifizierte Anzahl nennwertloser Anteile.
- (c) Die Verwaltungsratsmitglieder werden hiermit allgemein und unbedingt autorisiert, alle Befugnisse der Gesellschaft zur Zuteilung oder Ausgabe von Anteilen an der Gesellschaft gemäß § 20 des Unternehmensgesetzes (Änderung) von 1983 auszuüben. Der Höchstbetrag der Anteile, die unter der hiermit verliehenen Ermächtigung zugeteilt oder ausgegeben werden können, sind €500 Milliarden, vorausgesetzt, dass Anteile, die zurückgekauft wurden, zum Zwecke der Berechnung des Höchstbetrags der Anteile, die ausgegeben werden können, als nie ausgegeben gewesen gelten.
- (d) Die Verwaltungsratsmitglieder können an die Verwaltungsstelle oder eine ordnungsgemäß autorisierte Führungskraft oder eine andere Person die Pflichten der Annahme der Zeichnung, des Empfangs von Zahlungen und der Zuteilung oder Ausgabe neuer Anteile delegieren.
- (e) Die Verwaltungsratsmitglieder können nach ihrem uneingeschränkten Ermessen die Annahme eines Antrags auf Anteile an der Gesellschaft zurückweisen oder einen Antrag ganz oder teilweise annehmen.
- (f) Keine Person wird von der Gesellschaft als treuhänderischer Verwalter von Anteilen anerkannt, und die Gesellschaft ist durch eine wirtschaftliche, bedingte, zukünftige oder teilweise Beteiligung an Anteilen weder gebunden noch wird sie diese anerkennen (auch wenn sie davon Kenntnis hat); gleiches gilt (außer wenn hierin etwas anderes bestimmt ist oder gesetzlich gefordert werden kann) für jedes andere Recht in Bezug auf jeden Anteil, mit Ausnahme eines absoluten Eigentumsrechts des eingetragenen Inhabers daran.

- (g) Jederzeit nach der Ausgabe von Anteilen und vorbehaltlich geltenden Rechts wird die Gesellschaft berechtigt sein, die Zeichneranteile zurückzukaufen oder für die Übertragung der Zeichneranteile an eine Person zu sorgen, die ein qualifizierter Inhaber von Anteilen gemäß Artikel 11 dieser Satzung sein kann.

5. DIE TEILFONDS UND GETRENNTE HAFTUNG

- (a) Die Gesellschaft ist ein Umbrellafonds mit getrennter Haftung zwischen den Teilfonds, und jeder Teilfonds kann sich aus einer oder mehreren Anteilsklassen an der Gesellschaft zusammensetzen. Die anfänglichen Teilfonds, die von der Gesellschaft einzurichten sind, sind der Calamos Growth Fund, der Calamos U.S Opportunities Fund, der Calamos Global Opportunities Fund und der Calamos Global Equity Fund. Mit der vorherigen Genehmigung der Zentralbank können die Verwaltungsratsmitglieder von Zeit zu Zeit einen Teilfonds durch die Ausgabe einer oder mehrerer gesonderter Klassen oder einer Reihe von Anteilen zu denjenigen Bestimmungen einrichten, die die Verwaltungsratsmitglieder beschließen.
- (b) Die Verwaltungsratsmitglieder werden hiermit autorisiert, jede bestehende Anteilsklasse der Gesellschaft von Zeit zu Zeit neu zu bezeichnen und diese Anteilsklasse mit einer anderen Anteilsklasse der Gesellschaft zu verbinden, vorausgesetzt, dass die Gesellschafter dieser Klasse oder dieser Klassen zunächst von der Gesellschaft benachrichtigt werden, und ihnen die Möglichkeit gegeben wird, ihre Anteil zurückzukaufen. Mit der vorherigen Zustimmung der Verwaltungsratsmitglieder können Gesellschafter Anteile jeder Anteilsklasse in Anteile einer anderen Anteilsklasse der Gesellschaft gemäß den Bestimmungen des Artikels 9 dieser Satzung umtauschen.
- (c) Zum Zwecke der Ermöglichung der Neubezeichnung oder des Umtauschs der Anteile einer Klasse in Anteile einer anderen Klasse kann die Gesellschaft – vorbehaltlich der Verordnungen – diejenige Handlung vornehmen, die erforderlich sein kann, um die mit den umzutauschenden Anteilen einer Klasse verbundenen Rechte zu ändern oder aufzuheben, damit diese Rechte durch die mit der anderen Klasse - in die die Anteile der ursprünglichen Klasse umzutauschen sind - verbundenen Rechte ersetzt werden.
- (d) Die Aufzeichnungen und Bücher eines jeden Teilfonds müssen getrennt geführt werden, und die Vermögenswerte und Verbindlichkeiten eines jeden Teilfonds müssen in der nachstehenden Weise aufgeteilt sein:
 - (i) die Erlöse aus der Ausgabe von Anteilen, die einen Teilfonds vertreten, werden in den Büchern und Aufzeichnungen der Gesellschaft für diesen Teilfonds angesetzt, und die diesem zurechenbaren Vermögenswerte und Verbindlichkeiten sowie Erträge und Aufwendungen werden für diesen Teilfonds vorbehaltlich der Bestimmungen dieses Artikels angesetzt;
 - (ii) wenn ein Vermögenswert von einem anderen Vermögenswert abgeleitet wird, wird dieser abgeleitete Vermögenswert in den Büchern und Aufzeichnungen der Gesellschaft für denselben Teilfonds angesetzt, wie die Vermögenswerte, von denen er abgeleitet wurde,

und bei jeder Bewertung eines Vermögenswerts wird die Steigerung oder Minderung des Wertes für den relevanten Teilfonds angesetzt;

- (iii) wenn der Gesellschaft eine Verbindlichkeit entsteht, die sich auf einen Vermögenswert eines bestimmten Teilfonds oder auf eine Handlung bezieht, die in Verbindung mit einem Vermögenswert eines bestimmten Teilfonds vorgenommen wird, wird diese Verbindlichkeit dem relevanten Teilfonds zugeteilt;
- (iv) wenn ein Vermögenswert oder eine Verbindlichkeit der Gesellschaft nicht als einem bestimmten Teilfonds zurechenbar angesehen werden kann, wird dieser Vermögenswert oder diese Verbindlichkeit – vorbehaltlich der Genehmigung der Depotbank – allen Teilfonds im Verhältnis zu dem Nettoinventarwert eines jeden Teilfonds zugeteilt;

immer vorausgesetzt, dass bei der Ausgabe einer Anteilsklasse in Bezug auf einen Teilfonds die Verwaltungsratsmitglieder Provisionen, Gebühren und Abgaben sowie laufende Aufwendungen auf einer Basis aufteilen können, die von derjenigen abweicht, die im Falle von Anteilen an anderen Klassen des Teilfonds anwendbar ist.

- (e) Ungeachtet einer gesetzlichen Vorschrift oder einer rechtlichen Regelung, die dazu im Widerspruch steht, wird eine Verbindlichkeit, die bei einem Teilfonds der Gesellschaft entstanden oder diesem zurechenbar ist, lediglich aus den Vermögenswerten dieses Teilfonds beglichen, und weder die Gesellschaft noch ein Verwaltungsratsmitglied, ein Insolvenzverwalter, ein Prüfer, ein Liquidator, ein vorläufiger Liquidator oder eine andere Person wird die Vermögenswerte eines solchen Teilfonds zur Erfüllung einer Verbindlichkeit einsetzen oder einzusetzen verpflichtet sein, die im Namen eines anderen Teilfonds entstanden oder diesem zurechenbar ist.
- (f) In jeden Vertrag, jede Vereinbarung, jede Übereinkunft oder jede Transaktion, die von der Gesellschaft eingegangen wird, werden die nachstehenden Bestimmungen einbezogen:
 - (i) die Partei oder die Parteien, die mit der Gesellschaft einen Vertrag schließen, werden nicht danach streben – ob in einem Verfahren oder auf irgendeinem anderen Wege irgendeiner Art oder an irgendeinem Ort – zur Begleichung der gesamten oder eines Teils einer Verbindlichkeit auf Vermögenswerte eines Teilfonds zurückzugreifen, in dessen Namen diese Verbindlichkeit nicht entstanden ist;
 - (ii) wenn eine Partei, die mit der Gesellschaft einen Vertrag schließt, auf irgendeinem Wege irgendeiner Art oder an irgendeinem Ort erfolgreich damit ist, zur Begleichung der gesamten oder eines Teils einer Verbindlichkeit auf Vermögenswerte eines Teilfonds Rückgriff zu nehmen, in dessen Namen diese Verbindlichkeit nicht entstanden ist, haftet diese Partei gegenüber der Gesellschaft auf die Zahlung eines Betrags, der dem Wert des dadurch von ihr erlangten Vorteils entspricht; und

- (iii) wenn eine Partei, die mit der Gesellschaft einen Vertrag schließt, erfolgreich damit ist, Vermögenswerte eines Teilfonds auf irgendeinem Wege sicherzustellen oder zu pfänden oder auf andere Weise in Vermögenswerte eines Teilfonds in Bezug auf eine Verbindlichkeit, die nicht im Namen dieses Teilfonds entstanden ist, die Zwangsvollstreckung zu betreiben, wird diese Partei diese Vermögenswerte oder die direkten oder indirekten Erlöse des Verkaufs dieser Vermögenswerte treuhänderisch für die Gesellschaft verwahren und diese Vermögenswerte oder Erlöse gesondert und identifizierbar als dieses Treuhandvermögen aufbewahren.
- (g) Alle Beträge, die von der Gesellschaft infolge eines solchen Treuhandverhältnisses beizubringen sind, wie es in Artikel 5(f)(iii) beschrieben ist, werden gegenüber einer gleichzeitigen Verbindlichkeit gemäß den in Artikel 5(f) dargelegten einbezogenen Bestimmungen gutgeschrieben.
- (h) Jeder Vermögenswert oder Betrag, der von der Gesellschaft gemäß den in Artikel 5(f) dargelegten einbezogenen Bestimmungen oder auf anderem Wege irgendeiner Art oder an irgendeinem Ort in den in diesen Absätzen bezeichneten Fällen wiedererlangt wird, wird nach Abzug oder Zahlung etwaiger Wiederbeschaffungskosten zur Entschädigung des Teilfonds eingesetzt.
- (i) In dem Fall, dass einem Teilfonds zurechenbare Vermögenswerte bei der Vollstreckung einer Verbindlichkeit verwendet werden, die diesem Teilfonds nicht zurechenbar ist, und insoweit als diese Vermögenswerte oder die Entschädigung in Bezug darauf nicht auf andere Weise diesem betroffenen Teilfonds wiedererstattet werden kann, werden die Verwaltungsratsmitglieder mit der Zustimmung der Depotbank den Wert der für den betroffenen Teilfonds verlorenen Vermögenswerte bestätigen oder die Bestätigung veranlassen, und Vermögenswerte oder Beträge aus den Vermögenswerten des Teilfonds oder der Teilfonds, denen die Verbindlichkeit zurechenbar war, im Vorrang vor allen anderen Ansprüchen gegen diesen oder diese Teilfonds übertragen oder zahlen, die ausreichend sind, um dem betroffenen Teilfonds den Wert der für ihn verlorenen Vermögenswerte oder Beträge zurückzuerstatten.
- (j) Ein Teilfonds ist keine von der Gesellschaft getrennte juristische Person, sondern die Gesellschaft kann in Bezug auf einen bestimmten Teilfonds klagen und verklagt werden und gegebenenfalls dieselben Aufrechnungsrechte unter ihren Teilfonds ausüben, die gesetzlich in Bezug auf Unternehmen anwendbar sind; das Vermögen eines Teilfonds unterliegt den Anordnungen des Gerichts, als ob der Teilfonds eine gesonderte juristische Person wäre.
- (k) In Bezug auf jede Anteilsklasse und jeden Teilfonds werden getrennte Aufzeichnungen geführt.

6. BESTÄTIGUNGEN DES EIGENTUMS UND ANTEILSZERTIFIKATE

- (a) Ein Gesellschafter erhält den Nachweis seines Eigentumsrechts in Bezug auf Anteile durch die Eintragung seines Namens, seiner Anschrift und der Anzahl

der von ihm gehaltenen Anteile in das Verzeichnis, das auf die gesetzlich geforderte Art und Weise geführt wird.

- (b) Ein Gesellschafter, dessen Name in dem Verzeichnis erscheint, hat auf Verlangen des Gesellschafters ein Recht auf Ausstellung einer schriftlichen Bestätigung des Eigentums, in der die Anzahl der von ihm gehaltenen Anteile genannt ist, oder – wenn der Gesellschafter dies verlangt und vorausgesetzt, dass der Gesellschafter diejenige Gebühr zahlt, die für dessen Ausstellung zahlbar ist – ein Anteilszertifikat, in dem die Anzahl der von ihm gehaltenen Anteile genannt ist und das von der Depotbank unterzeichnet wird.
- (c) Wenn eine schriftliche Eigentumsbestätigung oder ein Anteilszertifikat beschädigt oder entstellt oder als verloren, gestohlen oder zerstört behauptet wird, kann eine neue schriftliche Eigentumsbestätigung oder ein Anteilszertifikat, das die gleichen Anteile betrifft, vorbehaltlich der Übermittlung der alten schriftlichen Eigentumsbestätigung oder des Anteilszertifikats auf Verlangen an den Gesellschafter, oder (wenn als verloren, gestohlen oder zerstört behauptet) bei Einhaltung der Bedingungen im Hinblick auf den Nachweis und die Haftungsfreistellung und der Zahlung der außerordentlichen Baraufwendungen der Gesellschaft in Verbindung mit dem Verlangen, wie es die Verwaltungsratsmitglieder als angemessen erachten, ausgestellt werden.
- (d) Das Verzeichnis kann auf Magnetband oder im Einklang mit einem mechanischen oder elektronischen System geführt werden, vorausgesetzt, dass daraus der lesbare Nachweis erstellt werden kann, um die Anforderungen des geltenden Rechts und dieser Satzung zu erfüllen.
- (e) Die Verwaltungsratsmitglieder werden zusätzlich zu den gesetzlich zur Eintragung geforderten Einzelheiten die Eintragung der nachstehenden Einzelheiten in das Verzeichnis veranlassen:
 - (i) der Name und die Anschrift eines jeden Gesellschafters (mit der Ausnahme, dass im Falle gemeinsamer Inhaber nur die Anschrift des erstgenannten Inhabers eingetragen werden muss), eine Erklärung der von ihm gehaltenen Anteile jeder Klasse und der auf diese Anteile gezahlte oder als gezahlt anzusehen vereinbarte Betrag;
 - (ii) das Datum, an dem jede Person als ein Gesellschafter in das Verzeichnis eingetragen wurde; und
 - (iii) das Datum, an dem eine Person nicht länger ein Gesellschafter ist.
- (f)
 - (i) Das Verzeichnis ist in einer Weise zu führen, dass jederzeit die Gesellschafter der Gesellschaft und die jeweils von ihnen gehaltenen Anteile aufgezeigt werden können.
 - (ii) Das Verzeichnis steht im Einklang mit geltendem Recht am eingetragenen Sitz der Gesellschaft zur Einsicht offen, und jeder

Gesellschafter ist berechtigt, nur den Eintrag in dem Verzeichnis in Bezug auf ihn selber einzusehen.

- (iii) Die Gesellschaft kann das Verzeichnis zu einem Zeitpunkt oder zu Zeiten schließen, die insgesamt in jedem Jahr dreißig Tage nicht übersteigen.
- (g) Die Verwaltungsratsmitglieder sind nicht zur Eintragung von mehr als vier Personen als gemeinsame Inhaber eines oder mehrerer Anteile verpflichtet. Im Falle eines gemeinsam von mehreren Personen gehaltenen Anteils sind die Verwaltungsratsmitglieder daher nicht verpflichtet, mehr als eine schriftliche Eigentumsbestätigung oder mehr als ein Anteilszertifikat dafür auszustellen, und die Ausstellung einer schriftlichen Eigentumsbestätigung oder eines Anteilszertifikats für einen Anteil an den erstgenannten der verschiedenen gemeinsamen Inhaber soll eine ausreichende Übermittlung an alle sein.
- (h) Wenn zwei oder mehr Personen als Inhaber von Anteilen eingetragen sind, werden sie vorbehaltlich der nachstehenden Bestimmungen als gemeinsame Inhaber derselben angesehen:
 - (i) die gemeinsamen Inhaber von Anteilen haften gesamtschuldnerisch in Bezug auf alle Zahlungen, die in Bezug auf diese Anteile erfolgen sollten;
 - (ii) einer dieser gemeinsamen Inhaber kann wirksame Empfangsbestätigungen für jede an diese gemeinsamen Inhaber zahlbare Dividende, Prämie oder Kapitalertrag abgeben;
 - (iii) nur der erstgenannte gemeinsame Inhaber eines Anteils ist zur Übermittlung der schriftlichen Eigentumsbestätigung oder des Anteilszertifikats in Bezug auf diesen Anteil oder zum Empfang von Mitteilungen der Gesellschaft zur Teilnahme an Hauptversammlungen der Gesellschaft berechtigt. Jede schriftliche Eigentumsbestätigung oder ein Anteilszertifikat, das an den erstgenannten der gemeinsamen Inhaber übermittelt wird, bewirkt die wirksame Übermittlung an alle, und jede gegenüber dem erstgenannten der gemeinsamen Inhaber abgegebene Mitteilung ist als abgegebene Mitteilung gegenüber allen gemeinsamen Inhabern anzusehen;
 - (iv) die Stimme des erstgenannten der gemeinsamen Inhaber, der entweder persönlich oder durch Stimmrechtsbevollmächtigten eine Stimme abgibt, wird unter Ausschluss der Stimmen der anderen gemeinsamen Inhaber angenommen; und
 - (v) im Sinne der Bestimmungen dieses Artikels wird der erstgenannte durch die Reihenfolge bestimmt, in der die Namen der gemeinsamen Inhaber in dem Verzeichnis stehen.
- (i) Die Gesellschaft wird keine Inhaberzertifikate ausstellen, weder an erstmalige Zeichner der Gesellschaft noch an bestehende Gesellschafter in Bezug auf Anteile, die bereits von diesen Gesellschaftern gehalten werden.

- (j) Die Verwaltungsratsmitglieder können ebenfalls zum jeweiligen Zeitpunkt eine Gebühr in Bezug auf die Kosten der Eigentumsbestätigungen oder der Anteilszertifikate gegenüber einem Gesellschafter festsetzen.

7. HANDELSTAGE

Alle Ausgaben und Rückkäufe von Anteilen werden an oder mit Wirkung ab einem Handelstag bewirkt, vorausgesetzt, dass die Gesellschaft an einem Handelstag Anteile auf der Basis zuteilen kann, dass die Anteile bei Erhalt frei verfügbarer Gelder der Zeichner der Anteile ausgegeben werden, und in dem Falle, dass die Gesellschaft die Zeichnungsgelder in Bezug auf diese Zuteilung nicht innerhalb des in dem Verkaufsprospekt angegebenen Zeitraums oder demjenigen anderen Zeitraum erhält, der von den Verwaltungsratsmitgliedern bestimmt werden kann, ist diese Zuteilung als aufgehoben anzusehen.

8. AUSGABE VON ANTEILEN

- (a) Vorbehaltlich des hierin nachstehend Bestimmten, kann die Gesellschaft mit Wirkung ab einem Handelstag bei Erhalt des Nachstehenden durch sie:
 - (i) ein Antrag auf Anteile in derjenigen Form, wie von der Gesellschaft zum jeweiligen Zeitpunkt bestimmt; und
 - (ii) diejenigen Erklärungen hinsichtlich des Status, des Wohnortes und sonstiger Angaben des Anteilszeichners, die die Gesellschaft zum jeweiligen Zeitpunkt fordern kann; und
 - (iii) die Zahlung der Anteile innerhalb eines angemessenen Zeitraums und auf diejenige Weise, die die Gesellschaft zum jeweiligen Zeitpunkt bestimmen kann, vorausgesetzt, dass - wenn die Gesellschaft die Zahlung der Anteile in einer anderen Währung als der Basiswährung erhält - die Gesellschaft die erhaltenen Gelder in die Basiswährung umtauscht oder den Umtausch veranlassen wird, und berechtigt ist, davon alle bei dem Umtausch entstandenen Aufwendungen abzuziehen;

diejenigen Anteile in denjenigen Klassen ausgeben, die zum jeweiligen Zeitpunkt von der Gesellschaft zum für jeden dieser Anteile erhältlichen Nettoinventarwert geschaffen werden, (oder nach dem Ermessen der Gesellschaft im Falle des vorstehenden Unterabsatzes (iii) zum Nettoinventarwert für jeden dieser Anteile an dem Handelstag, der dem Umtausch der empfangenen Gelder in die Basiswährung unmittelbar folgt) gegebenenfalls abzüglich einer Provision. Oder sie kann diejenigen Anteile zuteilen, bei denen der Erhalt frei verfügbarer Gelder schwebend ist, vorausgesetzt, dass die Verwaltungsratsmitglieder – wenn frei verfügbare Gelder, die die Zeichnungsgelder verkörpern, von der Gesellschaft nicht innerhalb des Zeitraums empfangen werden, den die Verwaltungsratsmitglieder festlegen können – eine Zuteilung von Anteilen in Bezug darauf aufheben können. Die Verwaltungsratsmitglieder können die Annahme eines Antrags auf Zuteilung oder Ausgabe von Anteilen ablehnen

und das Angebot von Anteilen an der Gesellschaft zur Zuteilung oder Ausgabe für einen bestimmten Zeitraum oder auf andere Weise einstellen.

- (b) Die Gesellschaft ist berechtigt, Wertpapiere oder Anlagen von einem Anteilszeichner zu vereinnahmen, und diese Wertpapiere oder Investitionen zu verkaufen, darüber zu verfügen oder sie auf andere Weise in Barmittel umzuwandeln, und diese Barmittel (abzüglich der bei der Umwandlung entstandenen Aufwendungen) für den Kauf der Anteile an der Gesellschaft gemäß den Bestimmungen dieser Satzung einzusetzen.
- (c) Es wird keine Ausgabe in Bezug auf einen Antrag vorgenommen, die dazu führen würde, dass der Anteilszeichner weniger als die etwaige Mindestbeteiligung hält.
- (d) Die Verwaltungsratsmitglieder sind berechtigt, Anteilsbruchstücke (nachstehend bezeichnet als „**Anteilsbruchstücke**“) auszugeben, wenn die von der Gesellschaft erhaltenen Zeichnungsgelder für den Kauf einer ganzen Zahl von Anteilen nicht ausreichend sind, vorausgesetzt jedoch, dass Anteilsbruchstücke keine Stimmrechte enthalten, und ferner vorausgesetzt, dass der Nettoinventarwert eines Anteilsbruchstücks einer Anteilsklasse um den Betrag angepasst wird, den dieses Anteilsbruchstück einem ganzzahligen Anteil dieser Anteilsklasse im Zeitpunkt der Ausgabe erbringt, und eine auf diese Anteilsbruchstücke zahlbare Dividende wird auf die gleiche Weise angepasst.

9. UMTAUSCH VON ANTEILEN

Vorbehaltlich des hierin nachstehend bestimmten, kann ein Inhaber von Anteilen an einem Teilfonds (die „**Ursprünglichen Teilfonds-Anteile**“) mit der vorherigen Zustimmung der Verwaltungsratsmitglieder zum jeweiligen Zeitpunkt alle oder einen Teil dieser Anteile – die im Zeitpunkt des Umtauschs den von den Verwaltungsratsmitgliedern zum jeweiligen Zeitpunkt festgesetzten Mindestwert haben – in Anteile eines anderen Teilfonds (die „**Neuen Teilfonds-Anteile**“) umtauschen („**Umtausch**“), die entweder zu den nachstehenden Bedingungen bestehen oder deren Schaffung vereinbart ist:

- (i) der Umtausch kann durch den genannten Inhaber ausübbar sein (nachstehend bezeichnet als der „**Antragsteller**“), der eine Mitteilung abgibt (nachstehend bezeichnet als die „**Teilfonds-Umtauschmitteilung**“), die unwiderruflich ist und von dem Antragsteller schriftlich am Sitz der Verwaltungsstelle eingereicht wird, und die von den von dem Antragsteller ordnungsgemäß indossierten Anteilzertifikaten und denjenigen anderen Nachweisen des Eigentums, der Rechtsnachfolge oder der Abtretung begleitet wird, der für die Verwaltungsratsmitglieder zufriedenstellend ist, zusammen mit den noch nicht fälligen Dividendenkupons;
- (ii) der Umtausch der von einer Teilfonds-Umtauschmitteilung umfassten Anteile, die an die Verwaltungsstelle an einem Tag übermittelt wird, der kein Handelstag ist, erfolgt an dem nächsten auf den Erhalt der Umtauschmitteilung folgenden Handelstag;

- (iii) der Umtausch der von der Teilfonds-Umtauschmitteilung umfassten Ursprünglichen Teilfonds-Anteile wird durch den Rückkauf dieser Ursprünglichen Teilfonds-Anteile (außer dass die Rückkaufgelder nicht an den Antragsteller freigegeben werden) und die Ausgabe der Neuen Teilfonds-Anteile bewirkt, wobei dieser Rückkauf und diese Ausgabe an dem in Absatz (ii) dieses Artikels bezeichneten Handelstag stattfinden;
- (iv) die bei Umtausch auszugebende Anzahl der Neuen Teilfonds-Anteile wird von den Verwaltungsratsmitgliedern gemäß (oder soweit möglich entsprechend) der nachstehenden Formel bestimmt:

$$NS = \frac{-(A \times B \times C) - D}{E}$$

wobei:

NS = die Anzahl der Neuen Teilfonds-Anteile, die ausgegeben werden; und

A = die Anzahl der umzutauschenden Ursprünglichen Teilfonds-Anteile; und

B = der Rückkaufpreis dieses Ursprünglichen Teilfonds-Anteils an dem relevanten Handelstag, ggfs. nach Abzug einer Provision; und

C = der etwaige Währungsumtauschfaktor, wie von den Verwaltungsratsmitgliedern bestimmt; und

D = sofern in dem Verkaufsprospekt nicht etwas anderes bestimmt ist, eine Umschichtungsgebühr von bis zu 2,5 % des Nettoinventarwerts der umzutauschenden Ursprünglichen Teilfonds-Anteile (A X B), wobei diese Umschichtungsgebühr von der Gesellschaft im Namen des Gesellschafters aus den Erlösen des Rückkaufs der Ursprünglichen Teilfonds-Anteile direkt an eine Vertriebsgesellschaft oder ein Platzierungsinstitut gezahlt werden kann, die/das zum jeweiligen Zeitpunkt von der Gesellschaft ernannt ist; und

E = der Ausgabepreis der Neuen Teilfonds-Anteile an dem relevanten Handelstag, ggfs. nach Abzug einer Provision; und

- (v) bei Umtausch wird die Gesellschaft die Zuteilung von Vermögenswerten oder Barmitteln, die den Wert von NS widerspiegeln, wie vorstehend unter (iv) definiert, zu derjenigen Anteilsklasse der Anteile veranlassen, die die Neuen Teilfonds-Anteile umfasst.

10. PREIS JE ANTEIL

- (a) Der Anfängliche Preis je Anteil, zu dem die Anteile einer Klasse zugeteilt oder ausgegeben werden, und die auf den Anfänglichen Preis zahlbare

Provision und der Anfängliche Angebotszeitraum in Bezug auf einen Teilfonds werden von den Verwaltungsratsmitgliedern bestimmt.

- (b) Der Preis eines jeden Anteils an jedem Handelstag nach dem Anfänglichen Angebotszeitraum in Bezug auf diesen Anteil ist der anwendbare Nettoinventarwert dieses Anteils, wie gemäß den Artikeln 14 und 15 bestimmt, und auf diejenige Art und Weise angepasst, wie in dem Verkaufsprospekt bestimmt, um eine Provision oder andere zahlbare Gebühr zu erfassen.
- (c) Die Verwaltungsratsmitglieder können zusätzlich zu dem Preis je Anteil von einem Anteilszeichner die Zahlung derjenigen Gebühren und Abgaben in Bezug auf die Anteile an die Gesellschaft verlangen, die die Verwaltungsratsmitglieder zum jeweiligen Zeitpunkt bestimmt haben.
- (d) Vorbehaltlich der Bestimmungen der Verordnungen können die Verwaltungsratsmitglieder an einem Handelstag Anteile zu Bedingungen ausgeben, welche die Vornahme der Abwicklung durch die Übertragung von Investitionen an die Gesellschaft vorsehen, die zum jeweiligen Zeitpunkt hiernach gehalten werden oder gehalten werden können; in Verbindung damit sind die nachstehenden Bestimmungen anwendbar:
 - (i) die Verwaltungsratsmitglieder werden darüber zufrieden gestellt, dass die Bedingungen eines solchen Austauschs nicht solche sind, die wahrscheinlich zu einem wesentlichen Nachteil für die Gesellschafter führen;
 - (ii) die Anzahl der auszugebenden Anteile ist nicht höher als die Anzahl, die zur Barabwicklung ausgegeben worden wäre, wie vorstehend bestimmt, auf der Basis, dass der Betrag dieser Barmittel ein Betrag ist, der dem Wert dieser an die Gesellschaft zu übertragenden Investitionen entspricht, wie von den Verwaltungsratsmitgliedern an dem relevanten Handelstag bestimmt;
 - (iii) es werden keine Anteile ausgegeben, bis die Investitionen an die Depotbank zur Befriedigung der Depotbank übertragen wurden;
 - (iv) Gebühren und Abgaben oder eine Provision, die in Verbindung mit der Übertragung dieser Investitionen an die Gesellschaft entstehen, werden von der Person gezahlt, an die die Anteile auszugeben sind; und
 - (v) die Depotbank wird darüber zufrieden gestellt, dass die Bedingungen, unter denen die Anteile ausgegeben werden, nicht solche sind, die wahrscheinlich zu einem Nachteil für die vorhandenen Gesellschafter führen würden.
- (e) Es werden an dem Handelstag keine Anteile ausgegeben, an dem die Feststellung des Nettoinventarwerts der Gesellschaft gemäß Artikel 14 dieser Satzung ausgesetzt ist.

11. QUALIFIZIERTE INHABER

- (a) Es werden keine Anteile (ausgenommen Zeichneranteile) an eine US-Person zugeteilt oder ausgegeben oder übertragen oder stehen im wirtschaftlichen Eigentum einer solchen. Jeder Zeichner von Anteilen der Gesellschaft ist zu der Bestätigung aufgefordert, dass er weder eine US-Person ist, noch im Namen oder zugunsten einer US-Person diese Anteile erwirbt, und dass dieser Zeichner diese Anteile nicht in den USA oder an oder zugunsten einer US-Person verkaufen oder zum Verkauf anbieten oder übertragen, verpfänden oder auf andere Weise abtreten wird. Eine Anteilsübertragung wird nicht in dem Verzeichnis aufgezeichnet, sofern nicht:
 - (i) der Verkäufer gegenüber der Gesellschaft bestätigt, dass dieser Verkauf nicht direkt oder indirekt an eine US-Person erfolgt; und
 - (ii) der Käufer gegenüber der Gesellschaft bestätigt, dass er weder eine US-Person ist, noch diese Anteile im Namen oder zugunsten einer US-Person erwirbt.
- (b) Die Verwaltungsratsmitglieder haben die Befugnis (stehen jedoch unter keiner Verpflichtung), diejenigen Beschränkungen aufzuerlegen (mit Ausnahme einer Beschränkung der Übertragung, auf die in dieser Satzung nicht ausdrücklich Bezug genommen wird), die sie zum Zwecke der Sicherstellung als erforderlich erachten, damit keine Anteile an der Gesellschaft von einer Person, wie in Artikel 11(a) oder (e) beschrieben, erworben oder gehalten werden.
- (c) Die Verwaltungsratsmitglieder können bei einem Zeichnungsantrag oder bei Übertragung oder Übermittlung von Anteilen oder zu jedem anderen Zeitpunkt und von Zeit zu Zeit die Vorlage derjenigen Nachweise oder Erklärungen an sie in Verbindung mit den in den Artikeln 11(a) und (e) angegebenen Angelegenheiten verlangen, die sie nach ihrem Ermessen als ausreichend erachten.
- (d) Wenn eine Person davon Kenntnis erlangt, dass sie Anteile unter Verstoß gegen Artikel 11 hält oder besitzt, wird sie sogleich die Gesellschaft schriftlich zum Rückkauf dieser Anteile gemäß Artikel 12 auffordern oder wird diese Anteile an eine Person übertragen, die ordnungsgemäß qualifiziert ist, dieselben zu halten, sofern sie nicht bereits eine Mitteilung gemäß Artikel 11(f) erhalten hat.
- (e) Wenn die Verwaltungsratsmitglieder Kenntnis davon erlangen, oder wenn die Verwaltungsratsmitglieder einen Grund haben zu glauben, dass Anteile direkt oder wirtschaftlich im Eigentum stehen von:
 - (i) einer Person, die ein Gesetz oder ein Erfordernis eines Landes oder einer staatlichen Behörde verletzt, oder die kraft dessen nicht zum Halten dieser Anteile qualifiziert ist; oder
 - (ii) einer Person, die eine US-Person ist, oder die diese Anteile im Namen oder zugunsten einer US-Person erworben hat; oder

- (iii) einer oder mehrerer Personen unter Umständen, die (unabhängig davon, ob sie diese Person oder Personen direkt oder indirekt betreffen, und unabhängig davon, ob alleine oder in Verbindung mit einer anderen Person oder Personen, ob verbunden oder nicht, sowie anderen Umständen, die für die Verwaltungsratsmitglieder als relevant erscheinen) nach Auffassung der Verwaltungsratsmitglieder dazu führen könnten, dass der Gesellschaft oder einem Gesellschafter eine Steuerverbindlichkeit entsteht, oder dass sie finanzielle oder administrative Nachteile erleidet, die der Gesellschaft oder diesem Gesellschafter auf andere Weise nicht entstanden oder von ihnen erlitten worden wären; oder
- (iv) einer Person, die einzelne der hiernach geforderten Informationen oder Erklärungen diesbezüglich nicht innerhalb von 7 Tagen ab der Versendung der Anforderung durch die Verwaltungsratsmitglieder übermittelt;

dann sind die Verwaltungsratsmitglieder berechtigt, derjenigen Person oder denjenigen Personen die Mitteilung über sein oder ihr Erfordernis mitzuteilen (in derjenigen Form, die die Verwaltungsratsmitglieder als angemessen erachten) und aufzufordern, diese Anteile an eine Person zu übertragen, die qualifiziert oder berechtigt ist, dieselben zu besitzen, oder schriftlich den Rückkauf dieser Anteile gemäß Artikel 12 zu verlangen.

- (f) Wenn eine Person, an die eine solche Mitteilung wie vorgenannt zugestellt wird, nicht innerhalb von 30 Tagen ab dem Datum dieser Mitteilung diese Anteile überträgt oder die Gesellschaft schriftlich zum Rückkauf der Anteile auffordert, ist sie sofort bei Ablauf von dreißig Tagen so anzusehen, als habe sie den Rückkauf aller ihrer Anteile gefordert, die Gegenstand dieser Mitteilung sind, woraufhin sie verpflichtet ist, die Eigentumsbestätigung in Bezug auf die Anteile sofort an die Gesellschaft zu übermitteln, und die Verwaltungsratsmitglieder sind berechtigt, eine Person zur Ausfertigung derjenigen Dokumente zu ernennen, die zum Zwecke des Rückkaufs erforderlich sein können. Das als solches geltende Rückkaufverlangen darf nicht zurückgenommen werden, ungeachtet dessen, dass die Feststellung des Nettoinventarwerts für diese Anteile ausgesetzt sein kann.
- (g) Vorbehaltlich eines jeden Erfordernisses offizieller Zustimmungen, die zunächst einzuholen sind, wird auf den Erhalt dieser Zustimmungen hin die Abwicklung durch Hinterlegung der Rückkaufgelder oder Verkaufserlöse bei einer Bank zur Zahlung an die berechnete Person bewirkt, und – wenn relevant – gegen Vorlage des Nachweis des Eigentums, den die Verwaltungsratsmitglieder verlangen können und der die zuvor von dieser Person gehaltenen Anteile verkörpert, zusammen mit dem ordnungsgemäß unterzeichneten Rückkaufverlangen. Bei Hinterlegung dieser Rückkaufgelder - wie vorgenannt – hat diese Person kein weiteres Interesse an diesen Anteilen oder einem von ihnen oder einen Anspruch in Bezug auf diese, mit Ausnahme des Rechts zur Geltendmachung der auf diese Weise hinterlegten Rückkaufgelder ohne Rückgriff auf die Gesellschaft (ohne Zinsen) bei Erhalt der Zustimmungen und gegen Vorlage des vorgenannten

Eigentumsnachweises mit dem ordnungsgemäß unterzeichneten Rückkaufverlangen.

- (h) Die Verwaltungsratsmitglieder können beschließen, dass die Bestimmungen des vorstehenden Artikels 11 ganz oder teilweise für einen bestimmten oder sonstigen Zeitraum im Falle von US-Personen nicht anwendbar sind.

12. RÜCKKAUF VON ANTEILEN

- (a) Die Gesellschaft kann jederzeit ihre eigenen, sich im Umlauf befindenden, vollständig eingezahlten Anteile zurückkaufen. Ein Gesellschafter kann die Gesellschaft jederzeit unwiderruflich zum Rückkauf aller oder eines Teils seiner Anteile an der Gesellschaft auffordern, und diese Aufforderung hat in derjenigen Form und auf eine Weise zu erfolgen und zu demjenigen Zeitpunkt an oder vor einem Handelstag empfangen zu werden, wie in dem Verkaufsprospekt dargelegt oder auf andere Weise von der Gesellschaft zum jeweiligen Zeitpunkt bestimmt.
- (b) Eine Aufforderung zum Rückkauf von Anteilen hat in der von der Gesellschaft vorgeschriebenen Form zu erfolgen, ist unwiderruflich und ist – sofern nicht in dem Verkaufsprospekt etwas anderes bestimmt ist – von einem Gesellschafter in schriftlicher Form am eingetragenen Sitz der Gesellschaft oder am Sitz der Person oder des Unternehmens einzureichen, das zum jeweiligen Zeitpunkt von der Gesellschaft als ihr Vertreter für den Rückkauf von Anteilen bezeichnet ist, und wird – auf Verlangen der Gesellschaft – von dem Anteilszertifikat oder der Eigentumsbestätigung (ordnungsgemäß von dem Gesellschafter indossiert) oder durch einen für die Gesellschaft zufriedenstellenden ordnungsgemäßen Nachweis der Rechtsnachfolge oder Abtretung begleitet werden, gegebenenfalls zusammen mit nicht fälligen Dividendenkupons.
- (c) Bei Erhalt einer ordnungsgemäß ausgefüllten Aufforderung zum Rückkauf von Anteilen, wird die Gesellschaft die Anteile wie gefordert an dem Handelstag zurückkaufen, an dem die Rückkaufforderung wirksam ist, vorbehaltlich einer Aussetzung dieser Rückkaufverpflichtung gemäß Artikel 14 dieser Satzung. Anteile am Kapital der Gesellschaft, die von der Gesellschaft zurückgekauft werden, werden aufgehoben.
- (d) Der Rückkaufpreis je Anteil ist der anwendbare Nettoinventarwert für diesen Anteil, der an dem Handelstag erhältlich ist, an dem die Rückkaufforderung wirksam wird, vorbehaltlich derjenigen Anpassungen in Bezug auf eine Provision oder andere Gebühr, wie möglicherweise in dem Verkaufsprospekt dargelegt oder wie hierin bestimmt.
- (e) Die Zahlung an einen Gesellschafter gemäß diesem Artikel wird gewöhnlich in der Basiswährung oder in einer anderen frei umtauschbaren Währung zu dem Wechselkurs am Datum der Zahlung vorgenommen werden und wird spätestens innerhalb von vierzehn Tagen nach der Annahme der Rückkaufforderung erledigt sein, wie vorstehend unter Artikel 12(a) bestimmt.

- (f) Bei Rückkauf nur eines Teils der von einem Gesellschafter gehaltenen Anteile auf Verlangen des Gesellschafters werden die Verwaltungsratsmitglieder dafür sorgen, dass ein überarbeitetes Anteilszertifikat oder eine Eigentumsbestätigung kostenlos für den Rest dieser Anteile ausgestellt wird.
- (g) Im Falle, dass ein Rückkauf nur eines Teils einer Anteilsbeteiligung eines Gesellschafters dazu führt, dass der Gesellschafter weniger als die Mindestbeteiligung hält, können die Verwaltungsratsmitglieder – wenn sie dies als angemessen erachten – verlangen, dass die Gesellschaft die gesamte Beteiligung dieses Gesellschafters zurückkauft.
- (h) Wenn die Gesellschaft Aufforderungen zum Rückkauf von Anteilen in Bezug auf zehn Prozent oder mehr der sich im Umlauf befindenden Anteile oder eines Teilfonds an einem Handelstag erhält, können sich die Verwaltungsratsmitglieder dafür entscheiden, die Gesamtzahl der zurückgekauften Anteile auf zehn Prozent der sich im Umlauf befindenden Anteile dieses Teilfonds – soweit angemessen - zu beschränken, wobei in diesem Falle alle relevanten Aufforderungen im Verhältnis zu der Anzahl der zum Rückkauf geforderten Anteile reduziert werden. Der Rest dieser Anteile wird am nächsten Handelstag zurückgekauft, vorbehaltlich der Bestimmungen dieses Artikels 12(h).
- (i) Nach dem Ermessen der Verwaltungsratsmitglieder und mit der Genehmigung des relevanten Gesellschafters kann die Gesellschaft eine Aufforderung zum Rückkauf von Anteilen durch die Übertragung von Vermögenswerten der Gesellschaft in bar an den Gesellschafter erfüllen, **VORAUSGESETZT, DASS** die Gesellschaft an den Gesellschafter denjenigen Anteil der Vermögenswerte des Teilfonds übertragen wird, der dann dem Wert der Beteiligung der Gesellschafter entspricht, die dann den Rückkauf der Anteile fordern, jedoch angepasst, wie von den Verwaltungsratsmitgliedern bestimmt, um die Verbindlichkeiten der Gesellschaft widerzuspiegeln, **IMMER VORAUSGESETZT, DASS** die Beschaffenheit der Vermögenswerte und die Art der Vermögenswerte, die an jeden Gesellschafter zu übertragen sind, auf derjenigen Basis von den Verwaltungsratsmitgliedern festgestellt wird, die die Verwaltungsratsmitglieder nach ihrem alleinigen Ermessen als gerecht und nicht nachteilig für die Interessen der verbleibenden Gesellschafter ansehen, und diese Zuteilung unterliegt der Genehmigung der Depotbank. Für die vorstehenden Zwecke wird der Wert der Vermögenswerte auf der gleichen Grundlage ermittelt, die auch für die Berechnung des Nettoinventarwerts genutzt wird. Wenn ein Gesellschafter dies verlangt, wird die Gesellschaft die Verfügung über die Investitionen im Namen des Gesellschafters veranlassen. Der von der Gesellschaft erzielte Preis kann von dem Preis abweichen, zu dem die Investitionen bei der Bestimmung des Nettoinventarwerts bewertet wurden, und die Gesellschaft haftet nicht für irgendeine auftretende Differenz.
- (j) Im Falle, dass die Gesellschaft aufgefordert ist, bei Veräußerungen von Anteilen durch einen Gesellschafter (ob bei einem Anteilsrückkauf, einer Anteilsübertragung oder auf andere Weise) oder bei der Zahlung einer Ausschüttung an einen Gesellschafter (ob in bar oder auf andere Weise) Steuern abzuziehen, einzubehalten oder abzurechnen, sind die Verwaltungsratsmitglieder berechtigt, den Rückkauf und die Aufhebung

derjenigen Anzahl der Anteile eines solchen Gesellschafters vorzunehmen, die nach Abzug von Rückkaufgebühren ausreichend sind, um eine solche Steuerverbindlichkeit zu begleichen; die Verwaltungsratsmitglieder können die Eintragung eines Erwerbers als Gesellschafter bis zu demjenigen Zeitpunkt ablehnen, in dem sie von dem Erwerber die Erklärungen in Bezug auf den Wohnort oder Status erhalten, die sie verlangen können. Die Depotbank wird sicherstellen, dass die Rückkaufertlöse zum Zwecke der Begleichung einer anwendbaren Steuerverbindlichkeit, wie vorgenannt, verwahrt werden.

- (k) Wenn die Gesellschaft eine Aufforderung zum Rückkauf von Anteilen von einem Gesellschafter erhält, in Bezug auf die die Gesellschaft verpflichtet ist, Steuern abzurechnen, abzuziehen oder einzubehalten, ist die Gesellschaft berechtigt, von den Rückkaufertlösen denjenigen Betrag der Steuern abzuziehen, den die Gesellschaft abzurechnen, abzuziehen oder einzubehalten verpflichtet ist und nimmt so die Begleichung des fälligen Steuerbetrags vor.

13. VOLLSTÄNDIGER RÜCKKAUF

- (a) Mit der Bewilligung eines Sonderbeschlusses der Gesellschafter der Gesellschaft oder eines Teilfonds kann die Gesellschaft mit einer Frist von mindestens vier und höchstens sechs Wochen (die an einem Handelstag endet) gegenüber allen Gesellschaftern der Gesellschaft bzw. des Teilfonds alle Anteile der Gesellschaft oder des relevanten Teilfonds zu dem geltenden Nettoinventarwert für diese Anteile an diesem Handelstag zurückkaufen.
- (b) Alle Anteile der Gesellschaft oder eines Teilfonds können von der Gesellschaft zurückgekauft werden, wenn dies von den Verwaltungsratsmitgliedern bestimmt wird, vorausgesetzt, dass dies den Anteilsinhabern der Gesellschaft oder des relevanten Teilfonds mit einer Frist von mindestens 21 Tagen mitgeteilt wurde.
- (c) Wenn alle Anteile an der Gesellschaft wie vorgenannt zurückzukaufen sind, kann die Gesellschaft – mit der Genehmigung der Gesellschafter durch Ordentlichen Beschluss – unter den Gesellschaftern in bar alle oder einen Teil der Vermögenswerte der Gesellschaft gemäß dem Wert der Anteile aufteilen, die dann von jedem Gesellschafter gehalten werden, wie gemäß Artikel 14 dieser Satzung bestimmt.
- (d) Wenn die Gesellschafter die Verwaltungsratsmitglieder bei einer Hauptversammlung nicht autorisieren, bei der ein Beschluss zur Genehmigung einer solchen Autorisierung vorgeschlagen wird, weitere Anteile an der Gesellschaft auszugeben, kann die Gesellschaft durch Abgabe einer Mitteilung mit einer Frist von mindesten vier und höchstens sechs Wochen (die an einem Handelstag endet) innerhalb von vier Wochen ab dem Ablauf dieses Zeitraums alle (aber nicht lediglich einen Teil) der Anteile zurückkaufen.
- (e) Wenn alle Anteile wie vorstehend zurückzukaufen sind und das gesamte oder ein Teil des Unternehmens oder des Vermögens der Gesellschaft, eines Teilfonds oder einer Klasse oder einer der Vermögenswerte der Gesellschaft zur Übertragung oder zum Verkauf an ein anderes Unternehmen oder einen anderen Teilfonds (nachstehend bezeichnet als „**der Erwerber**“) vorgesehen

ist, kann die Gesellschaft durch die Bewilligung eines Sonderbeschlusses, der den Verwaltungsratsmitgliedern entweder eine allgemeine Ermächtigung oder eine Ermächtigung in Bezug auf eine bestimmte Vereinbarung verleiht, als Entschädigung oder teilweise Entschädigung für die Übertragung oder den Verkauf Aktien, Anteile, Versicherungsscheine oder andere ähnliche Beteiligungen oder Vermögensgegenstände des Erwerbers zur Ausschüttung unter den Gesellschaftern empfangen, oder kann eine andere Vereinbarung abschließen, durch die ein Gesellschafter anstelle des Erhalts von Barmitteln oder Vermögensgegenständen eine Beteiligung am Gewinn oder eine andere Leistung von dem Erwerber erhält.

- (f) Wenn ein Rückkauf von Anteilen gemäß den Artikeln 13 (a), (b) oder (c) dazu führen würde, dass die Zahl der Gesellschafter unter zwei oder eine andere Mindestzahl fällt, die von dem Gesetz als gesetzliche Mindestzahl der Anteilseigner einer Aktiengesellschaft festgelegt ist, oder dazu führen würde, dass das ausgegebene Anteilskapital der Gesellschaft unter den Mindestbetrag fällt, den die Gesellschaft nach geltendem Recht aufrechtzuerhalten verpflichtet ist, kann die Gesellschaft den Rückkauf derjenigen Anteile aussetzen, deren Rückkauf dazu führen würde, dass diese Zahl oder dieser Betrag nicht erfüllt ist, bis die Gesellschaft abgewickelt wird oder bis die Gesellschaft für die Ausgabe ausreichender Anteile sorgt, um die Erfüllung der vorgenannten Zahl und des vorgenannten Betrag sicherzustellen. Die Gesellschaft ist berechtigt, die Anteile für diesen ausgesetzten Rückkauf auf die Weise auszuwählen, die sie als gerecht und angemessen erachtet, und wie es von der Depotbank genehmigt ist.

14. FESTSTELLUNG DES NETTOINVENTARWERTS

- (a) Die Gesellschaft wird den Nettoinventarwert der Gesellschaft, jeder Klasse und jedes Teilfonds an jedem Handelstag feststellen. Der Nettoinventarwert wird in der Basiswährung als eine Zahl je Anteil für die Ausgabe von Anteilen bzw. für den Rückkauf von Anteilen angegeben und wird gemäß Artikel 15 dieser Satzung bestimmt. Der Nettoinventarwert der Gesellschaft wird durch Abzug der gesamten Verbindlichkeiten der Gesellschaft von den gesamten Vermögenswerten der Gesellschaft berechnet. Die gesamten Vermögenswerte umfassen den Wert aller gehaltenen Anlagen, die Summe der Barmittel und aufgelaufene Zinsen. Die gesamten Verbindlichkeiten beinhalten alle Verbindlichkeiten, einschließlich aller Darlehensaufnahmen, angefallene Aufwendungen und aller etwaigen Eventualverbindlichkeiten, für die Rückstellungen als erforderlich festgestellt sind.
- (b) Der Nettoinventarwert je Anteil eines Teilfonds wird durch Teilung der Vermögenswerte des relevanten Teilfonds abzüglich seiner Verbindlichkeiten durch die Anzahl der sich für diesen Teilfonds im Umlauf befindenden Anteile berechnet. Alle Verbindlichkeiten der Gesellschaft, die keinem Teilfonds zugerechnet werden können, werden unter den Teilfonds auf der Grundlage ihrer jeweiligen Nettoinventarwerte oder auf einer anderen von der Depotbank unter Berücksichtigung der Art der Verbindlichkeiten genehmigten Grundlage aufgeteilt.

- (c) Wenn sich ein Teilfonds aus mehr als einer Anteilsklasse zusammensetzt, wird der Nettoinventarwert einer jeden Klasse durch die Berechnung des Betrags des Nettoinventarwerts des relevanten Teilfonds berechnet, der einer jeden Klasse zurechenbar ist. Der Betrag des Nettoinventarwerts eines Teilfonds, der einer Klasse zurechenbar ist, wird festgestellt durch Ermittlung der Anzahl der sich in der Klasse im Umlauf befindenden Anteile, durch Zuteilung der relevanten Klassenaufwendungen (wie nachstehend definiert) und Gebühren zu der Klasse sowie durch die Vornahme angemessener Anpassungen, um gegebenenfalls aus dem Teilfonds ausgezahlte Ausschüttungen zu berücksichtigen, und durch entsprechende Zuteilung des Nettoinventarwerts des Teilfonds. Der Nettoinventarwert je Anteil einer Klasse wird durch Teilung des Nettoinventarwerts der Klasse durch die Anzahl der sich in dieser Klasse im Umlauf befindenden Anteile berechnet, angepasst um die Anzahl der in dem Verkaufsprospekt festgestellten Dezimalstellen. Klassenaufwendungen oder Management- oder sonstige Gebühren, die keiner bestimmten Klasse zurechenbar sind, werden unter den Klassen auf der Grundlage ihres jeweiligen Nettoinventarwerts oder einer anderen angemessenen Grundlage aufgeteilt, die von der Depotbank genehmigt ist und die Art der Gebühren und Honorare berücksichtigt. Klassenaufwendungen oder Managementgebühren, die sich speziell auf eine Klasse beziehen, werden dieser Klasse berechnet. Im Falle, dass Anteilsklassen innerhalb eines Teilfonds ausgegeben werden, deren Preis in einer anderen Währung als der Basiswährung dieses Teilfonds festgesetzt wird, werden Währungsumtauschkosten von dieser Klasse getragen. Im Falle, dass eine nicht währungsgesicherte Anteilsklasse ausgegeben wird, deren Preis in einer anderen Währung als der Währung dieses Teilfonds festgestellt wird, werden die Kosten und Erträge/Verluste etwaiger Kurssicherungstransaktionen von dieser Klasse getragen. Im Falle, dass eine abgesicherte Anteilsklasse innerhalb eines Teilfonds ausgegeben wird, deren Preis in einer anderen Währung als der Währung dieses Teilfonds festgestellt wird, werden die Kosten und Erträge/Verluste etwaiger Kurssicherungstransaktionen allein auf die währungsgesicherte Klasse entfallen, auf die sie sich beziehen, da alle Transaktionen eindeutig einer bestimmten Klasse zurechenbar sein müssen. Abgesicherte Anteilsklassen werden, außer in einem Umfang, der mit der Zentralbank vereinbart ist, infolge dieser Transaktionen nicht mit Hebelwirkung versehen.

„**Klassenaufwendungen**“ sind die Aufwendungen der Eintragung einer Klasse in jeder Rechtsordnung oder bei jeder Wertpapierbörse, geregelter Markt oder Abwicklungssystem, sowie diejenigen anderen Aufwendungen, die aus dieser Eintragung entstehen, und diejenigen weiteren Aufwendungen, die auf irgendeine Weise entstehen, die in dem Verkaufsprospekt offengelegt sind.

- (d) Die Gesellschaft kann jederzeit - ist jedoch nicht dazu verpflichtet – die Feststellung des Nettoinventarwerts und den Verkauf und Rückkauf von Anteilen an einem Teilfonds unter den nachstehenden Umständen vorübergehend aussetzen:

- (i) während eines jeden Zeitraums (mit Ausnahme eines gewöhnlichen Feiertags), in dem der geregelte Markt geschlossen ist, der der geregelte Hauptmarkt für einen wesentlichen Teil der Investitionen ist, oder während der Handel auf diesem Markt beschränkt oder ausgesetzt ist; oder
 - (ii) während eines Zeitraums, in dem ein Umstand vorliegt, demzufolge die Verfügung oder Bewertung von Investitionen durch einen Teilfonds nicht angemessen durchführbar ist, ohne dass dies für die Interessen der Gesellschafter ernsthaft nachteilig ist, oder in dem Rückkaufpreise nicht angemessen berechnet werden können;
 - (iii) während eines Zeitraums, in dem ein Ausfall der Kommunikationsmittel stattfindet, die gewöhnlich zur Feststellung des Preises einer der Anlagen in einem Teilfonds eingesetzt werden, oder wenn die aktuellen Preise von Anlagen des Teilfonds an einem Markt oder einer Wertpapierbörse aus einem anderen Grund nicht angemessen, sofort oder richtig von dem Teilfonds festgestellt werden können;
 - (iv) während eines Zeitraums, während dem die Überweisung von Geldern, die zum Zwecke der Vornahme von Zahlungen erforderlich ist, die auf den Erwerb oder die Realisierung von Anlagen in einem Teilfonds fällig sind, nach Auffassung der Verwaltungsratsmitglieder nicht zu den üblichen Preisen oder üblichen Wechselkursen vorgenommen werden kann; oder
 - (v) während eines Zeitraums, in dem Erlöse des Verkaufs oder des Rückkaufs der Anteile nicht auf oder von einem Konto eines Teilfonds übermittelt werden können.
- (e) Die Gesellschaft kann sich dafür entscheiden, den ersten Geschäftstag, an dem die Bedingungen, die zu der Aussetzung geführt haben, geendet haben als einen Ersatz-Bewertungstag zu behandeln, wobei in diesem Fall die Berechnungen des Nettoinventarwerts an dem nächsten Geschäftstag vorgenommen werden, der ein Handelstag sein sollte; alle Ausgaben und Rückkäufe von Anteilen werden dann an dem nächsten Handelstag bewirkt. Alternativ kann sich die Gesellschaft dafür entscheiden, diesen zweiten Geschäftstag nicht als einen Ersatz-Handelstag zu behandeln, wobei sie in diesem Fall alle Anteilszeichner und Anteilsinhaber, die den Rückkauf von Anteilen fordern, darüber zu informieren hat, die daraufhin berechtigt sind, ihre Anträge und Rückkaufforderungen bis zu dem in der Mitteilung angegebenen Datum zurückzunehmen.
- (f) Eine solche Aussetzung wird, wenn – nach Auffassung der Gesellschaft – diese Aussetzung wahrscheinlich für einen Zeitraum andauert, der sieben Tage übersteigt, von der Gesellschaft auf diejenige Weise veröffentlicht, die sie für die wahrscheinlich davon betroffenen Personen als angemessen erachtet, und

eine solche Aussetzung wird unverzüglich und in jedem Fall innerhalb des Werktags der Aussetzung der Zentralbank und der Irischen Wertpapierbörse mitgeteilt. Wenn durchführbar werden alle angemessenen Schritte unternommen, um einen Aussetzungszeitraum sobald wie möglich zu beenden.

15. BEWERTUNG VON VERMÖGENSWERTEN

- (a) Der Wert einer Anlage, die gewöhnlich an einem Geregelten Markt notiert ist oder gehandelt wird, ist für Anteilspapiere der letzte verfügbare Handelskurs und für festverzinsliche Wertpapiere (die an einem Geregelten Markt notiert sind oder gehandelt werden) der letzte verfügbare Mittelkurs an dem Geregelten Markt um 16.00 Uhr (US-Ostküstenzeit) an einem Handelstag oder zu einem Zeitpunkt, den die Verwaltungsratsmitglieder bestimmt und im Verkaufsprospekt veröffentlicht haben. Jedes Wertpapier, das an einem Geregelten Markt gehandelt wird, wird an dem Geregelten Markt bewertet, der gewöhnlich der Hauptmarkt für dieses Wertpapier ist. Im Falle einer Anlage, die nicht an einem Geregelten Markt notiert ist oder gehandelt wird, oder für die keine Notierung oder ein Wert verfügbar ist, die eine angemessene Bewertung zur Verfügung stellen würde, ist der Wert dieser Anlage ihr wahrscheinlicher Veräußerungswert, der mit Sorgfalt und nach Treu und Glauben geschätzt werden muss, und von einer von den Verwaltungsratsmitgliedern ernannten und zu dem Zwecke von der Depotbank genehmigten kompetenten Person festgestellt wird.

Barmittel und andere liquide Vermögenswerte werden mit ihrem Nennbetrag bewertet (nebst aufgelaufenen Zinsen), sofern nicht – nach Auffassung der Gesellschaft und mit der Genehmigung der Depotbank – eine Anpassung vorgenommen werden sollte, um ihren Wert abzubilden.

Börsengehandelte Derivate werden mit dem jeweiligen Abwicklungspreis an der maßgeblichen Börse bewertet, und wenn ein Abwicklungspreis nicht verfügbar ist, mit ihrem wahrscheinlichen Veräußerungswert, der mit Sorgfalt und nach Treu und Glauben von einer von den Verwaltungsratsmitgliedern ernannten und zu dem Zwecke von der Depotbank genehmigten kompetenten Person geschätzt werden muss. Die Gegenpartei eines nicht an einer Börse gehandelten Derivats muss darauf vorbereitet sein, den Kontrakt zu bewerten und die Transaktion auf Verlangen der Gesellschaft zu ihrem Kapitalwert glattzustellen. Die Gesellschaft kann sich dafür entscheiden, die außerbörslichen Derivate unter Nutzung der Bewertung der Gegenpartei oder einer alternativen Bewertung zu bewerten, wie z. B. eine solche, die von der Gesellschaft oder einem unabhängigen Preisfestsetzungsanbieter gemäß den Anforderungen der Zentralbank angeboten wird, und muss die Bewertung täglich durchführen. Bewertet die Gesellschaft die außerbörslichen Derivate unter Nutzung einer alternativen Bewertung, muss die Gesellschaft international bewährte Methoden befolgen und Bewertungsprinzipien für außerbörsliche Instrumente, die von Institutionen wie IOSCO und AIMA geschaffen wurden, anwenden. Als alternative Bewertung gilt solche, die von einer sachverständigen Person, ernannt von den Verwaltungsratsmitgliedern und zu diesem Zwecke von der Depotbank bestätigt, bestimmt wird, oder eine Bewertung, die anhand anderer Mittel bestimmt wird, vorausgesetzt, dass der

Wert von der Depotbank bestätigt wird. Die alternative Bewertung wird mit der Kontrahenten-Bewertung jeden Monat abgeglichen. Gibt es signifikante Unterschiede, werden diese sofort untersucht und gerechtfertigt. Bewertet die Gesellschaft außerbörsliche Derivate nach der Kontrahenten-Bewertung muss diese von einer Person, die zu diesem Zwecke von der Depotbank bestätigt wird und unabhängig von dem Kontrahenten ist, genehmigt oder bestätigt werden. Die unabhängige Bestätigung muss mindestens einmal wöchentlich durchgeführt werden.

Devisentermingeschäfte werden zu frei verfügbaren Marktnotierungen um 16.00 Uhr (US-Ostküstenzeit) an einem Handelstag oder zu einem anderen Zeitpunkt bewertet, den die Verwaltungsratsmitglieder gegebenenfalls bestimmen und im Verkaufsprospekt veröffentlichen können.

Anlagen in Organismen für gemeinsame Anlagen (gegebenenfalls) werden mit dem letzten verfügbaren Nettoinventarwert der Anteile oder Einheiten an dem Organismus für gemeinsame Anlagen bewertet.

Die Amortised-Cost-Methode der Bewertung kann nur in Verbindung mit Fonds angewendet werden, die den Anforderungen der Zentralbank für Geldmarktfonds entsprechen, und wo eine Überprüfung der Amortised-Cost-Methode der Bewertung gegenüber der Marktbewertung in Übereinstimmung mit den Regelungen der Zentralbank durchgeführt wird.

Geldmarktinstrumente eines Fonds, der kein Geldmarktfonds ist, (non-money market fund) können auf amortisierter Basis in Übereinstimmung mit den Regelungen der Zentralbank bewertet werden.

Bei der Berechnung des Nettoinventarwerts der Vermögenswerte:

- (i) ist jeder von der Gesellschaft zugeteilte Anteil als in Umlauf befindlich anzusehen, und die Vermögenswerte sind in einer Weise anzusehen, als dass sie nicht nur die relevanten Barmittel und Vermögensgegenstände in den Händen der Depotbank umfassen, sondern auch den Betrag der Barmittel oder sonstigen Vermögensgegenstände, die in Bezug auf zugeteilte Anteile zu empfangen sind;
- (ii) werden diese Anlagen - wenn für sie bereits ein Kauf oder Verkauf vereinbart wurde, dieser Kauf oder Verkauf jedoch nicht abgeschlossen wurde – einbezogen oder ausgeschlossen, und die Bruttokauf- oder Nettoverkaufsgegenleistung ausgeschlossen oder einbezogen, wie es der Fall erfordert, als ob dieser Kauf oder Verkauf ordnungsgemäß abgeschlossen worden wäre;
- (iii) werden die aufzuhebenden Anteile – wenn eine Mitteilung über einen Rückkauf von Anteilen an die Depotbank erteilt wurde, diese Aufhebung jedoch noch nicht ausgeführt wurde – als nicht im Umlauf befindlich angesehen, und der Wert der Vermögenswerte wird um den an die Verwaltungsratsmitglieder bei dieser Aufhebung zahlbaren Betrag herabgesetzt;

- (iv) können die Verwaltungsratsmitglieder – wenn der Umtausch eines Betrages von einer Währung in eine andere Währung erforderlich ist – diesen Umtausch unter Nutzung derjenigen Wechselkurse bewirken, die die Verwaltungsratsmitglieder zum jeweiligen Zeitpunkt festlegen, außer wenn hierin etwas anderes besonders bestimmt wird;
 - (v) wird von den Vermögenswerten der Gesamtbetrag aller tatsächlichen oder geschätzten Verbindlichkeiten abgezogen, die aus dem Kapital zahlbar sind, einschließlich offener Darlehensaufnahmen (soweit vorhanden), jedoch unter Ausschluss von Verbindlichkeiten, die unter dem vorstehenden Unterabsatz (ii) berücksichtigt werden, sowie aller für Steuern auf nicht realisierte Kapitalerträge geschätzten Verbindlichkeiten;
 - (vi) wird von den Vermögenswerten derjenige Betrag in Bezug auf (etwaige) Steuern auf Nettokapitalerträge abgezogen, der während des aktuellen Bilanzierungszeitraums vor der Vornahme der Bewertung realisiert wurde, so wie er nach der Schätzung der Gesellschaft zahlbar wird;
 - (vii) wird von dem Wert einer Investition, für die eine Kaufoption verkauft wurde, der Wert dieser Option abgezogen, wobei letzterer berechnet wird unter Bezugnahme auf den niedrigsten verfügbaren angebotenen Marktpreis, der an einem Geregelten Markt notiert ist, oder wenn ein solcher Preis nicht verfügbar ist, ein von einer kompetenten Person festgestellter Preis, die zu dem Zweck von der Depotbank bestätigt ist, oder derjenige Preis, den die Verwaltungsratsmitglieder unter den Umständen als angemessen erachten und der von der Depotbank genehmigt wird;
 - (viii) wird den Vermögenswerten ein Betrag hinzugerechnet, der aufgelaufene, jedoch noch nicht erhaltene Zinsen oder Dividenden widerspiegelt, sowie ein Betrag, der noch nicht amortisierte Aufwendungen widerspiegelt;
 - (ix) wird den Vermögenswerten der zur Ausschüttung in Bezug auf den letzten vorangehenden Bilanzierungszeitraum (gegebenenfalls) verfügbare Betrag hinzugerechnet, für den jedoch keine Ausschüttung beschlossen wurde, sowie alle nicht autorisierten Aufwendungen;
 - (x) wird den Vermögenswerten der Gesamtbetrag (ob tatsächlich oder von den Verwaltungsratsmitgliedern geschätzt) aller sonstigen ordentlich zahlbaren Verbindlichkeiten abgezogen, einschließlich aufgelaufener Zinsen auf Darlehensaufnahmen (soweit vorhanden); und
 - (xi) es wird der Wert der Vermögenswerte auf die nächsten zwei Dezimalstellen oder diejenige andere Anzahl an Dezimalstellen aufgerundet, wie es die Verwaltungsratsmitglieder entscheiden.
- (b) Die Verwaltungsratsmitglieder sind berechtigt, eine alternative Methode zur Bewertung eines bestimmten Vermögenswerts einzusetzen, wenn sie meinen,

dass die vorstehend dargelegte Bewertungsmethode keine angemessene Bewertung eines bestimmten Vermögenswerts darstellt, und vorausgesetzt, dass die alternative Bewertungsmethode von der Depotbank genehmigt worden ist.

- (c) Unbeschadet der hierin enthaltenen allgemeinen Befugnisse zur Delegation ihrer Funktionen können die Verwaltungsratsmitglieder einzelne ihrer Funktionen in Bezug auf die Berechnung des Nettoinventarwerts auf die Verwaltungsstelle, einen Ausschuss der Verwaltungsratsmitglieder oder eine andere ordnungsgemäß autorisierte Person übertragen. Bei Fehlen vorsätzlichen Fehlverhaltens oder eines offenkundigen Fehlers ist jede Entscheidung, die von den Verwaltungsratsmitgliedern oder einem Ausschuss der Verwaltungsratsmitglieder oder der Verwaltungsstelle oder einer ordnungsgemäß autorisierten Person im Namen der Gesellschaft bei der Berechnung des Nettoinventarwerts vorgenommen wird, für die Gesellschaft und aktuelle, vorherige oder zukünftige Gesellschafter endgültig und bindend.

16. ÜBERTRAGUNG UND ÜBERMITTLUNG VON ANTEILEN

- (a) Alle Anteilsübertragungen sind durch eine schriftliche Übertragung in einer gewöhnlichen oder üblichen Form zu bewirken, und bei jeder Form der Übertragung sind der vollständige Name und die Anschrift des Übertragenden und des Erwerbers anzugeben.
- (b) Die Übertragungsurkunde eines Anteils wird durch oder im Namen des Übertragenden unterzeichnet und muss nicht von dem Erwerber unterzeichnet werden. Der Übertragende ist weiter als Inhaber des Anteils anzusehen, bis der Name des Erwerbers in Bezug auf die Übertragung in das Verzeichnis eingetragen wird.
- (c) Sofern nicht die Verwaltungsratsmitglieder etwas anderes vereinbaren, darf eine Anteilsübertragung nicht eingetragen werden, wenn infolge dieser Übertragung der Übertragende oder der Erwerber eine Anzahl von Anteilen halten würde, die geringer als die Mindestbeteiligung ist oder auf andere Weise im Widerspruch zu den Bestimmungen des Artikels 11 dieser Satzung stehen würde.
- (d) Die Verwaltungsratsmitglieder können die Eintragung einer Anteilsübertragung ablehnen, sofern sich die Übertragungsurkunde nicht nur auf eine Anteilsklasse bezieht und nicht am eingetragenen Sitz der Gesellschaft oder demjenigen anderen Ort hinterlegt wird, den die Verwaltungsratsmitglieder angemessenerweise verlangen können, zusammen mit denjenigen anderen Nachweisen, die die Verwaltungsratsmitglieder angemessenerweise verlangen können, um das Recht des Übertragenden zur Vornahme dieser Übertragung zu zeigen.
- (e) Wenn die Verwaltungsratsmitglieder die Eintragung einer Anteilsübertragung ablehnen, haben sie innerhalb eines Monats nach dem Datum, an dem die Übertragung bei der Gesellschaft eingereicht wurde, dem Erwerber eine Mitteilung über die Ablehnung zu senden.

- (f) Die Eintragung von Übertragungen kann zu denjenigen Zeiten und Zeiträumen ausgesetzt werden, die die Verwaltungsratsmitglieder von Zeit zu Zeit festlegen können, **IMMER VORAUSGESETZT**, dass diese Eintragung von Übertragungen pro Jahr für nicht mehr als dreißig Tage ausgesetzt wird.
- (g) Alle Übertragungsurkunden, die einzutragen sind, werden von der Gesellschaft aufbewahrt; eine Übertragungsurkunde jedoch, deren Eintragung die Verwaltungsratsmitglieder ablehnen, wird (außer im Falle von Betrug) an die Person zurückgesandt, die dieselbe eingereicht hat.
- (h) Im Falle des Todes eines Gesellschafters sind die Überlebenden oder der Überlebende – wenn der Verstorbene ein gemeinsamer Inhaber war – und die Testamentsvollstrecker oder die Nachlassverwalter des Verstorbenen – wenn er ein alleiniger oder überlebender Inhaber war – die einzigen Personen, die von der Gesellschaft als Eigentumsberechtigte der Anteile anerkannt werden, jedoch wird der Nachlass des verstorbenen Inhabers – ob alleine oder gemeinsam - durch nichts in diesem Artikel von einer Verbindlichkeit in Bezug auf einen Anteil befreit, der von ihm alleine oder gemeinsam gehalten wurde.
- (i) Jeder Erziehungsberechtigte eines minderjährigen Gesellschafters und jeder Vormund oder andere gesetzliche Vertreter eines geschäftsunfähigen Gesellschafters und jede Person, die infolge des Todes, der Insolvenz oder des Konkurses eines Gesellschafters ein Recht auf einen Anteil hat, hat bei Vorlage des Nachweises seines/ihres Eigentumsrechts, den die Verwaltungsratsmitglieder verlangen können, das Recht, entweder selbst als Inhaber des Anteils eingetragen zu werden oder eine solche Übertragung des Anteils vorzunehmen, die der verstorbene oder insolvente Gesellschafter hätte vornehmen können, jedoch haben die Verwaltungsratsmitglieder in jedem Fall dasselbe Recht zur Verweigerung oder Aussetzung der Eintragung, das sie im Falle einer Übertragung des Anteils durch den Minderjährigen oder Verstorbenen, insolventen oder zahlungsunfähigen Gesellschafter vor dem Tod, der Insolvenz oder dem Konkurs des geschäftsunfähigen Gesellschafters vor dieser Geschäftsunfähigkeit gehabt hätten.
- (j) Eine Person, die infolge des Todes, der Insolvenz oder des Konkurses eines Gesellschafters ein Recht auf einen Anteil erhält, hat das Recht, alle zahlbaren Gelder oder anderen Vorteile, die auf oder in Bezug auf den Anteil fällig sind, zu empfangen oder deren Erlass zu erklären, sie ist jedoch nicht berechtigt, die Einberufungsmittelung über Versammlungen der Gesellschaft zu empfangen, daran teilzunehmen oder abzustimmen, noch hat sie – außer wie vorgenannt – einen Anspruch auf die Rechte oder Privilegien eines Gesellschafters, sofern und soweit sie nicht als ein Gesellschafter in Bezug auf den Anteil eingetragen wird, **IMMER VORAUSGESETZT**, dass die Verwaltungsratsmitglieder jederzeit die Mitteilung abgeben können, mit der sie eine solche Person zu der Entscheidung auffordern, ob sie selbst eingetragen werden soll oder den Anteil überträgt; wenn die Mitteilungsaufforderung nicht innerhalb von neunzig Tagen erfüllt wird, können die Verwaltungsratsmitglieder anschließend alle zahlbaren Gelder oder anderen Vorteile, die in Bezug auf den Anteil fällig sind, einbehalten, bis den Erfordernissen der Mitteilung nachgekommen wurde.

17. ANLAGEZIELE

- (a) Die Gesellschaft darf nur in diejenigen Anlagen investieren, die von den Verordnungen zugelassen sind, sowie vorbehaltlich der in den Verordnungen dargelegten Grenzen.
- (b) Die Anlageziele eines Teilfonds, die zum jeweiligen Zeitpunkt von der Gesellschaft festgelegt wurden, werden in Bezug auf diesen Teilfonds in dem Verkaufsprospekt dargelegt.
- (c) Vorbehaltlich der Genehmigung durch die Zentralbank und der in den Verordnungen dargestellten Bedingungen und Begrenzungen kann die Gesellschaft bis zu 100 Prozent ihrer Vermögenswerte in übertragbare Wertpapiere und Geldmarktinstrumente investieren, die von einem Mitgliedstaat der Europäischen Union ausgegeben oder garantiert sind, oder von regionalen Behörden eines solchen Mitgliedsstaats ausgegeben oder garantiert sind, oder von der Regierung der USA (einschließlich ihrer Behörden und Vertretungen) der Schweiz, Norwegens, Kanadas, Japans, Australiens und Neuseelands ausgegeben oder garantiert sind, oder von einem oder mehreren der Nachstehenden ausgegeben oder garantiert sind: OECD-Regierungen (vorausgesetzt die relevanten Emissionen sind als Investment Grade bewertet), die Europäische Union, der Europarat, Eurofima, die Europäische Investitionsbank, Euratom, die Inter-American Development Bank, die Asiatische Entwicklungsbank, die Internationale Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (The World Bank), die Afrikanische Entwicklungsbank, die Export-Import Bank, die Europäische Zentralbank, die Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung, der Internationale, die International Finance Corporation, die Federal National Mortgage Association (Fannie Mae), die Federal Home Loan Mortgage Corporation (Freddie Mac), die Government National Mortgage Association (Ginnie Mae), die Student Loan Marketing Association (Sallie Mae), die Federal Home Loan Bank, die Federal Farm Credit Bank, die Tennessee Valley Authority sowie Emissionen die durch das umfassende Vertrauen und die Bonität (full faith and credit) der US-Regierung gestützt sind.
- (d) Mit der Ausnahme zugelassener Anlagen in nicht notierte Wertpapiere wird die Gesellschaft nur in Wertpapiere oder derivative Finanzinstrumente investieren, die an einer Wertpapierbörse oder einem Markt (inklusive Derivativ-Märkte) notiert sind oder gehandelt werden, die/der die aufsichtsrechtlichen Kriterien erfüllt (geregelt, regelmäßig betrieben, anerkannt und für die Allgemeinheit geöffnet) und die/der in Anhang I des Verkaufsprospekts aufgeführt ist.
- (e) Wenn die durch die Verordnungen zugelassenen Anlagegrenzen aus Gründen überschritten werden, die außerhalb der Kontrolle der Gesellschaft liegen, oder infolge der Ausübung von Zeichnungsrechten, hat die Gesellschaft unter Berücksichtigung der Interessen der Gesellschafter die Beseitigung dieser Situation als ein vorrangiges Ziel für ihre Verkaufstransaktionen zu sehen.
- (f) Die Gesellschaft darf nicht:

- (i) Kapital aufnehmen (was – um Zweifel zu vermeiden – nicht stattfindet, wenn die Gesellschaft oder ein Teilfonds Reverse-Repurchase-Vereinbarungen abschließt), mit der Ausnahme, dass die Gesellschaft (a) Fremdwährungen im Wege eines wechselseitigen Kredits („back to back“ loan) erwirbt, oder (b) bis zu 10 % des Wertes ihrer Nettovermögenswerte darlehensweise aufnimmt vorausgesetzt, dass diese Darlehensaufnahme temporär stattfindet;
 - (ii) einzelne Vermögenswerte der Gesellschaft verpfänden oder auf andere Weise hypothekarisch belasten oder sie zum Zwecke der Garantie einer Verbindlichkeit übertragen oder abtreten, außer im Falle von Parallelkrediten;
 - (iii) die Vermögenswerte der Gesellschaft als Sicherheit für die Ausgabe von Wertpapieren nutzen, außer im Falle von Parallelkrediten;
 - (iv) Darlehen gewähren oder als Garant im Namen eines Dritten handeln;
 - (v) einzelne der Anlagen verkaufen, wenn diese Anlagen nicht im Eigentum der Gesellschaft stehen.
- (g) Um ihre Anlageziele zu erreichen, kann die Gesellschaft, vorbehaltlich der Bedingungen und innerhalb der Grenzen, die zum jeweiligen Zeitpunkt von der Zentralbank festgelegt sind, Techniken und Instrumente in Bezug auf die Anlagen einsetzen.
- (h) Ein Teilfonds kann vorbehaltlich der in den Verordnungen dargestellten und von der Zentralbank zum jeweiligen Zeitpunkt festgelegten Bedingungen und Grenzen in Organismen für gemeinsame Anlagen investieren. Vorbehaltlich der Ermächtigung durch die Zentralbank kann ein Teilfonds in einen Organismus für gemeinsame Anlagen („**zugrunde liegende Anlage**“) investieren, der von der Verwaltungsstelle oder dem Fondsmanager oder einem Unternehmen verwaltet wird, mit dem die Verwaltungsstelle oder der Fondsmanager durch gemeinsame Geschäftsleitung und Kontrolle oder durch eine wesentliche direkte oder indirekte Beteiligung verbunden ist, vorausgesetzt, dass die Verwaltungsstelle oder der Fondsmanager dieses anderen Unternehmens keine Zeichnungs- oder Einziehungsgebühren auf die Investition des Teilfonds in die zugrunde liegende Anlage berechnet.
- (i) Ein Teilfonds kann in derivative Finanzinstrumente, einschließlich gleichwertiger bar abgewickelter Instrumente, investieren, die an einem Regelmäßigem Markt gehandelt werden, und kann, vorbehaltlich der in den Verordnungen dargestellten und von der Zentralbank zum jeweiligen Zeitpunkt festgelegten Bedingungen und Grenzen, in außerbörslich gehandelte Derivate investieren.
- (j) Ein Teilfonds kann bis zu 20 Prozent seines Nettovermögens in Aktien und/oder Schuldtitel investieren, die von derselben juristischen Person ausgegeben sind (und unter bestimmten außerordentlichen Umständen bis zu 35 Prozent für einen einzelnen Emittenten), wenn die Anlagepolitik des Teilfonds die Abbildung eines Index ist, vorausgesetzt, dass dieser Index auf

angemessene Weise veröffentlicht wird und von der Zentralbank anerkannt wurde als (A) ausreichend diversifiziert; (B) eine angemessene Bezugsgröße für den Markt, auf den er sich bezieht; und (C) als Index auf angemessene Weise veröffentlicht wird.

18. HAUPTVERSAMMLUNGEN

- (a) Alle Hauptversammlungen der Gesellschaft werden in Irland abgehalten.
- (b) Die Gesellschaft wird jedes Jahr eine Hauptversammlung als ihre Jahreshauptversammlung zusätzlich zu anderen Versammlungen in diesem Jahr abhalten. Nicht mehr als fünfzehn Monate sollen zwischen dem Datum einer Jahreshauptversammlung der Gesellschaft und dem der nächsten vergehen, **VORAUSGESETZT, DASS** - so lange die Gesellschaft ihre erste Jahreshauptversammlung innerhalb von achtzehn Monaten ab ihrer Gründung abhält – eine solche nicht in dem Jahr ihrer Gründung abgehalten werden muss. Anschließende Jahreshauptversammlungen werden, wie von den Verwaltungsratsmitgliedern zum jeweiligen Zeitpunkt bestimmt, einmal im Jahr innerhalb von sechs Monaten ab dem Ende des Geschäftsjahrs der Gesellschaft und zu demjenigen Zeitpunkt und an demjenigen Ort, abgehalten, der von den Verwaltungsratsmitgliedern bestimmt werden kann.
- (c) Alle Hauptversammlungen (Jahreshauptversammlungen ausgenommen) werden außerordentliche Hauptversammlungen genannt.
- (d) Die Verwaltungsratsmitglieder können eine außerordentliche Hauptversammlung anberaumen wann immer sie es als angemessen erachten und außerordentliche Hauptversammlungen werden auf Verlangen – oder bei Nichterfüllung (dieses Verlangens) – durch diese Verlangenden selbst und auf diejenige Weise einberufen, wie durch das Gesetz bestimmt.
- (e) Die Verwaltungsratsmitglieder werden eine außerordentliche Hauptversammlung anberaumen, wann immer die Depotbank durch schriftliche Mitteilung die Einberufung einer solchen Versammlung verlangt, um einen Beschluss in Bezug auf die Beendigung der Ernennung der Depotbank oder eine Änderung des Depotbank-Vertrags oder einen Beschluss in Erwägung zu ziehen, den die Depotbank für die Interessen der Gesellschafter als notwendig erachtet.

19. EINBERUFUNGSMITTEILUNG DER HAUPTVERSAMMLUNGEN

- (a) Mit einer Frist von mindestens einundzwanzig Vollen Tagen wird die Einberufungsmittelung, in der der Ort, der Tag und die Uhrzeit der Versammlung sowie im Falle einer besonderen Transaktion die allgemeine Art dieser Transaktion angegeben werden (und im Falle einer Jahreshauptversammlung die Bezeichnung der Versammlung als solches), in der nachstehend angegebenen Weise an diejenigen Personen ausgesprochen, die gemäß den Bestimmungen dieser Satzung oder den Bedingungen der Ausgabe der von ihnen gehaltenen Anteile berechtigt sind, Mitteilungen von der Gesellschaft zu empfangen.

- (b) Die Verwaltungsratsmitglieder, jeder Fondsmanager oder Berater, die Abschlussprüfer und die Depotbank sind jeweils berechtigt, die Einberufungsmittelung über eine Hauptversammlung der Gesellschaft zu erhalten, daran teilzunehmen und dort zu sprechen.
- (c) In jeder Einberufungsmittelung, in der eine Versammlung der Gesellschaft anberaumt wird, hat mit angemessener Hervorhebung eine Erklärung zu erscheinen, dass ein zur Teilnahme und Abstimmung berechtigter Gesellschafter das Recht hat, einen oder mehrere Stimmrechtsbevollmächtigte zur Teilnahme und Abstimmung an seiner Stelle zu ernennen, und dass ein Stimmrechtsbevollmächtigter kein Gesellschafter sein muss.
- (d) Das unbeabsichtigte Unterlassen der Erteilung einer Einberufungsmittelung an – oder der Nichterhalt einer Einberufungsmittelung durch – eine zum Erhalt der Einberufungsmittelung berechnigte Person führt nicht zur Unwirksamkeit des Verfahrens bei einer Hauptversammlung.

20. VERFAHREN BEI HAUPTVERSAMMLUNGEN

- (a) Sämtliche bei einer außerordentlichen Hauptversammlung abgewickelte Angelegenheiten und ebenso sämtliche bei einer Jahreshauptversammlung abgewickelte Angelegenheiten sind als besonders anzusehen, mit der Ausnahme der Prüfung der Abschlüsse und Berichte der Verwaltungsratsmitglieder und der Abschlussprüfer, der Wahl der Verwaltungsratsmitglieder an die Stelle der Ausscheidenden, der erneuten Ernennung des ausscheidenden Abschlussprüfers und der Festlegung der Vergütung des Abschlussprüfers.
- (b) Es wird bei einer Hauptversammlung keine Angelegenheit abgewickelt, sofern nicht ein Quorum anwesend ist. Zwei Gesellschafter, die entweder persönlich oder durch Stimmrechtsbevollmächtigten anwesend sind, bilden das Quorum für eine Hauptversammlung. Ein Vertreter eines Unternehmens, der gemäß Artikel 21(m) zur Anwesenheit bei einer Versammlung der Gesellschaft autorisiert ist, ist zum Zwecke eines Quorums als ein Gesellschafter anzusehen.
- (c) Wenn innerhalb einer halben Stunde ab dem für eine Versammlung angesetzten Zeitpunkt kein Quorum anwesend ist, wird die Versammlung aufgelöst, wenn sie auf Verlangen von oder durch Gesellschafter einberufen wurde. In jedem anderen Fall wird sie vertagt auf den gleichen Tag in der nächsten Woche, auf die gleiche Uhrzeit und den gleichen Ort oder auf denjenigen anderen Tag und diejenige andere Uhrzeit und denjenigen anderen Ort, die die Verwaltungsratsmitglieder bestimmen.
- (d) Der Vorsitzende oder – wenn er abwesend ist – der stellvertretende Vorsitzende der Gesellschaft oder – bei seinem Fehlen – ein anderes von den Verwaltungsratsmitgliedern ernanntes Verwaltungsratsmitglied wird als Vorsitzender bei jeder Hauptversammlung der Gesellschaft den Vorsitz führen; wenn jedoch bei einer Versammlung weder der Vorsitzende noch der stellvertretende Vorsitzende noch dieses andere Verwaltungsratsmitglied innerhalb von fünf Minuten nach dem für die Abhaltung der Versammlung

angesetzten Zeitpunkt anwesend sind, oder wenn keiner von ihnen bereit ist, als Vorsitzender tätig zu sein, werden die anwesenden Verwaltungsratsmitglieder ein anwesendes Verwaltungsratsmitglied als Vorsitzenden auswählen, oder wenn keine Verwaltungsratsmitglieder anwesend sind oder alle anwesenden Verwaltungsratsmitglieder die Übernahme des Vorsitzes ablehnen, werden die anwesenden Gesellschafter einen anwesenden Gesellschafter als Vorsitzenden auswählen.

- (e) Der Vorsitzende kann mit der Zustimmung einer Versammlung, bei der ein Quorum anwesend ist (und wird, wenn er von der Versammlung angewiesen wird), die Versammlung zu einem gewissen Zeitpunkt und am jeweiligen Ort vertagen, es wird jedoch bei einer vertagten Versammlung keine Angelegenheit abgewickelt, mit Ausnahme einer Angelegenheit, die rechtmäßig bei der Versammlung hätte vorgenommen werden können, bei der die Vertagung stattfand. Wenn eine Versammlung um vierzehn Tage oder länger vertagt wird, wird mit einer Frist von mindestens zehn Tagen eine Einberufungsmitteilung erteilt, in der, wie im Falle der ursprünglichen Versammlung, der Ort, der Tag und die Uhrzeit der vertagten Versammlung angegeben werden, es ist jedoch nicht erforderlich, in dieser Mitteilung die Art der bei der vertagten Versammlung abzuwickelnden Angelegenheit anzugeben. Außer wie vorgenannt ist es nicht erforderlich, eine Mitteilung über eine Vertagung oder über die bei einer vertagten Versammlung abzuwickelnden Geschäfte abzugeben.
- (f) Bei einer Hauptversammlung wird ein zur Abstimmung durch die Versammlung gestellter Beschluss durch Handzeichen entschieden, sofern nicht vor oder bei der Verkündung des Ergebnisses der Handzeichen eine geheime Wahl von dem Vorsitzenden oder von anwesenden Gesellschaftern gefordert wird, die mindestens ein Zehntel der Anzahl oder des Wertes der sich im Umlauf befindenden Anteile vertreten, sofern diese mit einem Recht zur Abstimmung bei der Versammlung verbunden sind. Sofern nicht auf diese Weise eine Wahl gefordert wird, ist eine Erklärung des Vorsitzenden, dass ein Beschluss erfolgt oder einstimmig oder durch eine besondere Mehrheit erfolgt ist, oder verloren wurde, oder nicht durch eine besondere Mehrheit erfolgt ist, sowie der Eintrag mit dieser Wirkung in das Buch, das das Protokoll des Verfahrens der Gesellschaft enthält, der endgültige Beweis dieser Tatsache, ohne den Nachweis der Anzahl oder des Verhältnisses der zugunsten oder gegen diesen Beschluss aufgezeichneten Stimmen.
- (g) Wenn eine Wahl ordnungsgemäß gefordert wird, wird sie auf diejenige Weise und an demjenigen Ort vorgenommen, welche der Vorsitzende anweisen kann (einschließlich der Nutzung von Wahl- oder Stimmzetteln oder Scheinen), und das Ergebnis einer Wahl gilt als Beschluss der Versammlung, bei der die Wahl gefordert wurde.
- (h) Der Vorsitzende kann im Falle einer Wahl Wahlprüfer ernennen und kann die Versammlung an einen Ort und auf eine Zeit vertagen, die von ihm zum Zwecke der Verkündung des Ergebnisses der Wahl festgelegt wird.
- (i) Im Falle einer Stimmgleichheit – ob durch Handzeichen oder bei einer Wahl – hat der Vorsitzende der Versammlung, bei der die Abstimmung durch

Handzeichen stattfindet oder die Wahl gefordert wird, das Recht auf eine zweite oder ausschlaggebende Stimme.

- (j) Eine für die Auswahl eines Vorsitzenden geforderte Wahl und eine für die Frage der Vertagung geforderte Wahl werden sogleich vorgenommen. Eine zu jeder anderen Frage geforderte Wahl wird zu demjenigen Zeitpunkt und an demjenigen Ort vorgenommen, den der Vorsitzende anweist, jedoch nicht später als dreißig Tage ab dem Datum der Versammlung oder der vertagten Versammlung, bei der die Wahl gefordert wurde.
- (k) Die Forderung einer Wahl hindert nicht die Fortsetzung der Versammlung zur Durchführung anderer Angelegenheiten, mit Ausnahme der Frage, für die die Wahl gefordert wurde.
- (l) Eine Forderung einer Wahl kann zurückgenommen werden, und es muss keine Mitteilung über eine nicht unmittelbar vorgenommene Wahl erteilt werden.
- (m) Wenn das Anteilskapital zu irgendeinem Zeitpunkt in verschiedene Anteilklassen aufgeteilt ist, können die mit einer Klasse verbundenen Rechte (sofern nicht durch die Bestimmungen der Ausgabe dieser Klasse etwas anderes gefordert wird oder sofern nicht etwas anderes hierin bestimmt ist) - unabhängig davon, ob die Gesellschaft liquidiert wird oder nicht - mit der schriftlichen Zustimmung der Inhaber von dreiviertel der ausgegebenen Anteile dieser Klasse oder mit der Bewilligung eines Sonderbeschlusses verändert werden, der bei einer gesonderten Hauptversammlung der Inhaber der Anteile dieser Klasse verabschiedet wird, auf die die Bestimmungen dieser Satzung in Bezug auf Hauptversammlungen mit der Ausnahme entsprechend anwendbar sind, dass das Quorum bei einer solchen Hauptversammlung mindestens zwei persönlich oder durch Stimmrechtsbevollmächtigten anwesende Gesellschafter sind, die zusammen mindestens ein Drittel der Anteile der relevanten Klasse halten.
- (n) Vorbehaltlich des § 141 des Unternehmensgesetzes von 1963 ist ein schriftlicher Beschluss, der von allen Gesellschaftern, die zum jeweiligen Zeitpunkt zur Teilnahme und Abstimmung über diesen Beschluss bei einer Hauptversammlung berechtigt sind (oder im Falle juristischer Personen durch ihre ordnungsgemäß bevollmächtigten Vertreter), unterzeichneter ist zu allen Zwecken genauso gültig und wirksam, als wenn der Beschluss bei einer Hauptversammlung der Gesellschaft verabschiedet worden wäre, die ordnungsgemäß einberufen und abgehalten wurde; er kann aus mehreren Dokumenten in ähnlicher Form bestehen, die jeweils von einer oder mehreren Personen unterzeichnet sind, und gilt - wenn als ein Sonderbeschluss bezeichnet - als ein Sonderbeschluss im Sinne des Unternehmensgesetzes von 1963. Ein solcher Beschluss ist der Gesellschaft zuzustellen.

21. STIMMEN DER GESELLSCHAFTER

- (a) Bei einer Abstimmung durch Handzeichen hat jeder anwesende Gesellschafter eine Stimme.

- (b) Bei einer Wahl hat jeder persönlich oder durch einen Stimmrechtsbevollmächtigten anwesende Gesellschafter ein Recht auf eine Stimme in Bezug auf jeden von ihm gehaltenen Anteil.
- (c) Im Falle gemeinsamer Inhaber eines Anteils wird die Stimme des Ältesten, der persönlich oder durch Stimmrechtsbevollmächtigten eine Stimme abgibt, unter Ausschluss der Stimmen der anderen gemeinsamen Inhaber angenommen; zu diesem Zweck wird das Alter durch die Reihenfolge bestimmt, in der die Namen in Bezug auf die Anteile in dem Verzeichnis stehen.
- (d) Es darf kein Einwand gegen die Qualifikation eines Abstimmenden erhoben werden, außer bei der Versammlung oder der vertagten Versammlung, bei der die beanstandete Stimme abgegeben oder erteilt wird, und jede Stimme die bei dieser Versammlung nicht zurückgewiesen wird, ist für alle Zwecke wirksam. Ein solcher zu angemessener Zeit gemachte Einwand wird an den Vorsitzenden der Versammlung verwiesen, dessen Entscheidung endgültig und unwiderlegbar ist.
- (e) Bei einer Wahl können Stimmen entweder persönlich oder durch Stimmrechtsbevollmächtigte(n) abgegeben werden.
- (f) Bei einer Wahl muss ein Gesellschafter, der ein Recht auf mehr als eine Stimme hat, wenn er abstimmt, nicht alle seine Stimmen nutzen oder nicht alle von ihm genutzten Stimmen auf die gleiche Weise abgeben.
- (g) Die Stimmrechtsvollmacht erfolgt schriftlich, unterzeichnet von dem Vollmachtgeber oder seinem ordnungsgemäß schriftlich bevollmächtigten Vertreter, oder – wenn der Vollmachtgeber ein Unternehmen ist – unter ihrem Firmensiegel oder unterzeichnet durch eine Führungskraft oder einen entsprechend bevollmächtigten Vertreter. Eine Stimmrechtsvollmacht soll über eine übliche Form verfügen oder diejenige Form, die die Verwaltungsratsmitglieder genehmigen können, **IMMER VORAUSGESETZT**, dass diese Form dem Inhaber die Wahl der Ermächtigung seines/ihrer Stimmrechtsbevollmächtigten zur Abstimmung für oder gegen jeden Beschluss lässt.
- (h) Eine Person (ob ein Gesellschafter oder nicht) kann zur Tätigkeit als Stimmrechtsbevollmächtigter ernannt werden. Ein Gesellschafter kann mehr als einen Stimmrechtsbevollmächtigten zur Teilnahme bei dem selben Anlass ernennen.
- (i) Die Stimmrechtsvollmacht und die Vollmacht oder (ggfs.) andere Ermächtigung, unter welcher diese unterzeichnet wird, oder eine notariell beglaubigte Kopie dieser Vollmacht oder Ermächtigung wird am eingetragenen Sitz der Gesellschaft oder an demjenigen anderen Ort hinterlegt, der zu diesem Zweck in der Einberufungsmitteilung der Versammlung oder in der Stimmrechtsvollmacht benannt ist, die von der Gesellschaft spätestens achtundvierzig Stunden vor dem für die Abhaltung der Versammlung angesetzten Zeitraum ausgestellt wird, bei der die in der Stimmrechtsvollmacht benannte Person abzustimmen plant, und wenn die

vorgenannten Bedingungen nicht erfüllt werden, ist die Stimmrechtsvollmacht als nicht wirksam zu behandeln.

- (j) Keine Stimmrechtsvollmacht ist nach Ablauf von zwölf Monaten ab dem in ihr als Ausfertigungsdatum benannten Datum wirksam, außer bei einer vertagten Versammlung oder bei einer Wahl im Rahmen einer Versammlung oder vertagten Versammlung, in Fällen, in denen die Versammlung ursprünglich innerhalb von zwölf Monaten ab diesem Datum abgehalten wurde.
- (k) Die Verwaltungsratsmitglieder können auf Kosten der Gesellschaft per Post oder auf andere Weise an die Gesellschafter Stimmrechtsvollmachten (mit oder ohne Frankierung zur Rücksendung) zur Nutzung bei einer Hauptversammlung oder einer Versammlung einer Klasse von Gesellschaftern senden, entweder blanko oder alternativ unter Nominierung eines oder mehrerer der Verwaltungsratsmitglieder oder jeder anderen Person. Wenn zum Zwecke einer Versammlung auf Kosten der Gesellschaft Einladungen zur Ernennung einer Person oder eine aus mehreren Personen als Stimmrechtsbevollmächtigten, die in der Einladung angegeben sind, herausgegeben werden, werden diese Einladungen an alle (und nicht nur an einzelne) Gesellschafter ausgegeben, die ein Recht auf Empfang einer Einberufungsmittelung der Versammlung und zur Abstimmung dabei durch Stimmrechtsbevollmächtigten haben.
- (l) Eine gemäß den Bestimmungen einer Stimmrechtsvollmacht abgegebene Stimme ist ungeachtet des Todes oder der Geisteskrankheit des Geschäftsherrn oder des Widerrufs der Stimmrechtsvollmacht oder der Vollmacht, unter der die Stimmrechtsvollmacht ausgefertigt wurde, oder der Übertragung der Anteile in Bezug auf die die Stimmrechtsvollmacht erteilt wird, wirksam, vorausgesetzt, dass keine schriftliche Andeutung des Todesfalls, der Geisteskrankheit, des Widerrufs oder der Übertragung von der Gesellschaft am eingetragenen Sitz der Gesellschaft vor dem Beginn der Versammlung oder der vertagten Versammlung empfangen wurde, bei der die Stimmrechtsvollmacht genutzt wird.
- (m) Eine juristische Person, die ein Gesellschafter ist, kann durch Beschlüsse ihrer Direktoren oder eines anderen Leitungsorgans diejenige Person, die sie als angemessen erachtet, zur Tätigkeit als Vertreter bei einer Versammlung der Gesellschaft bevollmächtigen, und die auf diese Weise autorisierte Person ist berechtigt, die gleichen Befugnisse im Namen der juristischen Person auszuüben, als ob sie ein einzelner Gesellschafter wäre, und diese juristische Person wird zum Zwecke ihrer Anwesenheit als bei einer Versammlung persönlich anwesend angesehen, wenn eine auf diese Weise bevollmächtigte Person bei ihr anwesend ist.
- (n) Die Bestimmungen der Artikel 18, 19, 20 und 21 sind auf Versammlungen jeder Klasse oder Gruppe von Gesellschaftern entsprechend anwendbar.

22. VERWALTUNGSRATSMITGLIEDER

- (a) Sofern nicht von der Gesellschaft etwas anderes durch Ordentlichen Beschluss bestimmt ist, wird die Zahl der Verwaltungsratsmitglieder nicht geringer als zwei oder höher als zwölf sein, vorausgesetzt, dass eine Mehrheit der Verwaltungsratsmitglieder jederzeit außerhalb des Vereinigten Königreichs ansässig ist. Die ersten Verwaltungsratsmitglieder werden von den Unterzeichnern dieser Satzung ernannt.
- (b) Ein Verwaltungsratsmitglied muss kein Gesellschafter sein.
- (c) Die Verwaltungsratsmitglieder haben jederzeit und zum jeweiligen Zeitpunkt die Befugnis, eine Person als ein Verwaltungsratsmitglied zu ernennen, entweder um eine zufällige Vakanz zu füllen oder zusätzlich zu den bestehenden Verwaltungsratsmitgliedern. Ein auf diese Weise ernanntes Verwaltungsratsmitglied wird sein Amt bis zu der nächsten folgenden Jahreshauptversammlung innehaben und wird sich dann zur Wiederwahl stellen können.
- (d) Die Verwaltungsratsmitglieder haben ein Recht auf diejenige Vergütung in Bezug auf die Erfüllung ihrer Pflichten, die die Verwaltungsratsmitglieder zum jeweiligen Zeitpunkt bestimmen können. Die Verwaltungsratsmitglieder und alle stellvertretende Verwaltungsratsmitglieder können auch sämtliche Reise-, Hotel- und sonstigen Aufwendungen gezahlt bekommen, die ihnen bei der Teilnahme und der Rückreise von Sitzungen der Verwaltungsratsmitglieder oder eines Ausschusses der Verwaltungsratsmitglieder oder von Hauptversammlungen oder Versammlungen in Verbindung mit der Geschäftstätigkeit der Gesellschaft entstanden sind.
- (e) Die Verwaltungsratsmitglieder können zusätzlich zu dieser Vergütung, die in Artikel 22(d) dieser Satzung bezeichnet ist, einem Verwaltungsratsmitglied eine Sondervergütung gewähren, das – dazu aufgefordert – Sonder- oder Extraleistungen an oder auf Verlangen der Gesellschaft erbringt.
- (f) Die Gesellschaft wird bei einer Hauptversammlung, bei der ein Verwaltungsratsmitglied ausscheidet oder ersetzt wird, das frei gewordene Amt durch Wahl eines Verwaltungsratsmitglieds füllen, sofern nicht die Gesellschaft beschließt, die Zahl der Verwaltungsratsmitglieder herabzusetzen.
- (g) Das Amt eines Verwaltungsratsmitglieds ist von einem Verwaltungsratsmitglied in jedem der nachstehenden Fälle aufzugeben, namentlich:
 - (i) wenn er von seinem Amt durch schriftliche Mitteilung zurücktritt, die von ihm unterzeichnet ist und die er am eingetragenen Sitz der Gesellschaft hinterlassen hat;
 - (ii) wenn er insolvent wird oder eine Übereinkunft oder einen Vergleich mit seinen Gläubigern im Allgemeinen trifft;

- (iii) wenn er unzurechnungsfähig wird;
 - (iv) wenn er kraft einer Anordnung, die nach den Bestimmungen eines Gesetzes oder einer Rechtsvorschrift erlassen wird, kein Verwaltungsratsmitglied mehr ist, oder ihm kraft dessen untersagt wird, ein Verwaltungsratsmitglied zu sein;
 - (v) wenn er durch eine Mehrheit der anderen Verwaltungsratsmitglieder (nicht weniger als zwei an der Zahl) aufgefordert wird, das Amt aufzugeben;
 - (vi) wenn er durch einen Ordentlichen Beschluss des Amtes erhoben wird;
 - (vii) wenn er – im Anschluss an seine Ernennung – im Vereinigten Königreich ansässig wird und infolgedessen eine Mehrheit der Verwaltungsratsmitglieder im Vereinigten Königreich ansässig ist.
- (h) Mit einer Frist von mindestens 10 Tagen soll der Gesellschaft schriftlich die Absicht eines oder mehrerer Gesellschafter mitgeteilt werden, eine andere Person als ein ausscheidendes Verwaltungsratsmitglied zur Wahl in das Amt eines Verwaltungsratsmitglieds vorzuschlagen, und diese Mitteilung hat durch die schriftliche von der vorzuschlagenden Person unterzeichnete Mitteilung begleitet zu sein, in der sie ihre Bereitschaft zur Ernennung bestätigt, **IMMER VORAUSGESETZT**, dass – wenn die bei einer Hauptversammlung anwesenden Gesellschafter einstimmig abstimmen - der Vorsitzende dieser Versammlung auf die genannten Mitteilungen verzichten kann und an die Versammlung den Namen einer auf diese Weise ernannten Person übermitteln kann, vorausgesetzt, dass diese Person schriftlich ihre Bereitschaft zur Ernennung bestätigt, und **FERNER VORAUSGESETZT**, dass die Ernennung einer anderen Person als eines ausscheidenden Verwaltungsratsmitgliedes zur Wahl als Verwaltungsratsmitglied nur von einem Verwaltungsratsmitglied oder durch denjenigen oder diejenigen Gesellschafter vorgenommen werden kann, die insgesamt Anteile halten, die mindestens 2,5 % des Nettoinventarwerts der Gesellschaft an dem dem Tag der Ernennung vorausgehenden Handelstag vertreten.
- (i) Bei einer Hauptversammlung erfolgt ein Antrag auf Ernennung von zwei oder mehr Personen als Verwaltungsratsmitglieder nicht durch einen einzelnen Beschluss, sofern nicht zuerst von der Versammlung ohne Gegenstimmen ein Beschluss vereinbart wurde, dass es auf diese Weise erfolgen kann.
 - (j) Ein Verwaltungsratsmitglied kann jederzeit durch schriftliche Urkunde - von ihm unterzeichnet und am eingetragenen Sitz hinterlegt oder bei einer Sitzung der Verwaltungsratsmitglieder übermittelt - ein Verwaltungsratsmitglied oder eine andere Person zu seinem stellvertretenden Verwaltungsratsmitglied ernennen und kann diese Ernennung jederzeit auf ähnliche Weise beenden, jedoch darf kein Verwaltungsratsmitglied, das außerhalb des Vereinigten Königreichs ansässig ist, ein stellvertretendes Verwaltungsratsmitglied ernennen, das in dem Vereinigten Königreich ansässig ist.

- (k) In der Ernennung eines stellvertretenden Verwaltungsratsmitglieds wird bestimmt, ob sein Ernenner nicht länger ein Verwaltungsratsmitglied ist, sowie der Eintritt eines Ereignisses, das - wenn er ein Verwaltungsratsmitglied wäre – ihn zur Freigabe seines Amtes veranlassen würde.
- (l) Ein stellvertretendes Verwaltungsratsmitglied ist berechtigt, Mitteilungen über Sitzungen der Verwaltungsratsmitglieder zu empfangen, und ist berechtigt, bei einer solchen Sitzung als ein Verwaltungsratsmitglied teilzunehmen und abzustimmen, bei der das ihn ernennende Verwaltungsratsmitglied nicht persönlich anwesend ist, und allgemein bei einer solchen Sitzung alle Funktionen seines Ernenners als ein Verwaltungsratsmitglied auszuüben; zum Zwecke des Verfahrens bei einer solchen Sitzung sind die Bestimmungen dieser Satzung anwendbar, als sei er (anstelle seines Ernenners) ein Verwaltungsratsmitglied. Wenn er selbst ein Verwaltungsratsmitglied ist oder bei einer solchen Sitzung als Stellvertreter von mehr als einem Verwaltungsratsmitglied teilnimmt, bestehen seine Stimmrechte kumulativ, vorausgesetzt jedoch, dass er nur als eine Person zum Zwecke der Feststellung eines Quorums zählt. Wenn sein Ernenner zum jeweiligen Zeitpunkt nicht in der Lage ist zu handeln, ist seine Unterschrift unter einen schriftlichen Beschluss der Verwaltungsratsmitglieder und zum Zwecke der Anbringung des Siegels der Gesellschaft ebenso wirksam, wie die Unterschrift seines Ernenners. In demjenigen Umfang, wie es die Verwaltungsratsmitglieder zum jeweiligen Zeitpunkt in Bezug auf einen Ausschuss der Verwaltungsratsmitglieder bestimmen, finden die vorstehenden Bestimmungen dieses Absatzes auf eine Sitzung eines solchen Ausschusses, dessen Mitglied der Ernenner ist, entsprechende Anwendung. Ein stellvertretendes Verwaltungsratsmitglied hat weder (außer wie vorgenannt oder wie hierin ansonsten bestimmt) die Befugnis zur Tätigkeit als ein Verwaltungsratsmitglied noch ist er als ein Verwaltungsratsmitglied anzusehen.
- (m) Ein stellvertretendes Verwaltungsratsmitglied ist berechtigt, Verträge zu schließen und an Verträgen oder Übereinkünften oder Transaktionen beteiligt zu sein und daraus einen Nutzen zu ziehen, sowie Aufwendungen zurückgezahlt zu bekommen und von der Haftung freigestellt zu werden, entsprechend dem gleichen Umfang, als sei er ein Verwaltungsratsmitglied; er ist jedoch nicht berechtigt, von der Gesellschaft in Bezug auf seine Ernennung als stellvertretendes Verwaltungsratsmitglied eine Vergütung zu erhalten, mit Ausnahme (ggfs.) desjenigen Teils der Vergütung, der sonst an seinen Ernenner zahlbar wäre, und die dieser Ernenner der Gesellschaft zum jeweiligen Zeitpunkt schriftlich anweisen kann.

23. VERWALTUNGSRATSMITGLIEDER, ÄMTER UND INTERESSEN

- (a) Die Verwaltungsratsmitglieder können einen oder mehrere ihres Organs (mit Ausnahme eines im Vereinigten Königreich ansässigen Verwaltungsratsmitglieds) in das Amt des geschäftsführenden Verwaltungsratsmitglieds oder Verwaltungsratsmitglieds mit gemeinsamer Geschäftsführungsbefugnis oder in ein anderes Exekutivamt der Gesellschaft (einschließlich – wenn dies als angemessen erachtet wird – das Amt des Vorsitzenden) zu denjenigen Bestimmungen und für denjenigen Zeitraum

ernennen, wie sie dies bestimmen können, und können – unbeschadet der Bestimmungen eines Vertrags, der in einem besonderen Fall geschlossen würde – eine solche Ernennung jederzeit widerrufen.

- (b) Ein Verwaltungsratsmitglied, das ein solches Exekutivamt innehat, wird diejenige Vergütung erhalten – zusätzlich oder als Ersatz seiner gewöhnlichen Vergütung oder im Wege eines Gehalts, einer Provision, einer Gewinnbeteiligung oder auf andere Weise oder zum Teil auf die eine und zum Teil auf eine andere Weise – die die Verwaltungsratsmitglieder festlegen können.
- (c) Die Ernennung eines Verwaltungsratsmitglieds in das Amt des Vorsitzenden oder geschäftsführenden oder gemeinsam geschäftsführenden Verwaltungsratsmitglieds endet automatisch, wenn er kein Verwaltungsratsmitglied mehr ist, jedoch unbeschadet eines Schadenersatzanspruchs aus der Verletzung jedes Dienstleistungsvertrags zwischen ihm und der Gesellschaft.
- (d) Die Ernennung eines Verwaltungsratsmitglieds in ein anderes Exekutivamt endet nicht automatisch, wenn er aus irgendeinem Grund kein Verwaltungsratsmitglied mehr ist, sofern nicht in dem Vertrag oder dem Beschluss, demgemäß er das Amt innehat, ausdrücklich etwas anderes bestimmt ist, wobei in diesem Fall die Beendigung unbeschadet eines Schadenersatzanspruchs aus einer Verletzung jedes Dienstleistungsvertrags zwischen ihm und der Gesellschaft erfolgt.
- (e) Ein Verwaltungsratsmitglied kann ein anderes Amt oder eine Position mit finanzieller Vergütung bei der Gesellschaft (mit Ausnahme der eines Abschlussprüfers) in Verbindung mit seinem Amt als Verwaltungsratsmitglied innehaben, und kann in einer professionellen Funktion für die Gesellschaft unter denjenigen Bedingungen hinsichtlich Vergütung und Sonstigem handeln, die die Verwaltungsratsmitglieder festlegen können.
- (f) Vorbehaltlich der Bestimmungen des Gesetzes und vorausgesetzt, dass er gegenüber den Verwaltungsratsmitgliedern die Art und den Umfang eines wesentlichen Interesses offen gelegt hat, kann ein Verwaltungsratsmitglied ungeachtet seines Amtes:
 - (i) eine Partei einer Transaktion oder Übereinkunft mit der Gesellschaft oder an welcher die Gesellschaft beteiligt ist sein oder auf andere Weise daran beteiligt sein; und
 - (ii) das Verwaltungsratsmitglied wird gegenüber der Gesellschaft aufgrund seines Amtes nicht für die Leistung rechenschaftspflichtig sein, die er aus einem solchen Amt oder Beschäftigung oder aus einer solchen Transaktion oder Übereinkunft oder aus einer Beteiligung an einer solchen juristischen Person erzielt, und keine solche Transaktion oder Übereinkunft soll verhindert werden aufgrund einer solchen Beteiligung oder Leistung.

- (g) Kein Verwaltungsratsmitglied oder kein beabsichtigendes Verwaltungsratsmitglied wird durch sein Amt daran gehindert, mit der Gesellschaft einen Vertrag zu schließen, entweder als Verkäufer, Käufer oder auf andere Weise, noch soll ein solcher Vertrag oder ein Vertrag oder eine Übereinkunft, die durch oder im Namen eines anderen Unternehmens geschlossen wurde, an dem ein Verwaltungsratsmitglied auf irgendeine Weise interessiert ist, vermieden werden, noch wird ein auf diese Weise einen Vertrag schließendes oder auf diese Weise interessiertes Verwaltungsratsmitglied dafür einstehen, der Gesellschaft für einen durch einen solchen Vertrag oder eine Übereinkunft realisierten Gewinn aufgrund dessen Rechenschaft abzulegen, dass dieses Verwaltungsratsmitglied das Amt innehat oder auch nur aufgrund des dadurch begründeten Treuhandverhältnisses. Die Art eines Interesses eines Verwaltungsratsmitglieds muss von ihm bei der Sitzung der Verwaltungsratsmitglieder erklärt werden, bei der die Frage des Abschlusses des Vertrages oder der Übereinkunft das erste Mal in Betracht gezogen wird, oder wenn das Verwaltungsratsmitglied am Datum dieser Sitzung noch nicht an dem geplanten Vertrag oder der Übereinkunft interessiert war, an der nächsten abgehaltenen Sitzung der Verwaltungsratsmitglieder, nachdem er dieses Interesse erstmalig erlangt hat, und in einem Fall, in dem das Verwaltungsratsmitglied an einem Vertrag oder einer Übereinkunft ein Interesse erlangt hat, nachdem er/sie schon geschlossen wurde, bei der ersten abgehaltenen Sitzung der Verwaltungsratsmitglieder, nachdem das Verwaltungsratsmitglied dieses Interesse erlangt hat.
- (h) Eine Kopie jeder gemäß diesem Artikel abgegebenen Erklärung und erteilten Mitteilung wird innerhalb von drei Tagen nach ihrer Vornahme oder Erteilung in ein zu diesem Zwecke geführtes Buch eingegeben. Dieses Buch steht gebührenfrei für ein Verwaltungsratsmitglied, einen Secretary, einen Abschlussprüfer oder einen Gesellschafter am eingetragenen Sitz der Gesellschaft zur Einsicht offen und wird bei jeder Hauptversammlung der Gesellschaft und bei einer Sitzung der Verwaltungsratsmitglieder vorgelegt, wenn ein Verwaltungsratsmitglied dies mit ausreichender Frist verlangt, um die Verfügbarkeit des Buchs bei der Sitzung zu ermöglichen.
- (i) Im Sinne dieses Artikels:
- (i) ist eine allgemeine Mitteilung an die Verwaltungsratsmitglieder, dass ein Verwaltungsratsmitglied so anzusehen ist, als habe es ein Interesse der in der Mitteilung angegebenen Art und des Umfangs an einer Transaktion oder einer Übereinkunft, an der eine bestimmte Person oder Personengruppe ein Interesse hat, als eine Offenlegung anzusehen, dass das Verwaltungsratsmitglied ein Interesse an dieser Transaktion der auf diese Weise angegebenen Art und des Umfangs hat; und
 - (ii) ein Interesse, von der ein Verwaltungsratsmitglied keine Kenntnis hat, und von dem es unangemessen wäre, Kenntnis zu erwarten, wird nicht als ein Interesse seinerseits behandelt.

- (j) Außer wenn etwas anderes in dieser Satzung bestimmt ist, darf ein Verwaltungsratsmitglied bei einer Sitzung der Verwaltungsratsmitglieder oder eines Ausschusses der Verwaltungsratsmitglieder nicht über einen Beschluss abstimmen, der eine Angelegenheit betrifft, an der er direkt oder indirekt ein wesentliches Interesse hat, oder eine Pflicht, die zu den Interessen der Gesellschaft im Widerspruch steht oder stehen kann. Sofern nicht von den Verwaltungsratsmitgliedern etwas anderes beschlossen wird, wird ein Verwaltungsratsmitglied nicht für das bei einer Sitzung anwesende Quorum in Bezug auf einen solchen Beschluss gezählt, bei dem es nicht abzustimmen berechtigt ist.
- (k) Ein Verwaltungsratsmitglied ist zur Abstimmung (und Zählung für das Quorum) in Bezug auf einen Beschluss berechtigt (bei Fehlen eines anderen wesentlichen Interesses als dem nachstehend angegebenen), der eine der nachstehenden Angelegenheiten betrifft, namentlich:
- (i) die Erteilung einer Sicherheit, Garantie oder Haftungsfreistellung an ihn in Bezug auf Gelder, die von ihm an die Gesellschaft oder eine ihrer Tochtergesellschaften (nachstehend bezeichnet als „**Verbundene Unternehmen**“, die Unternehmen sind, an denen die Gesellschaft direkt oder indirekt 20 % oder mehr des stimmberechtigten Anteilskapital hält) verliehen wurden, oder Verbindlichkeiten, die ihm auf Verlagen oder zugunsten der Gesellschaft oder eines ihrer Tochterunternehmen oder Verbundenen Unternehmen entstanden sind; oder
 - (ii) die Erteilung einer Sicherheit, Garantie oder Haftungsfreistellung an einen Dritten in Bezug auf eine Verbindlichkeit oder Verpflichtung der Gesellschaft oder einer ihrer Tochtergesellschaften oder Verbundenen Unternehmen, für die er selbst ganz oder teilweise die Verantwortlichkeit aus einer Garantie oder Haftungsfreistellung oder die Bestellung einer Sicherheit übernommen hat; oder
 - (iii) jedes Vorhaben in Bezug auf ein Angebot von Anteilen oder anderen Wertpapieren von oder durch die Gesellschaft oder einer ihrer Tochtergesellschaften oder Verbundenen Unternehmen zur Zeichnung, zum Kauf oder zum Umtausch, wenn er an diesem Angebot als Teilnehmer an der Zeichnung oder Sub-Zeichnung derselben beteiligt ist oder sein muss; oder
 - (iv) jedes Vorhaben in Bezug auf ein anderes Unternehmen, an dem er direkt oder indirekt – als eine Führungskraft oder Anteilshaber oder auf andere Weise - beteiligt ist, vorausgesetzt, dass er nicht der Inhaber von 5 % oder mehr der sich im Umlauf befindenden Anteile einer Klasse dieses Unternehmens oder der den Anteilshabern dieses Unternehmens zur Verfügung stehenden Stimmrechte ist, wobei eine solche Beteiligung im Sinne dieses Artikels unter allen Umständen als wesentliches Interesse angesehen wird; oder
- (l) Wenn Vorschläge in Betracht gezogen werden, die die Ernennung (einschließlich der Festlegung und Veränderung der Bestimmungen der

Ernennung) von zwei oder mehr Verwaltungsratsmitgliedern in Ämter oder Beschäftigungen bei der Gesellschaft betreffen, können diese Vorschläge aufgeteilt werden und in Bezug auf jedes Verwaltungsratsmitglied getrennt berücksichtigt werden, und in diesem Fall ist jedes der betroffenen Verwaltungsratsmitglieder (wenn nicht auf andere Weise von der Abstimmung ausgeschlossen) zur Abstimmung in Bezug auf jeden Beschluss (und zur Zählung in dem Quorum) berechtigt, mit Ausnahme des Beschlusses, der seine eigene Ernennung betrifft.

- (m) Wenn bei einer Sitzung der Verwaltungsratsmitglieder oder eines Ausschusses der Verwaltungsratsmitglieder hinsichtlich der Wesentlichkeit des Interesses eines Verwaltungsratsmitglieds oder hinsichtlich des Rechts eines Verwaltungsratsmitglieds zur Abstimmung eine Frage auftritt, und diese Frage nicht durch die freiwillige Enthaltung von der Abstimmung beigelegt wird, muss diese Frage vor dem Schluss der Sitzung an den Vorsitzenden verwiesen werden, und seine Entscheidung in Bezug auf ein Verwaltungsratsmitglied – ihn selbst ausgenommen – ist endgültig und unwiderlegbar.
- (n) Im Sinne dieses Artikels wird ein Interesse einer Person, die der Ehegatte oder ein minderjähriges Kind eines Verwaltungsratsmitglieds ist, als ein Interesse des Verwaltungsratsmitglieds behandelt, und in Bezug auf ein stellvertretendes Verwaltungsratsmitglied wird ein Interesse seines Vollmachtgebers als ein Interesse des stellvertretenden Verwaltungsratsmitglieds behandelt.
- (o) Die Gesellschaft kann die Bestimmungen dieses Artikels durch Ordentlichen Beschluss in jedem Umfang aussetzen oder lockern oder eine Transaktion ratifizieren, die aufgrund eines Verstoßes gegen diesen Artikel nicht ordnungsgemäß von der Gesellschaft autorisiert ist.

24. BEFUGNISSE DER VERWALTUNGSRATSMITGLIEDER

- (a) Die Geschäftstätigkeit der Gesellschaft wird von den Verwaltungsratsmitgliedern geleitet, die all diejenigen Befugnisse der Gesellschaft ausüben können, deren Ausübung nicht durch das Gesetz, die Verordnungen oder hiernach durch die Gesellschaft bei einer Hauptversammlung gefordert wird, vorbehaltlich gleichwohl der Bestimmungen des Gesetzes, der Verordnungen und der hierin enthaltenen Vorschriften, die nicht im Widerspruch zu den vorgenannten Vorschriften stehen, die von der Gesellschaft bei einer Hauptversammlung vorgeschrieben werden können; keine von der Gesellschaft bei einer Hauptversammlung aufgestellten Vorschriften führen jedoch zur Unwirksamkeit einer vorherigen Handlung der Verwaltungsratsmitglieder, die wirksam gewesen wäre, wenn diese Vorschriften nicht aufgestellt worden wären. Die allgemeinen durch diesen Artikel erteilten Befugnisse werden nicht durch eine besondere Ermächtigung oder Befugnis begrenzt oder eingeschränkt, die den Verwaltungsratsmitgliedern durch diesen oder einen anderen Artikel verliehen sind.
- (b) Alle Schecks, Eigenwechsel, Tratten, Wechsel und anderen umlauffähigen oder übertragbaren Instrumente, gezogen auf die Gesellschaft, und alle

anderen Belege über an die Gesellschaft gezahlte Gelder werden auf diejenige Weise unterzeichnet, gezogen, akzeptiert, indossiert bzw. auf andere Weise ausgefertigt, wie von den Verwaltungsratsmitgliedern zum jeweiligen Zeitpunkt durch Beschluss bestimmt.

- (c) Die Verwaltungsratsmitglieder können alle Befugnisse der Gesellschaft zur Anlage aller oder einzelner Gelder der Gesellschaft, wie durch diese Satzung autorisiert, ausüben und können Tochtergesellschaften unter den von der Zentralbank vorgegebenen festgesetzten Umständen und vorbehaltlich der von der Zentralbank und den Verordnungen auferlegten Bedingungen errichten. Von der Tochtergesellschaft ausgegebene Anteile und alle ihre Vermögenswerte werden von der Depotbank gehalten.

25. KAPITALAUFNAHME- UND INVESTITIONSBEFUGNISSE

Vorbehaltlich der in den Verordnungen und in dem Verkaufsprospekt für einen Teilfonds dargelegten oder der auf andere Weise von der Zentralbank festgelegten Grenzen und Bedingungen und vorbehaltlich der Bestimmungen des Artikels 26(j) dieser Satzung können die Verwaltungsratsmitglieder alle Befugnisse der Gesellschaft zur Vornahme von und Verfügung über Investitionen, Kapitalaufnahme, hypothekarischen Belastung oder Belastung ihres Betriebes, Vermögens oder eines Teils davon ausüben.

26. VERFAHREN DER VERWALTUNGSRATSMITGLIEDER

- (a) Die Verwaltungsratsmitglieder können zusammenkommen für die Ausführung der Geschäfte und sie können sich vertagen und anderweitige Regelungen in Bezug auf ihre Sitzungen treffen, wie sie es für angemessen erachten. Fragen, die bei einer Sitzung auftreten, werden durch Stimmenmehrheit entschieden. Im Falle einer Stimmengleichheit hat der Vorsitzende eine zweite oder ausschlaggebende Stimme, jedoch nur, wenn die Wirkung der Ausübung dieser Stimme nicht eine solche ist, die zur Ausübung der Stimme oder Entscheidung wird, die von einer Mehrheit der Verwaltungsratsmitglieder erreicht würde, die im Vereinigten Königreich ansässig sind. Ein Verwaltungsratsmitglied kann – und der Secretary wird auf Anfordern eines Verwaltungsratsmitglieds – jederzeit eine Sitzung der Verwaltungsratsmitglieder einberufen. Es werden keine Sitzungen im Vereinigten Königreich abgehalten.
- (b) Das für die Durchführung eines Geschäfts durch die Verwaltungsratsmitglieder erforderliche Quorum kann von den Verwaltungsratsmitgliedern festgelegt werden, und beträgt zwei, sofern nicht auf diese Weise eine andere Zahl festgelegt wird.
- (c) Die weiterhin sich im Amt befindlichen Verwaltungsratsmitglieder oder ein alleiniges sich weiterhin im Amt befindliches Verwaltungsratsmitglied kann ungeachtet etwaiger Vakanzen anstelle ihrer tätig sein, jedoch wenn und solange die Zahl der Verwaltungsratsmitglieder unter die durch oder gemäß den Bestimmungen dieser Satzung festgelegte Zahl reduziert ist, können die sich weiterhin im Amt befindlichen Verwaltungsratsmitglieder oder das sich weiterhin im Amt befindliche Verwaltungsratsmitglied zum Zwecke der

Füllung von Vakanzen anstelle ihrer oder zur Einberufung von Hauptversammlungen der Gesellschaft tätig sein, jedoch nicht zu einem anderen Zweck. Wenn es keine Verwaltungsratsmitglieder oder kein Verwaltungsratsmitglied gibt, das in der Lage ist oder bereit ist zu handeln, dann können zwei Gesellschafter eine Hauptversammlung zum Zwecke der Ernennung von Verwaltungsratsmitgliedern einberufen.

- (d) Die Verwaltungsratsmitglieder können von Zeit zu Zeit einen Vorsitzenden und - wenn sie dies als angemessen erachten – einen stellvertretenden Vorsitzenden - wählen oder ersetzen, und den Zeitraum festlegen, in dem diese dementsprechend ihr Amt innehaben.
- (e) Der Vorsitzende oder – bei seinem Fehlen – der stellvertretende Vorsitzende führt bei allen Sitzungen der Verwaltungsratsmitglieder den Vorsitz; wenn es jedoch keinen Vorsitzenden oder stellvertretenden Vorsitzenden gibt, oder wenn bei einer Sitzung der Vorsitzende oder der stellvertretende Vorsitzende nicht innerhalb von 5 Minuten ab dem Zeitpunkt anwesend ist, der für die Abhaltung derselben angesetzt ist, können die anwesenden Verwaltungsratsmitglieder einen aus ihrer Mitte zum Vorsitzenden der Versammlung wählen.
- (f) Ein schriftlicher von allen Verwaltungsratsmitgliedern, die zum jeweiligen Zeitpunkt berechtigt sind, eine Mitteilung über eine Sitzung der Verwaltungsratsmitglieder zu erhalten und bei ihr abzustimmen, unterzeichneter Beschluss ist genauso gültig und wirksam, wie ein bei einer ordnungsgemäß einberufenen Sitzung der Verwaltungsratsmitglieder verabschiedeter Beschluss; dieser kann aus verschiedenen Dokumenten ähnlicher Form bestehen, die jeweils von einem oder mehreren Verwaltungsratsmitgliedern unterzeichnet sind.
- (g) Eine Sitzung der jeweiligen Verwaltungsratsmitglieder, bei der ein Quorum anwesend ist, ist zur Ausübung aller Befugnisse und Ermessensspielräume befähigt, die zum jeweiligen Zeitpunkt von den Verwaltungsratsmitgliedern ausübbar sind.
- (h) Die Verwaltungsratsmitglieder können einzelne ihrer Befugnisse an Ausschüsse übertragen, die sich aus denjenigen ihrer Mitglieder zusammensetzen, wie sie es für angemessen erachten, vorausgesetzt, dass alle oder eine Mehrheit der Mitglieder eines solchen Ausschusses Personen sind, die außerhalb des Vereinigten Königreichs ansässig sind. Die Sitzungen und Verfahren eines solchen Ausschusses müssen die Anforderungen hinsichtlich eines Quorums erfüllen, die gemäß den Bestimmungen des Artikels 28(b) bestimmt sind, und unterliegen den Bestimmungen dieser Satzung, die die Sitzungen und das Verfahren der Verwaltungsratsmitglieder regeln, insoweit diese anwendbar sind und nicht durch von den Verwaltungsratsmitgliedern auferlegte Vorschriften ersetzt werden.
- (i) Die Verwaltungsratsmitglieder können durch Dauerbeschluss oder auf andere Weise ihre Befugnisse in Bezug auf die Ausgabe und den Rückkauf von Anteilen und die Berechnung des Nettoinventarwerts der Anteile, des Beschlusses von Dividenden sowie alle Leitungs- und Verwaltungspflichten in

Bezug auf die Gesellschaft an die Verwaltungsstelle oder an eine ordnungsgemäß bevollmächtigte Führungskraft oder andere Person delegieren, vorbehaltlich der Bestimmungen und Bedingungen, die die Verwaltungsratsmitglieder nach ihrem uneingeschränkten Ermessen beschließen können.

- (j) Die Verwaltungsratsmitglieder können ihre Befugnisse in Bezug auf die Verwaltung der Vermögenswerte der Gesellschaft an den Fondsmanager oder seine Unterbeauftragten oder an eine ordnungsgemäß bevollmächtigte Führungskraft oder andere Person delegieren, vorbehaltlich derjenigen Bestimmungen und Bedingungen, die die Verwaltungsratsmitglieder nach ihrem uneingeschränkten Ermessen beschließen können.
- (k) Alle von einer Sitzung der Verwaltungsratsmitglieder oder von einem Ausschuss der Verwaltungsratsmitglieder oder von einer von den Verwaltungsratsmitgliedern bevollmächtigten Person vorgenommenen Handlungen werden genauso wirksam sein – ungeachtet dessen, dass im Nachhinein entdeckt wird, dass es einen Fehler bei der Ernennung oder Bevollmächtigung eines solchen Verwaltungsratsmitglieds oder einer Person gab, die wie vorgenannt handelt, oder dass sie oder einer von ihnen von dem Amt ausgeschlossen waren oder dieses freigegeben haben, oder nicht zur Abstimmung berechtigt waren – als ob jede dieser Personen ordnungsgemäß ernannt worden wäre und qualifiziert gewesen wäre und weiter ein Verwaltungsratsmitglied gewesen wäre und zur Abstimmung berechtigt gewesen wäre.
- (l) Die Verwaltungsratsmitglieder werden die Erstellung eines Protokolls veranlassen von:
 - (i) allen Ernennungen von Führungskräften, die von den Verwaltungsratsmitgliedern vorgenommen werden;
 - (ii) den Namen der bei jeder Sitzung der Verwaltungsratsmitglieder und eines Ausschusses der Verwaltungsratsmitglieder anwesenden Verwaltungsratsmitglieder; und
 - (iii) allen Beschlüssen und Verfahren aller Versammlungen und Sitzungen der Gesellschaft und der Verwaltungsratsmitglieder und der Ausschüsse der Verwaltungsratsmitglieder.
- (m) Diese in Artikel 26(l) dieser Satzung bezeichneten Protokolle – wenn darin die Unterzeichnung durch den Vorsitzenden der Sitzung wiedergegeben wird, bei der das Verfahren stattfand, oder die des Vorsitzenden der nächsten nachfolgenden Sitzung – sind, bis das Gegenteil bewiesen wird, der unwiderlegbare Nachweis ihres Verfahrensablaufs.
- (n) Ein Verwaltungsratsmitglied kann durch ein Konferenztelefon oder eine andere Telekommunikationseinrichtung, durch die alle an der Sitzung teilnehmenden Personen sich gegenseitig sprechen hören können, an einer Sitzung der Verwaltungsratsmitglieder oder eines Ausschusses der

Verwaltungsratsmitglieder teilnehmen und diese Teilnahme an einer Sitzung begründet die persönliche Anwesenheit bei der Sitzung.

27. SECRETARY

Der Secretary wird von den Verwaltungsratsmitgliedern ernannt. Etwas, das von dem Secretary zu tun gefordert oder zu dem er berechtigt ist, kann – wenn das Amt unbesetzt ist oder ein Secretary aus einem anderen Grund nicht in der Lage ist zu handeln – von einem Assistenten oder stellvertretenden Secretary vorgenommen werden, oder – wenn kein Assistent oder stellvertretender Secretary in der Lage zu handeln ist – auch durch eine Führungskraft der Gesellschaft, die allgemein oder besonders diesbezüglich von den Verwaltungsratsmitgliedern autorisiert ist, vorgenommen werden, **VORAUSGESETZT, DASS** Bestimmungen dieser Satzung, die erfordern oder autorisieren, dass etwas von einem Verwaltungsratsmitglied und dem Secretary getan wird, nicht dadurch erfüllt werden, dass die Vornahme durch oder gegenüber der gleichen Person eintritt, die sowohl als Verwaltungsratsmitglied als auch als oder anstelle des Secretary handelt.

28. DAS SIEGEL DER GESELLSCHAFT

- (a) Die Verwaltungsratsmitglieder haben für die sichere Aufbewahrung des Siegels der Gesellschaft sorgen. Das Siegel wird nur mit der Ermächtigung der Verwaltungsratsmitglieder oder eines Ausschusses der Verwaltungsratsmitglieder genutzt, der diesbezüglich von den Verwaltungsratsmitgliedern autorisiert ist. Die Verwaltungsratsmitglieder können jederzeit, wie sie es als angemessen erachten, die Personen und die Anzahl dieser Personen bestimmen, die die Anbringung des Siegels authentifizieren dürfen, und sofern nicht etwas anderes bestimmt ist, wird die Anbringung des Siegels von zwei Verwaltungsratsmitgliedern oder von einem Verwaltungsratsmitglied und dem Secretary oder einer anderen von den Verwaltungsratsmitgliedern ordnungsgemäß bevollmächtigten Person authentifiziert, und die Verwaltungsratsmitglieder können verschiedene Personen für verschiedene Zwecke bevollmächtigen.
- (b) Die Verwaltungsratsmitglieder können durch Beschluss entweder allgemein oder in einem bestimmten Fall oder in bestimmten Fällen bestimmen, dass die Unterschrift einer solchen Person, die die Anbringung des Siegels authentifiziert, auf mechanischem Wege angebracht werden kann, was in einem Beschluss festzulegen ist, oder dass dieses Zertifikat, auf dem das Siegel angebracht ist, keine Unterschriften tragen wird.

29. DIVIDENDEN

- (a) Die Verwaltungsratsmitglieder können zum jeweiligen Zeitpunkt – wie sie es als angemessen erachten – diejenigen Dividenden auf Anteile der Gesellschaft zahlen, die für die Verwaltungsratsmitglieder als gerechtfertigt erscheinen, vorbehaltlich einer Grundsaterklärung in Bezug auf Dividenden in dem Verkaufsprospekt für den jeweiligen Teilfonds.
- (b) Der zur Ausschüttung in Bezug auf eine Anteilsklasse in einem Bilanzierungszeitraum verfügbare Betrag ist eine Summe, die der

Gesamtsumme des von der Gesellschaft in Bezug auf eine Anteilsklasse empfangenen Nettogewinns (ob in der Form von Dividenden, Zinsen oder auf andere Weise und einschließlich realisierter und nicht realisierter Kapitalverluste während des Bilanzierungszeitraums) entspricht, berechnet gemäß dem Nachstehenden:

- (i) Hinzurechnung oder Abzug eines Betrags im Wege der Anpassung, um die Wirkung von Verkäufen oder Rückkäufen mit oder ohne Dividende zuzulassen;
- (ii) Hinzurechnung eines Betrags, der Zinsen oder Dividenden oder sonstige Einkünfte widerspiegelt, die entstanden sind, jedoch von dem jeweiligen Teilfonds-Manager am Ende des Bilanzierungszeitraums nicht erhalten wurden, und Abzug eines Betrags, der Zinsen oder Dividenden oder sonstige Einkünfte widerspiegelt (soweit eine Anpassung im Wege der Hinzurechnung in Bezug auf einen vorhergehenden Bilanzierungszeitraum vorgenommen wurde), die am Ende des vorhergehenden Bilanzierungszeitraums entstanden sind;
- (iii) Hinzurechnung des Betrags (soweit vorhanden), der zur Ausschüttung in Bezug auf den letzten vorhergehenden Bilanzierungszeitraum verfügbar jedoch in Bezug darauf noch nicht ausgeschüttet worden ist;
- (iv) Hinzurechnung eines Betrags, der die geschätzte oder tatsächliche Rückzahlung von Steuern aus Ansprüchen in Bezug auf Körperschaftsteuerbefreiung oder Doppelbesteuerungsbefreiung oder auf andere Weise widerspiegelt;
- (v) Abzug des Betrags einer Steuer oder anderen geschätzten oder tatsächlichen Verbindlichkeit, die ordnungsgemäß aus dem Gewinn der Gesellschaft zahlbar ist;
- (vi) Abzug eines Betrags, der eine bei der Stornierung von Anteilen während des Bilanzierungszeitraums gezahlte Gewinnbeteiligung widerspiegelt;
- (vii) Abzug eines Betrags, den die Gesellschaft mit Genehmigung des Abschlussprüfers als angemessen in Bezug auf die in Artikel 2 dieser Satzung bestimmten Aufwendungen ansieht. **IMMER VORAUSGESETZT**, dass die Gesellschaft nicht für einen Fehler bei den Schätzungen der Körperschaftsteuerrückzahlungen oder der Doppelbesteuerungsbefreiung verantwortlich ist, die durch Besteuerung oder offene Gewinne erwartet werden; wenn sich dieselben nicht unter allen Gesichtspunkten als richtig erweisen, werden die Verwaltungsratsmitglieder sicherstellen, dass ein folgendes Defizit oder ein Mehrbetrag in dem Bilanzierungszeitraum angepasst wird, in dem eine weitere oder endgültige Abwicklung einer solchen Steuerrückzahlung oder Verbindlichkeit oder eines Befreiungsanspruchs vorgenommen wird oder der Betrag eines solchen geschätzten offenen Gewinns festgestellt wird; es wird keine Anpassung einer zuvor beschlossenen Dividende vorgenommen; und

- (viii) Abzug von zur Ausschüttung beschlossenen Beträgen, die noch nicht ausgeschüttet sind.
- (c) Die Verwaltungsratsmitglieder können mit der Bewilligung eines Sonderbeschlusses der Anteilhaber einer Anteilklasse unter den Anteilhabern dieser Klasse im Wege einer Dividende oder auf andere Weise Vermögenswerte der jeweiligen Klasse ausschütten.
- (d) Anteile verleihen ein Recht auf Dividenden in derjenigen Weise, wie sie von den Verwaltungsratsmitgliedern bestimmt wird.
- (e) Ein Dividendenbeschluss für eine Anteilklasse durch die Verwaltungsratsmitglieder kann bestimmen, dass diese an die als die Gesellschafter eingetragenen Personen bei Geschäftsschluss an einem bestimmten Tag zahlbar ist, und daraufhin ist die Dividende an sie gemäß ihrer jeweiligen auf diese Weise eingetragenen Beteiligungen zahlbar, jedoch unbeschadet der Rechte der Übertragenden und Erwerber untereinander in Bezug auf diese Dividende.
- (f) Die Gesellschaft kann eine Dividende oder einen anderen in Bezug auf einen Anteil zahlbaren Betrag durch Scheck oder Option übermitteln, die mit normaler Post an die eingetragene Anschrift des Gesellschafters oder – im Falle von gemeinsamen Inhabern – an die Person gesendet wird, deren Name und Anschrift als erstes in dem Verzeichnis erscheint; sie ist jedoch nicht für einen Verlust verantwortlich, der in Bezug auf diese Übermittlung entsteht.
- (g) Keine Dividende oder kein anderer an einen Anteilhaber zahlbarer Betrag soll einen Zinsanspruch gegen die Gesellschaft begründen. Alle nicht in Anspruch genommenen Dividenden und anderen wie vorgenannt zahlbaren Beträge können investiert oder auf andere Weise zum Nutzen der Gesellschaft verwendet werden, bis sie in Anspruch genommen werden. Die Zahlung einer nicht in Anspruch genommenen Dividende oder eines anderen in Bezug auf einen Anteil zahlbaren Betrags durch die Gesellschaft auf ein gesondertes zinsbringendes Konto begründet nicht die Eigenschaft der Gesellschaft als ein Treuhänder in Bezug auf diese. Eine nach sechs Jahren nach dem Datum, als sie das erste Mal zahlbar wurde, nicht in Anspruch genommene Dividende wird automatisch verwirkt, ohne das Erfordernis einer Erklärung oder anderen Handlung durch die Gesellschaft.
- (h) Nach Wahl eines jeden Gesellschafters können die Verwaltungsratsmitglieder alle für die Anteile einer Klasse beschlossenen Dividenden, die von diesen Gesellschaftern gehalten werden, für die Ausgabe weiterer Anteile dieser Klasse an der Gesellschaft an diesen Gesellschafter zu dem Nettoinventarwert einsetzen, die erhältlich sind, wenn diese Dividenden beschlossen werden und zu denjenigen Bedingungen, die die Verwaltungsratsmitglieder zum jeweiligen Zeitpunkt beschließen können, vorausgesetzt jedoch, dass jeder Gesellschafter berechtigt ist, sich dafür zu entscheiden, eine Bardividende in Bezug auf die von ihm gehaltenen Anteile zu erhalten.
- (i) Die Verwaltungsratsmitglieder können bestimmen, dass Gesellschafter berechtigt sind, sich anstelle einer Dividende (oder eines Teils davon) für eine

Ausgabe zusätzlicher Anteile der gleichen Klasse zu entscheiden, wie diejenige, für die die Dividende in diesem Teilfonds beschlossen wird, der als vollständig eingezahlt gutgeschrieben ist. In diesem Fall sind die nachstehenden Bestimmungen anwendbar:

- (i) die Anzahl der zusätzlichen Anteile (einschließlich eines Bruchteilsanspruchs), die anstelle eines Dividendenbetrags auszuschütten sind, haben dem Wert des Betrags dieser Dividende zu dem Datum zu entsprechen, an dem die Dividende beschlossen wurde;
- (ii) die Dividende (oder derjenige Teil der Dividende in Bezug auf den ein Recht der Auswahl gewährt wurde) ist nicht auf Anteile zahlbar, in Bezug auf die die Anteilsauswahl ordnungsgemäß ausgeübt wurde (die „**Ausgewählten Anteile**“), und stattdessen werden an die Inhaber der Ausgewählten Anteile zusätzliche Anteile auf der vorstehend festgestellten Basis ausgegeben, und für diesen Zweck werden die Verwaltungsratsmitglieder einen Betrag kapitalisieren, der dem Gesamtwert der Dividenden, in Bezug auf die eine Auswahl vorgenommen wurde, entspricht, und denselben zur vollständigen Zahlung des entsprechenden Betrags der nicht ausgegebenen Anteile einsetzen;
- (iii) die auf diese Weise ausgegebenen zusätzlichen Anteile sind den vollständig eingezahlten Anteilen, die sich dann in Umlauf befinden, unter allen Gesichtspunkten gleichrangig, mit Ausnahme nur soweit es die Beteiligung an der relevanten Dividende betrifft (oder die Anteilsauswahl stattdessen);
- (iv) die Verwaltungsratsmitglieder können alle Handlungen und Dinge vornehmen, die als angemessen oder nützlich angesehen werden, um einer solchen Kapitalisierung Wirkung zu verleihen, wobei die Verwaltungsratsmitglieder die umfassende Befugnis haben diejenigen Rückstellungen vorzunehmen, die sie im Falle von Anteilen als angemessen erachten, die in Bruchteilen ausschüttungsfähig werden, damit Bruchteilsansprüche unberücksichtigt bleiben oder aufgerundet werden oder der Nutzen von Bruchteilsansprüchen der Gesellschaft wächst;
- (v) Die Verwaltungsratsmitglieder können jederzeit feststellen, dass Auswahlrechte einem Gesellschafter mit eingetragener Anschrift in einem Territorium nicht zur Verfügung gestellt werden, wenn bei Fehlen einer Eintragungserklärung oder anderer besonderer Formalitäten die Verbreitung eines Angebots von Auswahlrechten rechtswidrig wäre oder sein könnte, und in diesem Fall werden die vorgenannten Bestimmungen vorbehaltlich dieser Feststellung gelesen und ausgelegt.
- (vi) Wenn die Gesellschaft plant, eine Ausschüttung an einen Gesellschafter zu zahlen, ist sie berechtigt, von der Ausschüttung denjenigen Betrag abzuziehen, der zur Begleichung der Steuerverbindlichkeit der Gesellschaft in Bezug auf diese

Ausschüttung erforderlich sein kann, und wird die Begleichung des fälligen Steuerbetrags vornehmen.

30. NICHT AUFGEFUNDENE GESELLSCHAFTER

- (a) Die Gesellschaft hat das Recht, einen Anteil eines Gesellschafters oder einen Anteil zurückzukaufen, auf den eine Person durch Übermittlung ein Recht hat, sowie zur Verwirkung einer Dividende, die beschlossen ist und für einen Zeitraum von sechs Jahren ungezahlt bleibt, wenn und vorausgesetzt, dass:
 - (i) über einen Zeitraum von sechs Jahren kein Scheck oder keine Eigentumsbestätigung für Anteile oder keine Anteilszertifikate, die von der Gesellschaft per Post in einem frankierten an den Gesellschafter adressierten Brief gesendet wurden, oder an die Person, die durch Übermittlung ein Recht auf den Anteil hat, an ihre Anschrift in dem Verzeichnis, oder an die letzte bekannte von dem Gesellschafter oder der durch Übermittlung berechtigten Person bekanntgegebene Anschrift, an die Schecks oder Eigentumsbestätigungen oder Anteilszertifikate zu senden sind, eingelöst oder bestätigt wurden, und keine Mitteilung durch die Gesellschaft von dem Gesellschafter oder die durch Übermittlung berechtigten Personen erhalten wurde (vorausgesetzt, dass während dieses Sechs-Jahres-Zeitraums mindestens drei Dividenden in Bezug auf diesen Anteil zahlbar wurden);
 - (ii) bei Ablauf des genannten Zeitraums von sechs Jahren die Gesellschaft durch Mitteilung mit frankiertem Schreiben adressiert an den Gesellschafter oder die durch Übermittlung auf den Anteil berechnete Person, an ihre Anschrift in dem Verzeichnis oder an die letzte bekannte von dem Gesellschafter oder der durch Übermittlung berechtigten Person bekanntgegebene Anschrift, oder durch Ausschreibung in einer in Irland veröffentlichten nationalen Tageszeitung oder einer regionalen Tageszeitung, in einer Region, in der sich die unter Artikel 30 (a)(i) bezeichnete Anschrift befindetet, ihre Absicht zum Rückkauf dieses Anteils bekannt gemacht hat;
 - (iii) die Gesellschaft während des Zeitraums von drei Monaten nach dem Datum der Ausschreibung und vor der Ausübung der Befugnis zum Rückkauf, keine Mitteilung von dem Gesellschafter oder der durch Übermittlung berechtigten Person erhalten hat; und
 - (iv) wenn die Anteile an einer Wertpapierbörse notiert sind, die Gesellschaft zunächst der zuständigen Abteilung dieser Wertpapierbörse schriftlich ihre Absicht zum Rückkauf dieses Anteils mitgeteilt hat, wenn sie dies gemäß den Regelungen dieser Wertpapierbörse aufgefordert ist zu tun.
- (b) Die Gesellschaft wird die Nettoerlöse dieses Rückkaufs gegenüber dem Gesellschafter oder der Person, die ein Recht auf diesen Anteil hat, durch Übertragung aller Gelder in Bezug darauf auf ein gesondertes zinsbringendes Konto verrechnen, das eine dauerhafte Verbindlichkeit der Gesellschaft ist,

und die Gesellschaft ist als Schuldner und nicht als Treuhänder in Bezug darauf gegenüber diesem Gesellschafter oder dieser anderen Person anzusehen.

31. BERICHTE

- (a) Die Verwaltungsratsmitglieder werden die Führung derjenigen Geschäftsbücher veranlassen, die in Bezug auf die Ausübung ihrer Geschäftstätigkeit erforderlich sind oder wie durch das Gesetz gefordert, um die Erstellung der Abschlüsse der Gesellschaft zu ermöglichen.
- (b) Die Geschäftsbücher werden am eingetragenen Sitz oder an demjenigen anderen Ort oder denjenigen anderen Orten aufbewahrt, die die Verwaltungsratsmitglieder als geeignet erachten, und stehen den Verwaltungsratsmitgliedern jederzeit zur Einsicht zur Verfügung, es ist jedoch keine Person – mit Ausnahme eines Verwaltungsratsmitglieds, der Abschlussprüfer oder der Zentralbank – berechtigt, die Bücher, Abschlüsse, Dokumente oder Schreiben der Gesellschaft einzusehen, außer nach Mitteilung mit einer Frist von zehn Tagen an die Gesellschaft und wie von dem Gesetz bestimmt oder durch die Verwaltungsratsmitglieder oder durch die Gesellschaft bei einer Hauptversammlung autorisiert.
- (c) Eine Bilanz, einschließlich jedes Dokuments, dass dieser von Gesetzes wegen angefügt werden muss, und eine Gewinn- und Verlustrechnung der Gesellschaft wird, wie von den Verwaltungsratsmitgliedern zum jeweiligen Zeitpunkt bestimmt, am Ende eines jeden Geschäftsjahrs der Gesellschaft erstellt, und wird von den Abschlussprüfern geprüft und der Gesellschaft bei ihrer Jahreshauptversammlung in jedem Jahr vorgelegt, und diese Bilanz muss eine allgemeine Zusammenfassung der Vermögenswerte und Verbindlichkeiten der Gesellschaft enthalten. Die Bilanz muss von einem Bericht der Verwaltungsratsmitglieder hinsichtlich des Zustands und der Lage der Gesellschaft, und (ggfs.) des Betrags, den sie den Rücklagen zugeführt haben oder zuzuführen planen, zusammen mit einer Gewinn- und Verlustrechnung begleitet werden. Die Bilanz der Gesellschaft und der Bericht der Verwaltungsratsmitglieder und die Gewinn- und Verlustrechnung muss im Namen der Verwaltungsratsmitglieder von mindestens zwei Verwaltungsratsmitgliedern unterzeichnet sein. Ein Bericht der Abschlussprüfer soll der Bilanz der Gesellschaft beigelegt sein. Der Bericht der Abschlussprüfer soll bei der Jahreshauptversammlung verlesen werden.
- (d) Mindestens einmal in jedem Jahr werden die Verwaltungsratsmitglieder die Erstellung eines Geschäftsberichts in Bezug auf die Geschäftsleitung der Gesellschaft veranlassen. Der Geschäftsbericht hat die ordnungsgemäß von den Abschlussprüfern testierte Bilanz und die Gewinn- und Verlustrechnung sowie den Bericht der Verwaltungsratsmitglieder und den Bericht der Abschlussprüfer, wie in Artikel 31(c) bestimmt, zu umfassen und hat in einer von der Zentralbank genehmigten Form zu sein und wird diejenigen Informationen enthalten, die von ihr gefordert werden. Diesem Geschäftsbericht werden diejenigen weiteren Informationen und Berichte angefügt, die von der Zentralbank festgelegt werden können.

- (e) Eine Kopie des Geschäftsberichts, einschließlich der Bilanz (einschließlich jedes Dokuments, das von Gesetz wegen angefügt werden muss), der der Jahreshauptversammlung der Gesellschaft zusammen mit einem Exemplar des Berichts der Verwaltungsratsmitglieder und des Berichts der Abschlussprüfer vorzulegen ist, wird von der Gesellschaft an jede Person gesendet, die nach dem Gesetz und den Verordnungen ein Recht auf ihren Erhalt hat; wenn Anteile an einer Wertpapierbörse notiert sind, wird die geforderte Anzahl der Exemplare dieser Dokumente zur gleichen Zeit an diese Wertpapierbörse weitergeleitet, spätestens jedoch einundzwanzig Volle Tage vor dem Datum der Jahreshauptversammlung.
- (f) Der dem Geschäftsbericht beigefügte Bestätigungsvermerk der Abschlussprüfer und die Erklärung, auf die hierin Bezug genommen wird, soll erklären, dass die dem Geschäftsbericht jeweils beigefügten Abschlüsse oder Bilanzen (gegebenenfalls) zusammen mit den Büchern und Aufzeichnungen der Gesellschaft in Bezug darauf geprüft wurden, und dass die Abschlussprüfer alle Informationen und Erklärungen eingeholt haben, die sie gefordert haben, und die Abschlussprüfer sollen berichten, ob die Abschlüsse nach ihrer Auffassung ordnungsgemäß im Einklang mit diesen Büchern und Aufzeichnungen erstellt wurden und ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Lage der Gesellschaft widerspiegeln, und ob die Abschlüsse nach ihrer Auffassung nach Maßgabe der Bestimmungen dieser Satzung erstellt wurden.
- (g) Die Gesellschaft soll einen nicht testierten Halbjahresbericht für die sechs Monate erstellen, die unmittelbar dem Datum des letzten Geschäftsberichts der Gesellschaft nachfolgen. Dieser Halbjahresbericht hat in einer von der Zentralbank genehmigten Form zu sein und muss die von ihr geforderten Informationen enthalten.
- (h) Ein Exemplar des genannten Halbjahresberichts wird von der Gesellschaft spätestens zwei Monate nach dem Ende dieses Zeitraums, auf den er sich bezieht an jede Person gesendet, die nach dem Gesetz und den Verordnungen ein Recht auf dessen Erhalt hat.

32. PRÜFUNG

- (a) Die Gesellschaft wird Abschlussprüfer ernennen, die ihr Amt bis zum Abschluss der nächsten Jahreshauptversammlung innehaben.
- (b) Die Ernennung und Entlassung der Abschlussprüfer und die Feststellung der Eignung zur Ernennung als Abschlussprüfer der Gesellschaft wird durch die Bestimmungen des Gesetzes geregelt.
- (c) Eine Person, mit Ausnahme eines ausscheidenden Abschlussprüfers, kann nicht als Abschlussprüfer bei einer Jahreshauptversammlung ernannt werden, sofern nicht die Mitteilung über die Absicht zur Nominierung dieser Person für das Amt des Abschlussprüfers von einem Gesellschafter an die Gesellschaft mindestens achtundzwanzig Tage vor der Jahreshauptversammlung erteilt wurde; die Verwaltungsratsmitglieder werden eine Kopie einer solchen Mitteilung an den ausscheidenden Abschlussprüfer

senden und den Gesellschaftern gemäß § 142 des Unternehmensgesetz von 1963 darüber Mitteilung machen.

- (d) Der erste Abschlussprüfer wird von den Verwaltungsratsmitgliedern vor der ersten Hauptversammlung ernannt.
- (e) Die Vergütung des Abschlussprüfers wird von der Gesellschaft in einer Hauptversammlung oder auf diejenige Weise genehmigt, die die Gesellschaft bestimmen kann.
- (f) Die Abschlussprüfer haben diejenigen Bücher, Abschlüsse und Belege zu prüfen, wie es für die Erfüllung ihrer Pflichten erforderlich ist.
- (g) Der Bericht der Abschlussprüfer an die Gesellschafter über die geprüften Abschlüsse der Gesellschaft soll angeben, ob nach Auffassung der Abschlussprüfer die Bilanz und die Gewinn- und Verlustrechnung nach ihrer Auffassung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Lage der Gesellschaft sowie ihres Gewinns und Verlustes in dem in Frage stehenden Zeitraum widerspiegelt.
- (h) Die Gesellschaft soll den Abschlussprüfern eine Liste aller von der Gesellschaft geführten Bücher vorlegen und wird zu allen angemessenen Zeitpunkten den Abschlussprüfern das Zugriffsrechts auf die Bücher und Abschlüsse und Belege der Gesellschaft gewähren. Die Abschlussprüfer sind berechtigt, von den Führungskräften und Mitarbeitern der Gesellschaft diejenigen Informationen und Erklärungen zu verlangen, die für die Erfüllung ihrer Pflichten erforderlich sein können.
- (i) Die Abschlussprüfer sind berechtigt, an jeder Hauptversammlung der Gesellschaft teilzunehmen, bei der Abschlüsse, die von ihnen geprüft wurden oder zu welchen sie Bericht erstattet haben, der Gesellschaft vorgelegt werden, sowie eine Stellungnahme oder Erklärungen abzugeben, die sie in Bezug auf die Abschlüsse wünschen; die Mitteilung über jede dieser Versammlungen wird den Abschlussprüfern in der für die Gesellschafter vorgeschriebenen Weise erteilt.

33. MITTEILUNGEN

- (a) Eine Mitteilung oder ein anderes Dokument, dessen Zustellung oder Versendung an einen Gesellschafter erforderlich ist, wird als ordnungsgemäß erteilt angesehen, wenn sie/ es per Post gesendet wird oder an seiner Anschrift hinterlassen wird, wie sie in dem Verzeichnis erscheint, oder wenn sie/ es – mit der Zustimmung eines Gesellschafters – in elektronischer Form auf elektronischem Wege gesendet wird, und im Falle gemeinsamer Gesellschafter, wenn dies an den ersten in dem Verzeichnis genannten erfolgt (außer im Falle einer Mitteilung einer Hauptversammlung der Gesellschaft), wenn entweder der vollständige Text der Mitteilung oder der Dokumente in einer nationalen Tageszeitung in Irland oder derjenigen anderen Publikation veröffentlicht wird, wie es die Gesellschafter zum jeweiligen Zeitpunkt entscheiden und die in einem Land im Umlauf ist, in dem die Anteile der Gesellschaft verkauft werden, oder eine Ausschreibung auf diese Weise

veröffentlicht wird, in der angegeben ist, wo Kopien dieser Mitteilungen oder Dokumente erhältlich sind.

- (b) Eine Mitteilung oder ein Dokument, das per Post an die eingetragene Anschrift eines Gesellschafters gesendet oder dort hinterlassen wird, oder das – mit der Zustimmung eines Gesellschafters – in elektronischer Form auf elektronischem Wege an den Gesellschafter gesendet wird, wird ungeachtet dessen, dass dieser Gesellschafter dann tot oder insolvent sein kann, und unabhängig davon, ob die Gesellschaft Kenntnis von seinem Tod oder seiner Insolvenz hat, als ordnungsgemäß zugestellt oder gesendet angesehen, und diese Zustellung gilt als ausreichende Zustellung bei Erhalt durch alle an den betroffenen Anteilen beteiligten Personen (ob gemeinsam mit oder als Inanspruchnahme durch ihn), und diese Mitteilung gilt als von dem Gesellschafter empfangen vierundzwanzig Stunden nach dem Zeitpunkt der Versendung per Post oder der Versendung auf elektronischem Wege.
- (c) Ein Zertifikat oder eine Mitteilung oder ein anderes Dokument, das per Post an die eingetragene Anschrift des darin benannten Gesellschafters versendet oder dort hinterlassen wird, oder von der Gesellschaft nach Maßgabe seiner Anweisungen verschickt wird, oder - mit der Zustimmung eines Gesellschafters – in elektronischer Form auf elektronischem Wege an den Gesellschafter gesendet wird, wird auf diese Weise auf Risiko dieses Gesellschafters gesendet, hinterlassen oder verschickt, und die Abgabe, Zustellung oder Übermittlung derselben gilt nach Ablauf von vierundzwanzig Stunden als bewirkt, nachdem der Umschlag mit diesem Inhalt per Post versendet wurde, oder das Zertifikat, die Mitteilung oder das sonstige Dokument in elektronischer Form auf elektronischem Wege versendet wurde. Für den Nachweis der Zustellung ist der Nachweis ausreichend, dass dieser Umschlag ordnungsgemäß adressiert, frankiert und versendet wurde, oder wenn in elektronischer Form auf elektronischem Wege gesendet, dass dieser ordnungsgemäß adressiert war.
- (d) Die Gesellschaft kann ein System einrichten, durch das elektronische Mittel von den Gesellschaftern zur Ernennung eines Stimmrechtsbevollmächtigten genutzt werden können (das „**System zur Elektronischen Stimmrechtsbevollmächtigung**“). Jedes System zur Elektronischen Stimmrechtsbevollmächtigung verlangt von einem Gesellschafter, der einen Stimmrechtsbevollmächtigten ernennt, ein bestimmtes elektronisches Stimmrechtsvollmachtsformular auszufüllen, das von dem Gesellschafter entweder durch Nutzung einer elektronischen Signatur unterzeichnet wird, oder durch die Nutzung einer anderen Art der elektronischen Authentifizierung oder eines Passworts gemäß den Anforderungen des Electronic-Commerce-Gesetz von 2000 oder eines anderen geltenden Gesetzes oder einer Vorschrift vervollständigt wird.

34. LIQUIDATION

- (a) Wenn die Gesellschaft liquidiert oder aufgelöst wird, wird der Liquidator die Vermögenswerte der Gesellschaft zur Befriedigung von Gläubigeransprüchen auf diejenige Art und in der Reihenfolge einsetzen, die er als angemessen erachtet.

- (b) Die Vermögenswerte der Gesellschaft, die zur Ausschüttung unter den Gesellschaftern zur Verfügung stehen (nach der Befriedigung der Gläubigeransprüche), werden anteilig an die Inhaber der Anteile jeder Klasse der Gesellschaft ausgeschüttet und werden im Verhältnis zu der Anzahl der von ihnen gehaltenen Anteile in dieser Klasse ausgeschüttet.
- (c) Die zur Ausschüttung unter den Gesellschaftern verfügbaren Vermögenswerte werden dann in der nachstehenden Reihenfolge eingesetzt:
 - (i) zuerst, zur Zahlung eines Betrags an die Gesellschafter jeder Klasse eines jeden Teilfonds in der Basiswährung, in der diese Klasse aufgelegt ist, oder in einer anderen von dem Liquidator ausgewählten Währung, soweit möglich (zu einem von dem Liquidator als angemessen festgestellten Wechselkurs) dem Nettoinventarwert der von diesen Inhabern gehaltenen Anteilen dieser Klasse am Datum des Beginns der Liquidation entsprechend, vorausgesetzt, dass in dem jeweiligen Teilfonds ausreichend Vermögenswerte zur Verfügung stehen, um die Vornahme dieser Zahlung zu ermöglichen. Im Falle, dass – in Bezug auf eine Anteilsklasse – in dem jeweiligen Teilfonds keine ausreichenden Vermögenswerte zur Verfügung stehen, um die Vornahme dieser Zahlung zu ermöglichen, wird Rückgriff auf die Vermögenswerte der Gesellschaft genommen, die nicht in einem der Teilfonds enthalten sind;
 - (ii) zweitens, zur Zahlung von Beträgen an die Inhaber der Zeichneranteile bis zur Höhe des darauf gezahlten Betrags (zuzüglich aufgelaufener Zinsen) aus den Vermögenswerten der Gesellschaft, die nicht in einem Teilfonds enthalten sind und nach einem Rückgriff darauf gemäß dem vorstehenden Absatz (i) verbleiben. Im Falle, dass – wie vorgenannt – keine ausreichenden Vermögenswerte zur Verfügung stehen, um die vollständige Vornahme dieser Zahlung zu ermöglichen, wird kein Rückgriff auf die in einem der Teilfonds enthaltenen Vermögenswerte genommen;
 - (iii) drittens, zur Zahlung eines dann in dem jeweiligen Teilfonds verbleibenden Saldos an die Gesellschafter, wobei diese Zahlung im Verhältnis zu der Anzahl der gehaltenen Anteile erfolgt; und
 - (iv) viertens, zur Zahlung eines dann verbleibenden und nicht von einem der Teilfonds umfassten Saldos an die Gesellschafter, wobei diese Zahlung im Verhältnis zu dem Wert eines jeden Teilfonds und innerhalb eines jeden Teilfonds zu dem Wert jeder Klasse und im Verhältnis zu dem Nettoinventarwert je Anteil vorgenommen wird.
- (d) Wenn die Gesellschaft liquidiert oder aufgelöst wird (unabhängig davon, ob die Liquidation freiwillig, unter Aufsicht oder durch das Gericht erfolgt), kann der Liquidator mit der Ermächtigung eines Sonderbeschlusses der Gesellschaft, unter den Gesellschaftern im Verhältnis zum Wert ihrer Beteiligungen an der Gesellschaft (wie gemäß Artikel 14 dieser Satzung bestimmt) in bar die gesamten oder einen Teil der Vermögenswerte der Gesellschaft aufteilen, und unabhängig davon, ob sich die Vermögenswerte

aus Vermögensgegenständen einer einzigen Art zusammensetzen oder nicht, und er kann zu diesem Zwecke eine Gruppe oder Gruppen von Vermögensgegenständen gemäß den Bewertungsvorschriften in Artikel 15 bewerten. Wenn ein Gesellschafter dies verlangt, wird die Gesellschaft die Verfügung über die Investitionen im Namen des Gesellschafters veranlassen. Der von der Gesellschaft erzielte Preis kann von dem Preis abweichen, zu dem die Investitionen bei der Bestimmung des Nettoinventarwerts bewertet wurden, wobei die Gesellschaft nicht für eine auftretende Differenz haftet. Der Liquidator kann – mit ähnlicher Ermächtigung – einen Teil der Vermögenswerte auf Treuhänder bei solchen Trusts zum Nutzen der Gesellschafter übertragen, wie es der Liquidator als angemessen erachtet, und die Liquidation der Gesellschaft kann abgeschlossen und die Gesellschaft aufgelöst werden, jedoch nicht auf eine Weise, dass ein Gesellschafter zur Annahme eines Vermögenswerts gezwungen wird, in Bezug auf den eine Verbindlichkeit besteht.

35. SCHLIESSUNG VON TEILFONDS

- (a) Jeder Teilfonds und jede Klasse von Anteilen an der Gesellschaft kann in jedem der folgenden Fälle von den Verwaltungsratsmitgliedern nach ihrem alleinigen und uneingeschränkten Ermessen durch schriftliche Mitteilung an die Depotbank geschlossen werden:
 - (i) falls der Nettoinventarwert des jeweiligen Teilfonds oder der jeweiligen Klasse von Anteilen an der Gesellschaft zu irgendeinem Zeitpunkt geringer ist als der von den Verwaltungsratsmitgliedern für diesen Fonds oder diese Klasse von Anteilen an der Gesellschaft festgelegte und im Verkaufsprospekt offen gelegte Betrag oder
 - (ii) falls ein Teilfonds nicht mehr zugelassen oder anderweitig offiziell genehmigt ist;
 - (iii) falls sich das geltende Recht oder die Bestimmungen ändern, wodurch die Fortführung des jeweiligen Teilfonds illegal oder nach Ansicht der Verwaltungsratsmitglieder impraktikabel oder unratsam wird;
 - (iv) falls sich wesentliche Aspekte des Geschäfts oder die wirtschaftliche oder politische Lage bezüglich eines Teilfonds oder bezüglich der Gesellschaft ändern, was nach Ansicht der Verwaltungsratsmitglieder wesentliche, ungünstige Auswirkungen auf die Anlagen des Teilfonds haben würde, oder
 - (v) falls die Verwaltungsratsmitglieder zu dem Schluss gelangt sind, dass es unter Berücksichtigung der vorherrschenden Marktbedingungen und der besten Interessen der Anteilsinhaber impraktikabel oder unratsam ist, dass ein Teilfonds weiterhin aktiv bleibt.

Die Entscheidung der Verwaltungsratsmitglieder in jedem der hier beschriebenen Fälle ist für alle betroffenen Parteien endgültig und bindend, aber die Verwaltungsratsmitglieder sind nicht haftbar zu machen, wenn die Schließung des jeweiligen Teilfonds oder der

jeweiligen Klasse von Anteilen an der Gesellschaft in Anwendung dieser Klausel oder anderweitig versäumt wird.

- (b) Die Verwaltungsratsmitglieder teilen den Anteilsinhabern des jeweiligen Teilfonds oder der jeweiligen Klasse von Anteilen an der Gesellschaft die Schließung des Teilfonds oder der Klasse von Anteilen an der Gesellschaft mit und legen in dieser Mitteilung das Datum fest, an dem die Schließung in Kraft tritt, wobei die Verwaltungsratsmitglieder nach ihrem alleinigen und uneingeschränkten Ermessen bestimmen, welcher Zeitraum zwischen der Zustellung dieser Mitteilung und diesem Datum liegt.
- (c) Mit Wirksamkeit an und ab dem Datum, an dem irgendein Teilfonds oder irgendeine Klasse von Anteilen an der Gesellschaft geschlossen wird, oder einem sonstigen Datum, das von den Verwaltungsratsmitgliedern festgelegt wird:
 - (i) darf die Gesellschaft keine Anteile mehr an dem jeweiligen Teilfonds oder der jeweiligen Klasse von Anteilen an der Gesellschaft ausgeben oder verkaufen;
 - (ii) wird der Fondsmanager oder Teilfondsmanager gemäß den Anweisungen der Verwaltungsratsmitglieder sämtliche zu diesem Zeitpunkt im jeweiligen Teilfonds enthaltenen Anlagen realisieren (was auf die Art und Weise und innerhalb des Zeitraums nach der Schließung des jeweiligen Teilfonds oder der jeweiligen Klasse von Anteilen an der Gesellschaft durchzuführen und abzuschließen ist, die/den die Verwaltungsratsmitglieder für angebracht halten);
 - (iii) wird die Depotbank gemäß den gelegentlichen Anweisungen der Verwaltungsratsmitglieder sämtliche Barerlöse, die aus der Realisierung der Anlagen des jeweiligen Teilfonds stammen und zum Zweck dieser Ausschüttung verfügbar sind, an die Anteilsinhaber des jeweiligen Teilfonds oder der jeweiligen Klasse von Anteilen an der Gesellschaft im Verhältnis zu ihren jeweiligen Beteiligungen am jeweiligen Teilfonds oder an der jeweiligen Klasse von Anteilen an der Gesellschaft ausschütten, vorausgesetzt, die Depotbank ist nicht (außer im Falle der endgültigen Ausschüttung) verpflichtet, irgendwelche zu diesem Zeitpunkt in ihrem Besitz befindlichen Gelder auszuschütten, wenn diese nicht ausreichen, um €1 oder den entsprechenden Betrag in der jeweiligen Währung hinsichtlich jedes Anteils am jeweiligen Teilfonds oder der jeweiligen Klasse von Anteilen an der Gesellschaft zu zahlen, und ferner vorausgesetzt, dass die Depotbank berechtigt ist, aus jeglichen in ihrem Besitz befindlichen Geldern die vollständige Provision für sämtliche Kosten, Gebühren, Auslagen, Ansprüche und Forderungen einzubehalten, die der Depotbank oder den Verwaltungsratsmitgliedern in Verbindung mit oder aufgrund der Schließung des jeweiligen Teilfonds oder der jeweiligen Klasse von Anteilen an der Gesellschaft entstanden sind, diesen gegenüber gestellt oder von diesen übernommen wurden, und aus den auf diese Weise einbehaltenen Geldern hinsichtlich sämtlicher dieser Kosten,

Gebühren, Auslagen, Ansprüche und Forderungen entschädigt und schadlos gehalten zu werden, und

- (iv) wird jede oben erwähnte Ausschüttung so erfolgen, wie es die Verwaltungsratsmitglieder nach ihrem alleinigen und uneingeschränkten Ermessen bestimmen, allerdings nur gegen Vorlage der Zertifikate oder Berechtigungsscheine, sofern ausgegeben, bezüglich der Anteile des jeweiligen Teilfonds oder der jeweiligen Klasse von Anteilen an der Gesellschaft, hinsichtlich derer die Ausschüttung erfolgt, und nachdem die Art von Zahlungsaufforderung bei der Depotbank eingereicht wurde, die die Depotbank nach ihrem uneingeschränkten Ermessen verlangt. Sämtliche Zertifikate sind im Falle einer Zwischenausschüttung von der Depotbank mit einem Vermerk der geleisteten Zahlungen zu versehen und im Falle der endgültigen Ausschüttung an die Depotbank zu übergeben. Sämtliche unbeanspruchten Erlöse oder sonstigen Barmittel, die die Depotbank hierunter hält, sind nach Ablauf von zwölf Monaten ab dem Datum, an dem sie zahlbar waren, beim Urkundsbeamten des Gerichts zu hinterlegen, vorausgesetzt, dass die Depotbank das Recht hat, davon sämtliche Auslagen abzuziehen, die ihr durch diese Zahlung anfallen.

36. HAFTUNGSFREISTELLUNG

- (a) Die Gesellschaft wird wie folgt ihre Verwaltungsratsmitglieder, Führungskräfte, Mitarbeiter und jede Person von der Haftung freistellen, die auf Verlangen der Gesellschaft als Direktor, Leitungskraft, Mitarbeiter eines anderen Unternehmens, einer Personengesellschaft, eines Joint Venture, eines Trusts oder eines anderen Wirtschaftsunternehmens tätig ist:
 - (i) Jede Person, die ein Verwaltungsratsmitglied, eine Führungskraft oder ein Mitarbeiter der Gesellschaft ist oder war, und jede Person, die auf Verlangen der Gesellschaft als Direktor, Leitungskraft oder Mitarbeiter eines anderen Unternehmens, einer Personengesellschaft, eines Joint Venture, eines Trusts oder eines anderen Wirtschaftsunternehmens tätig ist, wird von der Gesellschaft in höchstmöglich gesetzlich zulässigem Umfang gegenüber einer Verbindlichkeit und gegenüber allen Aufwendungen von der Haftung freigestellt, die ihm in Verbindung mit einer Schuld, einem Anspruch, einer Klage, einer Forderung, einer Klageforderung, einem Gerichtsverfahren, einem Urteil, einer Verfügung, einer Verbindlichkeit oder einer Verpflichtung irgendeiner Art entstanden sind oder von ihm gezahlt wurden, und bei denen er als eine Partei oder auf andere Weise aufgrund dessen beteiligt ist, dass er ein Verwaltungsratsmitglied, eine Führungskraft oder ein Mitarbeiter der Gesellschaft oder - auf Verlangen der Gesellschaft - eines anderen Unternehmens, einer Personengesellschaft, eines Joint Ventures, eines Trust oder eines anderen Wirtschaftsunternehmens ist oder war, sowie gegenüber Beträgen, die von ihm bei der Abwicklung derselben gezahlt werden

oder entstanden sind, außer wenn eines der Vorstehenden einer Fahrlässigkeit oder dem vorsätzlichen Fehlverhalten auf Seiten dieses Verwaltungsratsmitglieds, dieser Führungskraft oder dieses Mitarbeiters zurechenbar ist;

- (ii) Die Begriffe „Anspruch“, „Klage“, „Klageforderung“ oder „Gerichtsverfahren“ sind auf alle Ansprüche, Klagen, Klageforderungen oder Gerichtsverfahren anwendbar (zivilrechtlich, strafrechtlich, verwaltungsrechtlich, legislativ, ermittelnd oder sonstige, einschließlich Rechtsbehelfen) und umfassen insbesondere Rechtsberatungsgebühren, Kosten, Gerichtsentscheidungen, bei der Beilegung durch Vergleich gezahlte Beträge, Bußgelder, Geldstrafen und andere Verbindlichkeiten;
 - (iii) Die hierin bestimmten Rechte der Haftungsfreistellung können durch von der Gesellschaft unterhaltene Versicherungsverträge versichert werden, bestehen als Einzelhaftung und beeinflussen keine anderen Rechte, auf die ein Verwaltungsratsmitglied, eine Führungskraft, ein Mitarbeiter oder ein Vertreter jetzt oder später berechtigt sein kann, werden im Hinblick auf eine Person fort dauern, die nicht länger ein solches Verwaltungsratsmitglied, eine Führungskraft, ein Mitarbeiter oder ein Vertreter ist, und werden zugunsten der Erben, Testamentsvollstrecker und Nachlassverwalter einer solchen Person wirken;
 - (iv) Es wird hiernach keine Haftungsfreistellung zur Verfügung gestellt, sofern nicht ein unabhängiger Rechtsberater der Gesellschaft in einem schriftlichen Gutachten bestätigt hat, dass die von der Haftung freizustellende Person nach geltendem Recht ein Recht auf eine Haftungsfreistellung hat;
 - (v) Die Gesellschaft kann Vorauszahlungen von Aufwendungen vornehmen, die bei der Abwehr eines Anspruchs, einer Klage, einer Klageforderung oder eines Gerichtsverfahrens gegenüber einer Person entstanden sind, gegenüber welcher die Gesellschaft zur Haftungsfreistellung gemäß Artikel 35(a) dieser Satzung verpflichtet ist;
 - (vi) Die Gesellschaft kann einen Fondsmanager oder einen Berater und einen Vertreter der Gesellschaft in dem gesetzlich zulässigen Umfang und vorbehaltlich der unter Artikel 35(a) dieser Satzung dargelegten Bestimmungen in Bezug auf eine Haftungsfreistellung von der Haftung freistellen.
- (b) Die Depotbank hat ein Recht auf eine solche Haftungsfreistellung durch die Gesellschaft zu denjenigen Bestimmungen und vorbehaltlich derjenigen Bedingungen und Ausnahmen und mit einer solchen Berechtigung zum Rückgriff auf die Vermögenswerte der Gesellschaft im Hinblick auf die Erfüllung und Begleichung der Kosten derselben, wie gemäß ihres Vertrags mit der Gesellschaft bestimmt, vorausgesetzt, dass eine solche Haftungsfreistellung sich nicht auf das ungerechtfertigte Unterlassen der

Erfüllung der Pflichten der Depotbank oder der unangemessenen Erfüllung ihrer Pflichten ausdehnt.

- (c) Die Gesellschaft und die Depotbank sind jeweils berechtigt, sich uneingeschränkt auf eine von einem Gesellschafter oder seinem Vertreter erhaltene Erklärung zu verlassen, hinsichtlich der Wohnortes oder anderer Angaben dieses Gesellschafters, und ihnen entsteht in Bezug auf eine nach Treu und Glauben im Vertrauen auf ein Schriftstück oder ein Dokument vorgenommene Handlung oder erlittene Sache keine Haftung, wenn dieses Dokument von ihnen als echt angesehen wurde und von den ordnungsgemäßen Parteien versiegelt oder unterzeichnet wurde, noch haften sie auf irgendeine Weise für eine gefälschte oder nicht autorisierte Unterschrift oder ein gefälschtes oder nicht autorisiertes Firmensiegel auf einem solchen Dokument, oder für das Tätig werden oder das Verleihen der Wirksamkeit aufgrund einer solchen gefälschten oder nicht autorisierten Unterschrift oder eines gefälschten oder nicht autorisierten Firmensiegels; sie sind jedoch berechtigt, aber nicht verpflichtet, die Verifizierung der Unterschrift einer Person durch einen Bankmitarbeiter, Broker oder eine andere verantwortliche Person oder die anderweitige Authentifizierung zu ihrer Zufriedenheit zu verlangen.
- (d) Die Gesellschaft, ein Fondsmanager oder ein Berater und die Depotbank haften jeweils nicht gegenüber den Gesellschaftern für die Einhaltung eines aktuellen oder zukünftigen Gesetzes oder einer Vorschrift in Bezug darauf oder einer Verfügung, Anordnung oder einer Entscheidung eines Gerichts oder einer Aufforderung, Bekanntmachung oder ähnlichen Handlung (ob mit zwingender rechtlicher Wirkung oder nicht) eingehen, die von einer Person oder einer Körperschaft vorgenommen oder erlassen werden kann, die mit der Ermächtigung einer Regierung handelt oder diese auszuüben vorgibt (ob gesetzlich oder auf andere Weise). Wenn es aus irgendeinem Grund unmöglich oder undurchführbar wird, eine der Bestimmungen hieraus auszuführen, haften weder die Gesellschaft noch der Fondsmanager oder der Berater noch die Depotbank dafür oder dadurch. Diese Klausel befreit die Gesellschaft, den Fondsmanager oder die Depotbank jedoch nicht von einer Haftung, die einem von ihnen infolge eines Unterlassens der Einhaltung ihrer Pflichten entstehen kann, wie sie in den Verordnungen dargelegt sind, oder einer Haftung, die infolge eines Betrugs auf Seiten der Gesellschaft, des Fondsmanagers oder Beraters oder der Depotbank entstanden ist.
- (e) Um Zweifel zu vermeiden, kein Verwaltungsratsmitglied haftet für die Handlungen oder Unterlassungen eines anderen Verwaltungsratsmitglieds.

37. VERNICHTUNG VON DOKUMENTEN

- (a) Die Gesellschaft kann vernichten:
 - (i) ein Dividendenauftrags- oder ein Antragsformular auf Anteilszuteilung oder eine Änderung oder Aufhebung derselben oder eine Mitteilung einer Änderung des Namen oder der Anschrift jederzeit nach Ablauf von zwei Jahren ab dem Datum, an dem dieser Auftrag, diese

Antragsänderung, diese Aufhebung oder diese Mitteilung von der Gesellschaft aufgezeichnet wurde;

- (ii) eine Urkunde über eine Anteilsübertragung, die eingetragen wurde, jederzeit nach dem Ablauf von sechs Jahren ab dem Datum ihrer Eintragung; und
- (iii) jedes andere Dokument, auf dessen Basis ein Eintrag in das Verzeichnis vorgenommen wird, jederzeit nach Ablauf von zehn Jahren ab dem Datum, an dem ein Eintrag in das Verzeichnis in Bezug darauf zum ersten Mal vorgenommen wurde;

und es wird unwiderlegbar zugunsten der Gesellschaft vermutet, dass jede auf diese Weise vernichtete Übertragungsurkunde eine gültige und wirksame Urkunde war, die ordnungsgemäß und angemessen eingetragen war, und dass jedes andere vorstehend genannte auf diese Weise vernichtete Dokument ein gültiges und wirksames Dokument gemäß den daraus in den Büchern und Aufzeichnungen der Gesellschaft aufgezeichneten Einzelheiten war, **IMMER VORAUSGESETZT**, dass:

- (i) die vorstehenden Bestimmungen dieses Artikels nur auf die Vernichtung eines Dokuments nach Treu und Glauben anwendbar sind und ohne die ausdrückliche Mitteilung an die Gesellschaft, dass die Erhaltung dieses Dokuments für einen Anspruch relevant war;
- (ii) nichts, was in diesem Artikel enthalten ist, ausgelegt wird, als würde der Gesellschaft dadurch eine Verbindlichkeit in Bezug auf die frühere Vernichtung eines solchen Dokuments als vorstehend angegeben auferlegt, oder im Falle wenn die Bedingungen des vorstehenden Vorbehalts (i) nicht erfüllt sind; und dass
- (iii) Bezugnahmen in diesem Artikel auf die Vernichtung eines Dokuments Bezugnahmen auf seine Beseitigung auf irgendeine Art enthält.

38. SALVATORISCHE KLAUSEL

Wenn eine Bestimmung, eine Vorschrift, eine Klausel oder eine Beschränkung dieser Satzung von einem zuständigen Gericht oder einer anderen Autorität für unwirksam, nichtig, undurchsetzbar oder im Widerspruch zu seinem regulative Verfahren angesehen wird, bleibt der Rest der Bestimmungen, Vorschriften, Klauseln und Beschränkungen dieser Satzung vollständig in Kraft und wirksam und wird in keiner Weise berührt, beeinträchtigt oder außer Kraft gesetzt.

39. ÄNDERUNG DER GRÜNDUNGSURKUNDE UND DER SATZUNG

Die Gesellschafter sind an der Verabschiedung eines Beschlusses zur Änderung der Gründungsurkunde und der Satzung der Gesellschaft ohne Einholung der vorherigen Genehmigung der Zentralbank gehindert.

**Namen, Anschriften und Beschreibungen der
Zeichner**

Für und im Namen von
Fand Limited
Arthur Cox Building
Earlsfort Terrace
Dublin 2
Juristische Person

Für und im Namen von
Attleborough Limited
Arthur Cox Building
Earlsfort Terrace
Dublin 2
Juristische Person

Datum: 3. August 2007

Zeuge der vorstehenden Unterschriften:

Osbert Houghton
Arthur Cox Building
Earlsfort Terrace
Dublin 2

**UNTERNEHMENSGESETZE (*COMPANIES ACTS*) 1963 bis 2009 UND
VERORDNUNGEN DER
EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFT (ORGANISMEN ZUR GEMEINSAMEN
ANLAGE IN ÜBERTRAGBAREN WERTPAPIEREN)
VON 2011**

EINE KAPITALANLAGEGESELLSCHAFT MIT VARIABLEM KAPITAL

GRÜNDUNGSURKUNDE UND SATZUNG

DER

**CALAMOS GLOBAL FUNDS PUBLIC LIMITED COMPANY
(Wie durch einen Sonderbeschluss vom 14. Dezember 2011 verabschiedet)**